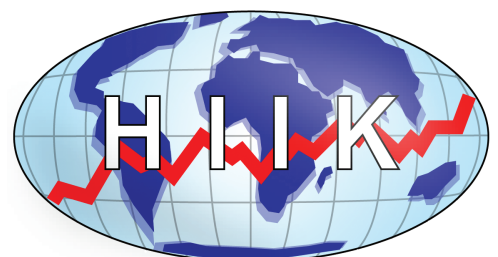


**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2006

**Krisen - Kriege - Putsche
Verhandlungen - Vermittlungen - Friedensschlüsse**

15. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Konfliktgegenstände

Territorium
Sezession
Dekolonisation
Autonomie
System / Ideologie
Nationale Macht
Regionale Vorherrschaft
Internationale Macht
Ressourcen
Sonstiges

Konfliktintensitäten

Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-level	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien vereinzelt Gewalt anwendet.
		4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
	hoch	5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Die in dieser Publikation angegebenen Konfliktintensitäten geben den höchsten Intensitätsgrad an, der im Laufe des aktuellen Jahres erreicht wurde. Somit kann beispielsweise auch ein Konflikt als ernste Krise klassifiziert werden, in dem in der zweiten Jahreshälfte keine Gefechte mehr stattgefunden haben.

Das vorliegende Konfliktbarometer 2006 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder. Dadurch können sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben ergeben. Das HIIK übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der gedruckten Daten in dieser Veröffentlichung.

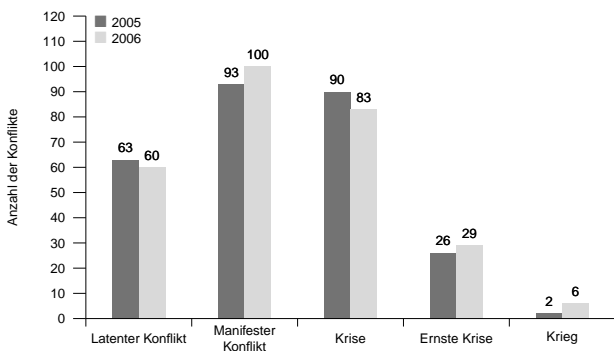
Redaktionsschluss: 1. Dezember 2006

Globales Konfliktpanorama

Globale Entwicklung

Im Jahr 2006 werden 278 politische Konflikte gezählt. Sechs davon sind Kriege und 29 ernste Krisen; damit werden insgesamt 35 Konflikte mit massivem Gewalteininsatz ausgetragen. 83 Konflikte werden als Krisen klassifiziert, was bedeutet, dass nur gelegentlich Gewalt eingesetzt wird. Insgesamt werden 118 Konflikte mit Gewalteininsatz ausgetragen. Dagegen gibt es 160 gewaltlose Konflikte, die in 100 manifeste und 60 latente Konflikte unterschieden werden können.

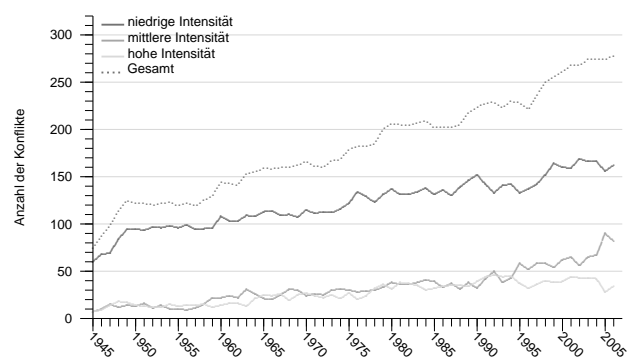
Weltweite Konfliktintensitäten 2006 im Vergleich zu 2005



Im Vergleich zum letzten Jahr erhöht sich die Anzahl der Konflikte, die auf der höchsten Intensitätsstufe ausgefochten werden, signifikant von zwei auf sechs Kriege. Diese sechs Konflikte sind Somalia (verschiedene Rebellengruppen), Sudan (Darfur), Sri Lanka (LTTE), Afghanistan (Taliban), Irak (Rebellen) und Israel (Hisbollah). Zwei dieser Kriege, Sudan (Darfur) und der Konflikt im Irak (Aufständische) sind auch im Vorjahr, wie bereits 2004, auf derselben Intensitätsstufe geführt worden. Von den vier Kriegen, die 2005 nicht auf dieser höchsten Intensitätsstufe ausgetragen worden sind, sind Afghanistan (Taliban) und Israel (Hisbollah) im Jahre 2005 ernste Krisen gewesen. Im Vergleich dazu sind die Konflikte in Somalia (mehrere Rebellengruppen) und in Sri Lanka (LTTE) 2005 mit einem relativ geringen Ausmaß an Gewalt ausgetragen worden. Die Anzahl ernster Krisen erhöht sich 2006 leicht von 26 auf 29. Insgesamt steigt die Anzahl von Konflikten auf den zwei höchsten Intensitätsstufen von 28 im Jahre 2005, der niedrigsten Anzahl seit Jahrzehnten, auf 35 im Jahre 2006. Die Anzahl der Krisen, die Konflikte mittlerer Intensität darstellen, sind leicht zurückgegangen – von der seit 1945 höchsten Anzahl von 90 im Jahr 2005 auf 83 im Jahr 2006. Während dies einerseits auf Deeskalationsprozesse zurückzuführen ist, erkennt man andererseits, dass die sehr hohe Anzahl von Krisen 2005 ein klar erkennbares Warnsignal ge-

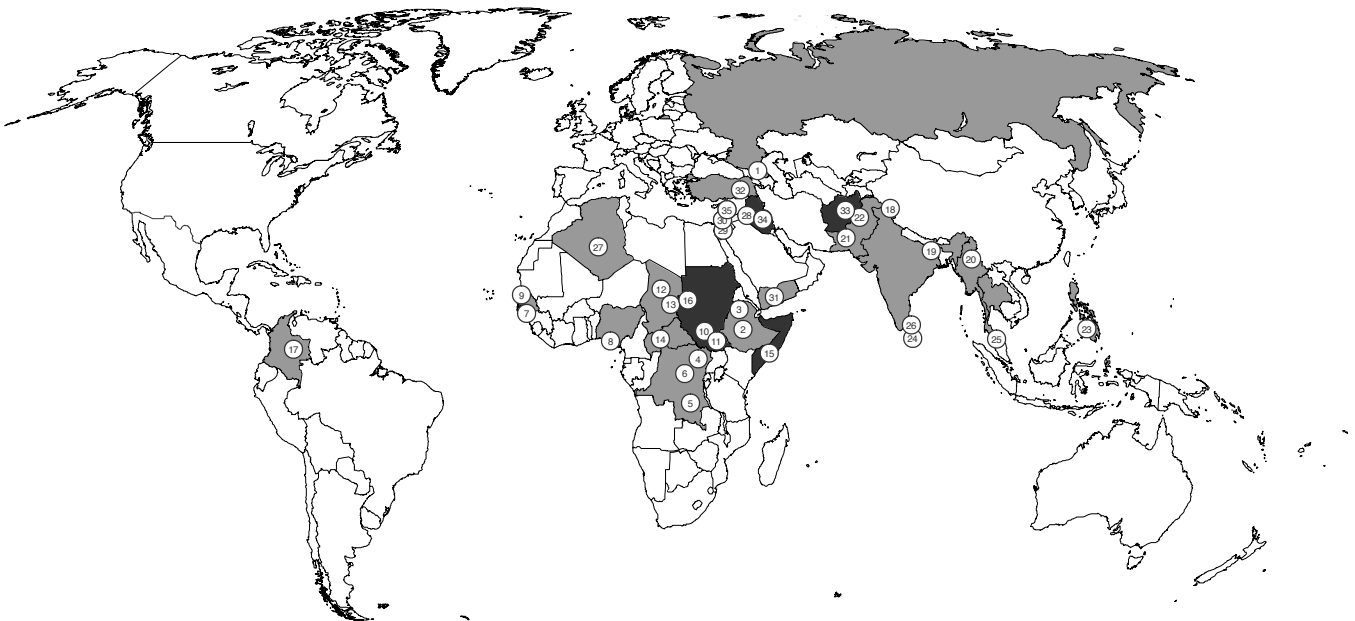
wesen ist. Sie hatte angedeutet, dass die niedrigste Zahl hochgewaltsamer Konflikte aller Zeiten im Jahr 2005 nicht der Beginn eines Trends hin zu einer friedvolleren Welt gewesen ist, da acht Krisen in diesem Jahr zu hochgewaltsamen Konflikten eskalierten. Die Anzahl von Konflikten auf den nichtgewaltsamen Intensitätsstufen erhöht sich von 156 auf 160 um vier. Während manifeste Konflikte von 93 auf 100 ansteigen, reduziert sich die Anzahl latenter Konflikte leicht von 63 auf 60. Die Gesamtzahl von Konflikten steigt von 274 auf 278, da fünf Konflikte 2005 geendet haben und neun neue Konflikte im Jahr 2006 entstehen. Dies verteilen sich wie folgt: In Europa sind 2005 zwei Konflikte beendet worden. 2006 endet mit der Unabhängigkeit Montenegros der Sezessionskonflikt zwischen Serbien und Montenegro (→ Serbien und Montenegro (Montenegro)]. Kein neuer Konflikt entsteht im Jahr 2006 in Europa. In Afrika haben 2005 drei Konflikte geendet, und drei neue entstehen 2006. In den Amerikas ist 2005 kein Konflikt beendet worden, es entstehen 2006 jedoch drei neue. In Asien und Ozeanien ist 2005 ebenfalls kein Konflikt beendet worden, 2006 endet jedoch einer. In dieser Region entstehen zwei neue Konflikte im Jahr 2006. Im Vorderen und Mittleren Orient endet kein Konflikt, dafür tritt ein neuer auf. Von den neun neuen Konflikten werden lediglich drei nichtgewaltsam ausgetragen, während vier als Krisen beginnen und zwei als ernste Krisen: Sudan (Nuer, White Army – SPLM/A) und Guinea-Bissau (MFDC-Sadio).

Anzahl laufender Konflikte von niedriger, mittlerer und hoher Intensität 1945 bis 2006



Zum Zweck der Langzeitanalyse werden die fünf Konfliktintensitäten zu drei Kategorien zusammengefasst: Die zwei nichtgewaltsamen Stufen werden als Konflikte niedriger Intensität verstanden, Krisen als mittlere Intensität und ernste Krisen und Kriege als Konflikte hoher Intensität. Die Grafik oben zeigt auch die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte. Wie in der Grafik zu erkennen ist, hat sich die Anzahl der jährlich beobachteten Konflikte mehr oder weniger

Weltkarte: Konflikte hoher Intensität 2006



- Ernste Krisen
- Kriege

Die Länder mit Konflikten sind hier mit ihrer jeweils höchsten Intensität eingefärbt.

Legende

Nr. Name und Konfliktgegenstände

Europa - Ernste Krisen

- 1 Russland (Tschechien) - Sezession

Afrika südlich der Sahara - Ernste Krisen

- 2 Äthiopien (EPPF) - Nationale Macht
- 3 Äthiopien (Guji - Borena) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen
- 4 DR Kongo (Ituri-Milizen) - Andere
- 5 DR Kongo (Mayi-Mayi) - Nationale Macht, Ressourcen
- 6 DR Kongo (ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe) - Nationale Macht
- 7 Guinea-Bissau (MFDC-Sadio) - Regionale Vorherrschaft
- 8 Nigeria (Niger Delta - Ijaw) - Ressourcen
- 9 Senegal (MFDC-Sadio) - Autonomie
- 10 Sudan (Nuer, White Army - SPLM/A) - Regionale Vorherrschaft
- 11 Sudan (SPLM/A) - Nationale Macht
- 12 Tschad (ethnische Gruppen) - Regionale Vorherrschaft
- 13 Tschad (verschiedene Rebellengruppen) - Nationale Macht
- 14 Zentralafrikanische Republik (UDFR) - Nationale Macht

Afrika südlich der Sahara - Kriege

- 15 Somalia (verschiedene Rebellengruppen) - Nationale Macht
- 16 Sudan (Darfur) - Regionale Vorherrschaft

Die Amerikas - Ernste Krisen

- 17 Kolumbien (FARC) - Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie

Asien und Ozeanien - Ernste Krisen

- 18 Indien (Kaschmir) - Sezession
- 19 Indien (Naxaliten) - System / Ideologie
- 20 Myanmar (Minderheiten) - Sezession
- 21 Pakistan (Balochen) - Autonomie, System / Ideologie, Ressourcen
- 22 Pakistan (Waziristan) - Regionale Vorherrschaft
- 23 Philippinen (Abu Sayyaf) - Sezession
- 24 Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE) - Regionale Vorherrschaft
- 25 Thailand (südliche Grenzprovinzen) - Sezession

Asien und Ozeanien - Kriege

- 26 Sri Lanka (LTTE) - Sezession

Vorderer und Mittlerer Orient - Ernste Krisen

- 27 Algerien (Islamistische Gruppen) - Nationale Macht, System / Ideologie
- 28 Irak (al-Sadr-Gruppe) - System / Ideologie
- 29 Israel (Palestinäner) - Sezession, System / Ideologie, Ressourcen
- 30 Israel - Libanon (Internationale Macht) - Territorium, Internationale Macht
- 31 Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher) - System / Ideologie
- 32 Türkei (Kurden) - Sezession

Vorderer und Mittlerer Orient - Kriege

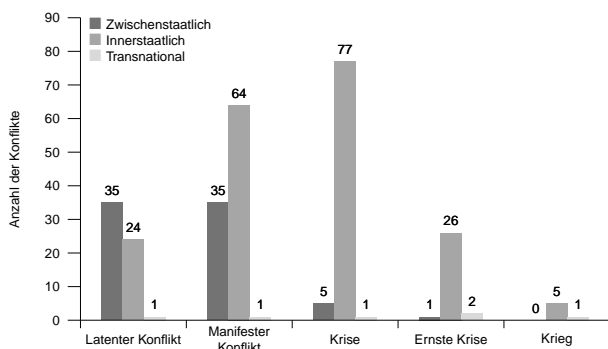
- 33 Afghanistan (Taliban) - Nationale Macht, System / Ideologie
- 34 Irak (Aufständische) - Nationale Macht, System / Ideologie
- 35 Israel (Hisbollah) - System / Ideologie

kontinuierlich von 74 im Jahre 1945 auf 78 im Jahr 2006 erhöht. Die meisten Konflikte sind Konflikte niedriger Intensität. Bei Betrachtung der Konflikte hoher Intensität fällt ein ständiger und zumeist gleichmäßiger Anstieg von sieben 1945 auf 42 im Jahr 2004 auf, der nur durch kurze Phasen der Deeskalation unterbrochen wird. Nach dem auffälligen Rückgang des vergangenen Jahres auf nur 28 steigt die Zahl 2006 erneut auf 35 - wenn auch nicht auf den vorherigen absoluten Höchststand - an. Dieser höchste Stand ist 1992 kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit 46 Konflikten hoher Intensität erreicht worden. Vergleicht man die Graphen hoher und mittlerer Intensität, ist eine diametrale Entwicklung im Anstieg und Fall der Kurven zu beobachten. Nimmt die Anzahl der hochgewaltsamen Konflikte zu, nimmt die der Konflikte mittlerer Intensität ab und umgekehrt. Dies deutet an, dass deeskalierende hochgewaltsame Konflikte häufig auf einem gewaltsamen Niveau verbleiben, während Krisen häufig zu hochgewaltsamen Konflikten eskalieren. In vielen Fällen oszillieren einzelne Konflikte zwischen den Stufen einer Krise und einer ersten Krise beziehungsweise eines Krieges.

Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich

Im Jahr 2006 werden insgesamt 196 innerstaatliche und 76 zwischenstaatliche Konflikte gezählt. Die Abweichung der Summe inner- und zwischenstaatlicher Konflikte von der Gesamtzahl aller Konflikte ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Konflikte nicht in dieses Schema passen.

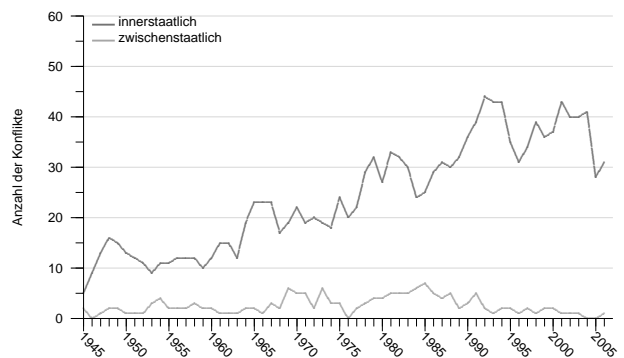
Anzahl der transnationalen, inner- und zwischenstaatlichen Konflikte 2006 nach Intensitätslevel



Diese Konflikte, die transnational genannt werden können, sind dadurch charakterisiert, dass eine der Konfliktparteien ein nichtstaatlicher Akteur ist, dessen Hauptoperationsbasis sich in einem anderen Land befindet als der Gegner, der ein staatlicher oder nichtstaatlicher Akteur sein kann. Von den sechs Kriegen und 29 ersten Krisen sind ein Krieg und zwei erste Krisen transnational: Der Krieg wird im Vorderen und Mittleren Orient zwischen der Hisbollah, die ihre Hauptbasis im Südlibanon ist, und Israel [→ Israel

(Hisbollah)] geführt, die beiden ersten Krisen finden in Afrika südlich der Sahara statt.

Laufende inner- und zwischenstaatliche Konflikte hoher Intensität 1945 bis 2006



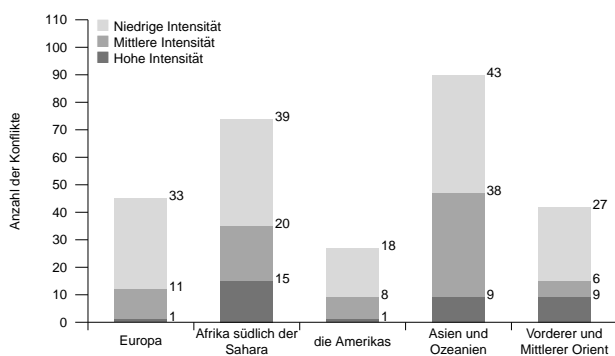
Guinea-Bissau wird von sengalesischen Rebellen attackiert [→ Guinea-Bissau (MFDC-Sadio)] und sudanesishe Janjaweed-Milizen überqueren die Grenze in den Tschad und greifen die Bevölkerung an [→ Tschad (ethnische Gruppen)]. Eine ernste Krise wird zwischen Staaten ausgefochten [→ Israel - Libanon], die übrigen 31 hochgewaltsamen Konflikte sind alle innerstaatlich. Von den 83 Krisen ist eine transnational [→ Kenia (ethnische Gruppen)], 77 innerstaatlich und fünf zwischenstaatlich [→Armenien - Aserbaidschan; Bangladesch - Indien; Japan - Russland (Kurilen); Nordkorea - Südkorea; Tschad – Sudan]. Von den 100 manifesten Konflikten sind 64 innerstaatlich. Nur hinsichtlich latenter Konflikte übertrifft die Anzahl zwischenstaatlicher die innerstaatlicher Konflikte mit 35 zu 24. Die Langzeitanalyse, für welche ernste Krisen und Kriege zu einer Gruppe zusammengefasst worden sind, zeigt deutlich, dass innerstaatliche Konflikte hoher Intensität von Beginn des Untersuchungszeitraums an dominierten.

Regionale Entwicklungen

Mit insgesamt 90 Konflikten werden die meisten - etwa ein Drittel aller Konflikte weltweit - in Asien und Ozeanien ausgetragen. Diese Region weist mit 38 auch die höchste Anzahl von Krisen sowie mit 43 die meisten nichtgewaltsamen Konflikte auf. Hinsichtlich hochgewaltsamer Konflikte allerdings befindet Asien und Ozeanien sich nach Afrika südlich der Sahara und dem Vorderen und Mittleren Orient nur auf dem dritten Platz. Afrika bleibt wie in den Vorjahren die Region mit der höchsten Anzahl hochgewaltsamer Konflikte. Mit 15 - sechs mehr als 2005 - werden in diesem Jahr fast die Hälfte aller hochgewaltsamen Konflikte in Afrika geführt, während es sich hinsichtlich der Konfliktgesamtszahlen mit 74 nur auf dem zweiten Platz befindet. Mit 45 finden in Europa wie in früheren Jahren die drittmeisten Konflikte statt, von diesen jedoch nur einer auf der Stufe eines hochgewaltsamen Kon-

flikts. Dies ist insbesondere im Vergleich zum Vorderen und Mittleren Orient bemerkenswert.

Verteilung aller Konflikte 2006 nach Region und Intensitätstyp



Dort werden mit insgesamt 42 Konflikten drei weniger als im Jahr 2005 gezählt, aber neun von ihnen sind hochgewaltsame Konflikte. Daher ist der Vordere und Mittlere Orient die Region mit der zweithöchsten Anzahl hochgewaltsamer Konflikte. Und in den Amerikas, die wie Europa eine geringe Anzahl hochgewaltsamer Konflikte in diesem Jahr aufweisen, wird eine signifikant niedrigere Gesamtzahl von Konflikten ausgetragen, d.h. nur 27. Mit dieser Zahl bleiben die Amerikas die Region mit der niedrigsten Gesamtzahl an Konflikten. Wird die Anzahl von Konflikten in Beziehungen zur Anzahl von Staaten gesetzt, wird noch deutlicher, wie relativ friedlich die Amerikas und Europa mit durchschnittlich nicht einmal einem Konflikt pro Land sind. Die Anzahl hochgewaltsamer Konflikte pro Staat beläuft sich in diesen Region auf beinahe Null. Hinsichtlich einer solchen Konfliktquote haben Afrika und der Vordere und Mittlere Orient die traurige Führungsposition gegenüber anderen Regionen inne, allerdings in umgekehrter Rangfolge. Während Afrika in absoluten Zahlen die meisten hochgewaltsamen Konflikte aufweist, hat der Vordere und Mittlere Orient eine leicht höhere Rate von ihnen pro Staat. Interessant ist der wechselnde Rang Asiens, wenn die relative statt der absoluten Konfliktzahl berücksichtigt wird. In Bezug auf die absolute Anzahl hochgewaltsamer Konflikte bleibt Asien auf dem dritten Platz, aber bezüglich der relativen Gesamtzahl von Konflikten, bei denen Asien an erster Stelle steht, hat der Vordere und Mittlere Orient mit fast 2,5 Konflikten pro Staat die meisten. Afrika steht an zweiter, Asien an dritter Stelle, gefolgt von Europa mit immernoch nur fast einem pro Staat. Die Amerikas sind die konfliktärmste Region.

Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte

Von 2005 auf 2006 sind 177 Konflikte auf derselben Intensitätsstufe verblieben. Insgesamt 46 Konflikte sind eskaliert, davon elf um zwei Stufen, 35 um eine. 46 Konflikte sind deeskaliert, sechs davon um

zwei Stufen, 40 um eine. Von den elf Konflikten, die um zwei Stufen eskaliert sind, haben sich sieben von einem latenten Konflikt zu einer Krise entwickelt und zwei von manifesten Konflikten zu ernstesten Krisen [→ Senegal (MFDC-Sadio) und Israel - Libanon (internationale Macht)]. Zwei Krisen sind zu Kriegen eskaliert [→ Somalia (verschiedene Rebellengruppen) und Sri Lanka (LTTE)]. Von den 35 im Jahr 2006 hochgewaltsamen Konflikten sind 14 laufende Konflikte im Vorjahr nicht auf dieser Stufe ausgetragen worden.

Änderungen der Intensität	Anzahl
Eskalation um vier Stufen	0
Eskalation um drei Stufen	0
Eskalation um zwei Stufen	11
Eskalation um eine Stufe	35
Keine Veränderung	177
Deeskalation um eine Stufe	40
Deeskalation um zwei Stufen	6
Deeskalation um drei Stufen	0
Deeskalation um vier Stufen	0

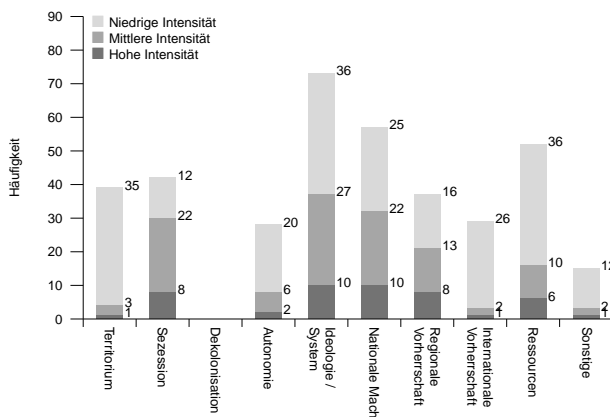
Zwei sind manifeste Konflikte gewesen (siehe oben), doch zwölf sind bereits als Krisen gezählt worden, was bedeutet, dass die Gewalt sich lediglich intensiviert hat. Zwei andere hochgewaltsame Konflikte sind im Jahr 2006 neu, d.h. sie sind bereits im Jahr ihres Entstehens hochgewaltsam. Insgesamt 46 Konflikte sind deeskaliert, sechs davon um zwei Stufen, 40 um eine. Von den sechs Konflikten, die um zwei Stufen deeskaliert sind, haben sich alle von gewaltsamen zu nichtgewaltsamen Konflikten entwickelt. Zwei sind von einer ernstesten Krise zu einem manifesten Konflikt deeskaliert [→ Burundi (Hutu - Tutsi) und Kolumbieren (ELN)] und vier von einer Krise zu einem latenten Konflikt.

Konfliktgegenstände

2006 werden die meisten Konflikte aufgrund ideologischer Differenzen beziehungsweise mit dem Ziel der Veränderung des politischen Systems (z.B. säkularer Staat vs. Theokratie oder religiöse Differenzen) ausgetragen (73), wie auch schon 2005. Der zweithäufigste Konfliktgegenstand ist wie 2005 das Streben nach nationaler Macht. Fast die Hälfte der ideologischen Konflikte und etwas mehr als die Hälfte der Konflikte um die nationale Macht werden mit dem Einsatz von Gewalt geführt. In den meisten Fällen wird Gewalt nur vereinzelt eingesetzt, aber jeweils zehn der ideologischen und nationalen Machtkonflikte sind hochgewaltsam. Sezession und regionale Vorherrschaft, beides innerstaatliche Gegenstände, sind sogar noch gewaltanfälliger, sowohl 2006 als auch 2005. Beide werden in mehr als der Hälfte der Fälle gewaltsam verfolgt und in fast einem Viertel der Fälle (Sezession) oder gar noch häufiger (regionale Vorherrschaft) hochgewaltsam. Autonomie, ebenfalls ein

innerstaatlicher Gegenstand, wird in einem Drittel der Fälle gewaltsam verfolgt, zweimal sogar mit hoher Gewalt. Im Unterschied zu 2005 werden in diesem Jahr alle Konfliktgegenstände - außer dem faktisch nicht mehr existierenden Gegenstand der Dekolonisation - in mindestens einem Fall mit dem Einsatz hoher Gewalt verfolgt. Dies ist recht außergewöhnlich, da internationale Macht und Territorium zwischenstaatliche Streitgüter darstellen und zwischenstaatliche Konflikte heutzutage meist ohne Gewalteininsatz geführt werden.

Häufigkeiten von Konfliktgegenständen 2006 nach Intensitätsgruppen

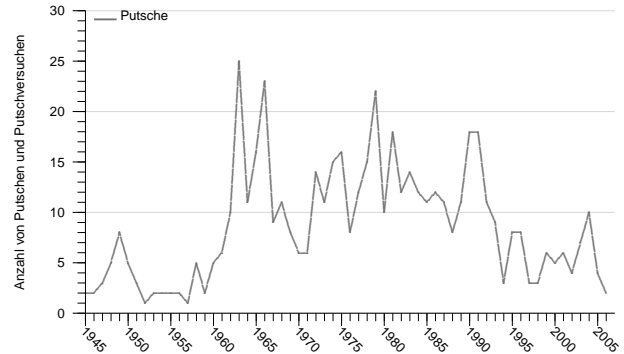


Diese Ausnahme im Jahr 2006 ist auf den israelischen Einmarsch in den Libanon [→ Israel - Libanon] zurückzuführen, der um internationale Macht und Territorium ausgetragen wird. Es ist zu beachten, dass Konflikten sehr oft mehr als ein Gegenstand zugrunde liegt. Häufig vorkommende Kombinationen sind Ressourcen zusammen mit Territorium, nationaler oder internationaler Macht oder regionaler Vorherrschaft sowie System/Ideologie mit nationaler oder internationaler Macht. Zwischen den einzelnen Regionen bestehen auffällige Unterschiede in der Häufigkeit der Gegenstände. In Europa ist Sezession der häufigste Gegenstand, dicht gefolgt von Territorium. System/Ideologie und nationale Macht, der weltweit höchste Gegenstand, kommt nur sehr selten vor. Die hohe weltweite Häufigkeit dieser Gegenstände ist darauf zurückzuführen, dass System/Ideologie der häufigste Gegenstand in den Americas, Asien und dem Vorderen und Mittleren Orient ist und nationale Macht der häufigste in Afrika. Und während der Gegenstand regionale Vorherrschaft häufig in Afrika und Asien vorkommt, ist er in Europa unbekannt, sowohl 2006 als auch in den Vorjahren. Die unterschiedliche Verteilung der Gegenstände spiegelt auch den Umstand wider, dass zwischenstaatliche Konflikte in Europa sehr viel verbreiteter sind als in Afrika und Asien, wo innerstaatliche Konflikte deutlich dominieren.

Putsche

Nach dem letztjährigen Rückgang der Zahl beobachteter Putsche und Putschversuche von dem Höchststand von zehn Putschversuchen im Jahr 2004 auf drei erfolgreiche Putsche im Jahr 2005 finden 2006 nur zwei erfolgreiche Regierungsumstürze statt.

Putsche und Putschversuche 1945 bis 2006



Beide sind in der Region Asien und Ozeanien zu beobachten gewesen. In Thailand übernimmt General Sonthi Boonyaratglin am 19. September nach Monaten politischer Unruhen erfolgreich die Macht. Unterstützt von König Adulyadej wird eine Übergangsregierung ein- und werden Neuwahlen für 2007 angesetzt [→ Thailand (Putschisten)]. Seit dem 2. November droht das Militär der Fidschi-Inseln wiederholt einen Putsch als Reaktion zu einem Gesetz der Regierung an, das den Putschisten von 2000 Amnestie gewähren würde. Am 5. Dezember schließlich übernimmt Commodore Frank Bainimarama die Kontrolle über das Land. Obwohl dieses Datum außerhalb des Beobachtungszeitraums liegt, wird dieser erfolgreiche Putsch hier berücksichtigt [→ Fidschi (ethnische Gruppen)]. Im Allgemeinen werden in mehreren Fällen Anschuldigungen über geplante Putsche nach wie vor als Mittel zur Unterdrückung der Opposition benutzt. Dies kann unter anderem in Burundi [→ Burundi (Opposition)] sowie in Simbabwe [→ Simbabwe (Opposition)] beobachtet werden.

Terrorismus

Terrorismus ist kein neues Phänomen. Europa ist seit Jahrzehnten mit dieser Art von Gewalt konfrontiert worden, mit der ETA in Spanien oder der IRA in Nordirland. Doch mit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 scheint der Terrorismus eine neue Qualität erreicht zu haben. Von fundamentalistischem religiösen Glauben angetrieben, plant das transnationale al-Qaida-Netzwerk Angriffe - üblicherweise Selbstmordattentate - weit im voraus, um große Effekte mit massivem Ausmaß an Zerstörung und vielen Opfern zu erzielen, die die größtmögliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollen. Dies kann auch dann erreicht werden, wenn die Angriffe nicht er-

folgreich sind, wie besonders durch die gescheiterten Anschläge in Deutschland und Großbritannien in diesem Jahr deutlich wird. Am 31. Juli wird in der Nähe der deutschen Städte Hamm und Mönchengladbach ein Anschlagversuch unternommen. Zwei mit Sprengstoff gefüllte und in örtlichen Zügen platzierte Koffer detonieren aufgrund von Konstruktionsfehlern nicht. Am 21. August nehmen die deutschen Behörden die Libanesen Jihad Hamad und Yusuf al-Haj Dib fest. Diese sind durch Videoüberwachung auf den Bahnhöfen als diejenigen Personen identifiziert worden, die die Bomben in den Zügen platziert haben. Von beiden wird eine Verbindung zur radikalen Gruppierung Hizb ut-Tahrir angenommen, die im Januar in Deutschland verboten worden ist. Am 10. August vereiteln die britischen Behörden einen Terroranschlag, bei dem zeitgleich Bomben in zehn zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten verkehrenden Flugzeugen detonieren sollten. Noch am selben Tag werden 23 Personen im Zusammenhang mit dem Anschlag verhaftet. Sieben weitere Personen werden einen Tag später in Pakistan festgenommen. Am 11. August klagen die britischen Behörden elf Personen für den versuchten Terroranschlag an. In Jordanien, wo al-Qaida im November 2005 Bombenanschläge auf Hotels der Hauptstadt Amman verübt hat, gelingt den Behörden die Verhinderung eines weiteren Selbstmordanschlags gegen eine belebte zivile Einrichtung, der angeblich von dem terroristischen Netzwerk geplant worden ist. Zwei Iraker und ein Libyer werden noch am selben Tag im Zusammenhang mit der Verschwörung festgenommen.

Karikaturenstreit

Am 30.9.05 veröffentlicht eine dänische Zeitung der rechten Mitte, Jyllands-Posten, zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed. Am 10.9.05 verlangen die Führer von Dänemarks Islamischer Glaubensgemeinschaft, dass sich Jyllands-Posten für seine Entscheidung, die Abbildungen zu veröffentlichen, entschuldigt, da diese die religiösen Gefühle zahlreicher Muslime kränkten und als blasphemisch aufgefasst werden würden. Zusätzlich bitten zehn Tage später elf Botschafter muslimischer Länder den dänischen Ministerpräsidenten Fogh Rasmussen um ein Treffen. Dort sollen mögliche Reaktionen der dänischen Regierung auf die Karikaturen erörtert werden. Zu dieser Zeit demonstrieren bereits zahlreiche Menschen auf den Straßen von Kopenhagen und fordern eine formelle Entschuldigung der Zeitung. Als die Versuche des Sprechers der Islamischen Glaubensgemeinschaft scheitern, reist eine Delegation in den Vorderen und Mittleren Orient, um sich unter anderem in Ägypten, Syrien und dem Libanon mit Politikern, Journalisten und religiösen Führern zu treffen. Bei diesen Treffen präsentiert die Delegation ein Buch, das angeblich die in europäischen Zeitungen veröffentlichten Karikaturen des Propheten zeigt. Die religiösen

Führer verurteilen diese Bilder als beleidigend und blasphemisch. In den folgenden Wochen eskaliert die Krise in vielen Ländern mit muslimischen Mehrheiten. Die Außenminister der Staaten der Arabischen Liga (AL) beschuldigen den dänischen Ministerpräsidenten, die Situation herunterzuspielen. Zahlreiche AL-Staaten ergreifen unilaterale Maßnahmen, etwa Handelsboykotte. Zusätzlich boykottieren viele arabische Verbraucher Produkte aus Dänemark, Italien oder Großbritannien. Auf dem Höhepunkt der Krise im Februar 2006 kommt es bei Demonstrationen zu gewaltsamen Ausschreitungen. Die Flaggen europäischer Länder werden verbrannt. Menschen aus europäischen Ländern oder mit christlichem Hintergrund sowie europäische Botschaften sehen sich mit gewaltsamen Übergriffen konfrontiert. Mehr als 100 Personen werden getötet, noch mehr verletzt. Vier Argumente werden im Verlauf der Krise wiederholt vorgebracht: Viele Politiker, Journalisten und Intellektuelle, insbesondere der europäischen Demokratien, argumentieren, dass eine Reaktion der dänischen Regierung, wie sie sich mehrere arabische Länder erhoffen, einem zentralen Merkmal liberaler Demokratien widersprechen würde - der Pressefreiheit. Auf Grundlage dieses Arguments drucken auch weitere europäische Zeitungen die Karikaturen ab. Andererseits vertreten viele Politiker und Journalisten oder Intellektuelle aus europäischen und AL-Ländern den Standpunkt, dass die Veröffentlichung der Bilder Achtung vor den religiösen Traditionen des Islam vermischen ließen, negative Stereotype verbreiteten und Islamphobien in Europa schürten. Schließlich veröffentlicht Jyllands-Posten am 30. Januar eine Erklärung, in der die Herausgeber sich für die durch die Karikaturen verursachte Kränkung entschuldigen. Dieser Schritt deeskaliert die Krise. Dennoch bleiben Spannungen zwischen Muslimen und nicht-Muslimen bestehen sowie zwischen religiösen und säkularen Bürgerinnen und Bürgern europäischer Länder. Dies wird einmal mehr deutlich, als eine Rede von Papst Benedikt XVI in Regensburg, Deutschland im September 2006 zu erneuten Spannungen führt.

Karikaturenstreit und missverständliche Zitatverwendung des Papstes als Beleg für den "Kampf der Kulturen"?

Kommentar von Gerrit F. Schlomach

Boykottaufrufe, Morddrohungen gegenüber Papst Benedikt XVI. sowie Anschläge auf Botschaften und Kirchen scheinen Ausdruck der muslimischen Empfindlichkeiten gegenüber dem Karikaturenstreit und der missverständlichen Zitatverwendung des Papstes zu sein. Welche Zusammenhänge verbergen sich hinter diesen verschiedenen Ereignissen mit so ähnlichen Reaktionen in der muslimisch-arabischen Region? Wird ein Blick auf die veröffentlichte Meinung und die Bilder in arabischen Straßen geworfen, so

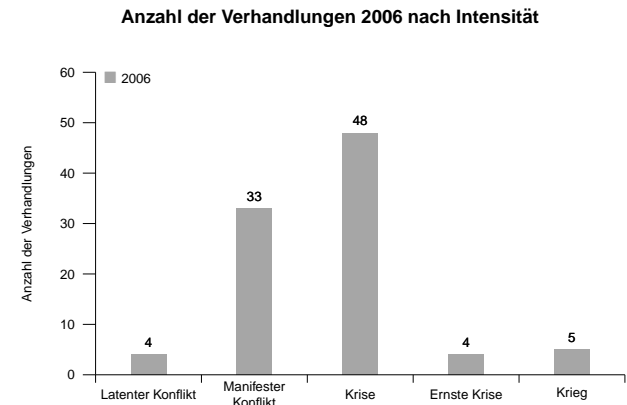
entsteht schnell der Eindruck, dass aus regionaler Sicht spätestens seit dem 11.9.2001 der "Kampf der Kulturen" (These von Huntington) im vollen Gange ist. Demnach würde von westlichen politischen Führern keine andere nationale oder religiöse Gruppe so häufig mit Terrorismus und Gewalt identifiziert und als unmittelbare Bedrohung der westlichen Zivilisation dargestellt, wie Araber und Muslime. Daneben wird stellenweise die Behauptung vertreten, dass die Gründe der wirtschaftlichen Rückständigkeit in dem "jüdisch-christlichem" Hegemonialstreben zu suchen sei. Unter Hinweis auf doppelte Moral wird dem Westen einerseits die Beleidigung des Propheten unter dem Mantel der Meinungs- und Pressefreiheit vorgeworfen; andererseits fände diese Freiheit ihr Ende in offenkundigem Antisemitismus. Doch in der Region sind durchaus auch ausgewogenere, wenn gleich leisere Stimmen zu vernehmen. Dazu lässt sich die von Scheich Al-Tamimi verfasste "Amman Message" aus dem Jahr 2004 zählen, die sich gegen die Selbstvollziehung der These von Huntington richtet, Toleranz betont und die Friedfertigkeit des Islams in den Vordergrund rückt. In ähnlicher Weise liest sich der offene Brief von 38 islamischen Führern an Papst Benedikt XVI., der explizit auf die Regensburger Rede Bezug nimmt und die Chance des interreligiösen Dialogs unterstreicht. Es scheint unbestreitbar, dass eine unvoreingenommene Analyse der bisherigen Reden und Schriften des Papstes aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen ein ausgewogeneres Meinungsbild in der Region hervorgebracht hätte. Aufgrund der Vielgestaltigkeit und der inneren Bruchlinien ist die Bezeichnung "des Islams" als einer homogenen Konfliktpartei jedoch gänzlich unzureichend. Schließlich müssen die regionalen autoritären Systeme der wachsenden Unzufriedenheit in weiten Bevölkerungsteilen und steigendem gewaltbereiten Fundamentalismus Tribut zollen. In Ermangelung freier und der Multiperspektivität verpflichteten Medien bestimmen Gerüchte die öffentliche Meinung und verstärken vorab gebildete Meinungen. In dieser unübersichtlichen Gemengelage wird deutlich, dass die Konstruktion einer "Auseinandersetzung mit dem Westen" nichts anderes ist als ein Ventil für regionale und innerstaatliche Politik.

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

Verhandlungen

In mindestens 31 der 278 aktuellen Konflikte finden im Jahr 2006 zumindest einmalig Gespräche, Verhandlungen und Konferenzen statt. Die Mehrzahl der Konflikte, in denen die Parteien verhandeln, sind Krisen und manifeste Konflikte. Es werden 33 Gesprächsrunden in manifesten Konflikten und 48 in Krisen

geführt. Die meisten Verhandlungen finden in Moldau (Transnistrien) und Großbritannien (Nordirland) statt. In lediglich mindestens fünf der 35 hochgewaltsamen Konflikte werden Gespräche, geführt, insgesamt neun Runden - unter Konflikten ist der Krieg im Sudan (Darfur). Die meisten Gespräche enden jedoch ohne die Unterzeichnung eines Abkommens.



Verträge

Insgesamt 23 Verträge oder Abkommen werden im Jahr 2006 über Konfliktregelung unterzeichnet, drei davon in hochgewaltsamen Konflikten. Unter diesen Abkommen sind sechs Friedensverträge, einer davon wird im Krieg im Sudan (Darfur) zwischen der Regierung und einer der wichtigsten Rebellengruppen im Mai unterzeichnet. Allerdings gelingt es diesem Abkommen nicht, die Kämpfe zwischen den rivalisierenden Rebellenfaktionen zu beenden. In sieben Konflikten werden Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Zwei von diesen betreffen auch hochgewaltsame Konflikte, namentlich die zwei zusammenhängenden Konflikte Israel vs. Libanon und den Krieg Israel (Hisbollah). Das Abkommen ist von der UN durch UN-Resolution 1701 vermittelt worden, das am 14. August in Kraft tritt. Weitere Abkommen betreffen Verfahrensregelungen oder Konfliktgegenstände oder sind allgemeinerer Natur, wie Absichtserklärungen und Prinzipienklärungen. Alles in allem erzielen die zwischen den Konfliktparteien erreichten unterschiedlichen Abkommen ungeachtet womöglicher Deeskalationen keine endgültige Beilegung der betreffenden Dispute.

Internationale Organisationen

Am Ende des Jahres 2006 unterhält die Organisation der Vereinten Nationen (UN) 18 Friedensmissionen. Darunter sind zwei politische Missionen, UNAMA in Afghanistan und das Integrierte UN-Büro in Sierra Leone (UNIOSIL), das im Januar 2006 die friedenserhaltende Operation UNAMSIL ablöst. Abgesehen von UNIOSIL wird im Untersuchungszeitraum ei-

ne weitere neue Mission in Gestalt der Integrierten UN-Mission in Osttimor (UNMIT) eingerichtet. UNMIT übernimmt am 25. August mit einem neuen, erweiterten Mandat das UN-Büro in Osttimor (UNOTIL). Es soll die Regierung bei der Stabilitätskonsolidierung, der Stärkung der Kultur demokratischer Herrschaft und der Förderung des politischen Dialogs zwischen timoresischen Interessenvertretern unterstützen. Alles in allem unterhält die UN mit UNMIT in Osttimor und der UN-Militärbeobachtergruppe in Indien und Pakistan (UNMOGIP) nur zwei friedenserhaltende Operationen in Asien und Ozeanien - eine mageren Ausbeute angesichts der Gesamtzahl an Konflikten und hochgewaltsamen Konflikten. Im Gegensatz dazu stellt Afrika erneut die Region mit den meisten UN-Missionen dar (ONUB in Burundi, UNOCI in der Elfenbeinküste, UNMIL in Liberia, MONUC in der DR Kongo, UNMEE in Äthiopien und Eritrea, UNMIS im Sudan und UNAMSIL, die durch UNIOSIL in Sierra Leone abgelöst worden ist). An zweiter Stelle folgt der Vordere und Mittlere Orient mit fünf gleichzeitigen UN-Missionen (die politische Mission UNAMA in Afghanistan, UNDOF auf den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien, MINURSO in der Westsahara, Marokko, UNIFIL im Libanon und UNTSO in Israel). Wie in früheren Jahren unterhält die UN drei Missionen in Europa (UNFICYP auf Zypern, UNOMIG in Abchasien, Georgien und UNMIK im Kosovo, Serbien) und mit der UN-Stabilisierungsmission in Haiti (MINUSTAH) eine in den Amerikas. Gegen Ende des Jahres sind 76.726 Uniformierte aus 110 verschiedenen Ländern 16 friedenserhaltenden Missionen (die beiden politischen Missionen UNAMA und UNIOSIL nicht eingeschlossen) zugewiesen worden. Darunter sind 66.086 Soldaten, was einen erneuten Anstieg nach dem Rückgang auf 61.106 Soldaten aus 107 Ländern im Jahr 2005 bedeutet. Während nur zwei UN-Missionen in Asien aktiv sind, stellen asiatische Länder das meiste Personal zur Verfügung. Pakistan (mit 9.790 bis 10.154 Uniformierten im Jahresverlauf), Bangladesch (mit 9.516 bis 9.655) und Indien (mit 7.339 bis 9.276) stellten mit Abstand die meisten uniformierten Mitglieder von UN-Operationen. Im Vergleich zu 2005 hat Deutschland seinen Beitrag

erhöht und setzt bis zu 1.191 Uniformierte in sieben Missionen (UNAMA, UNIFIL, UNMEE, UNMIK, UNMIL, UNMIS, UNOMIG) im Jahr 2006 ein, anstelle von bis zu 297 Deutschen in fünf Missionen im Jahr 2005. Eine allgemeine Beobachtung in Bezug auf UN-Friedensmissionen ist, dass die internationale Gemeinschaft den Blauhelmen robustere Mandate gibt und ihre Anstrengungen in gewaltsamen Konflikten verstärkt, z.B. in der DR Kongo (verschiedene Konflikte) und Israel - Libanon. Zu keiner Zeit in der Geschichte der Friedenserhaltung sind so viele UN-Peacekeeper gleichzeitig im Einsatz gewesen wie gegenwärtig. Abgesehen von Friedensmissionen kann die UN auch Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens ergreifen, die nicht den Einsatz von Waffengewalt beinhalten. Zu derartigen Maßnahmen zählen Sanktionen. 2006 erhält die UN Sanktionen gegen neun Staaten aufrecht: mit der Elfenbeinküste, der DR Kongo, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Somalia und dem Sudan gegen sieben afrikanische Staaten; gegen die DVR Korea seit 2006 sowie gegen al-Qaida und die Taliban und verbundene Individuen und Gebilde. Außer der UN unterhalten einige Regionalorganisationen im Jahr 2006 Feldmissionen, z.B. die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft Zentralafrikas (CEMAC) in der Zentralafrikanischen Republik sowie die Afrikanische Union (AU), die immernoch 7.000 Truppen im Sudan (Darfur) im Einsatz hat, während ihre Mission in Burundi der UN-Mission ONUB eingegliedert ist. In den Amerikas unterhält die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ihre Sondermission für die Stärkung der Demokratie in Haiti, um die verschiedenen Wahlen im Jahr 2006 zu unterstützen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führt insgesamt acht Feldmissionen durch, sechs von ihnen auf dem Balkan, eine in Moldau und eine in Georgien. Auf dem Balkan unterhält auch die Europäische Union (EU) EUFOR in Bosnien-Herzegowina, die Ende 2004 die NATO-geführten Stabilisierungstruppen (SFOR) abgelöst hat. Die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) führt friedenserhaltende Missionen im Kosovo (KFOR) und in Afghanistan (ISAF).

Übersicht: Aktuelle UN-Missionen zur Friedenssicherung

Missionskürzel	Missionsname	Beginn	Land
Europe			
UNOMIG	UN-Beobachtermission in Georgien	1993	Georgien
UNMIK	Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo	1999	Serbien
UNFICYP	Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern	1964	Zypern
Sub-Saharan Africa			
UNMIS	UN-Mission im Sudan	2005	Sudan
UNMEE	Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea	2000	Äthiopien und Eritrea
UNIOSIL	Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Sierra Leone	2006	Sierra Leone
MONUC	Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik des Kongo	1999	DR Kongo
ONUB	UN-Mission für Burundi	2003	Burundi
UNMIL	UN-Mission in Liberia	2003	Liberia
UNOCI	Operation der Vereinten Nationen in der Elfenbeinküste	2004	Elfenbeinküste
The Americas			
MINUSTAH	UN-Stabilisierungs-Mission auf Haiti	2004	Haiti
Asia and Oceania			
UNMOGIP	UN-Beobachtergruppe in Indien und Pakistan	1949	Indien und Pakistan
UNMIT	Integrierte UN-Mission in Osttimor	2006	Osttimor
Middle East and Maghreb			
UNIFIL	UN-Interimstruppe in Libanon	1978	Libanon
MINURSO	UN-Mission für ein Referendum in Westsahara	1991	Westsahara
UNAMA	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan	2002	Afghanistan
UNTSO	UN-Mission zur Überwachung des Waffenstillstands im Nahen Osten	1948	Israel
UNDOF	UN-Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung	1974	Syrien

Autoritative Entscheidungen des IGH

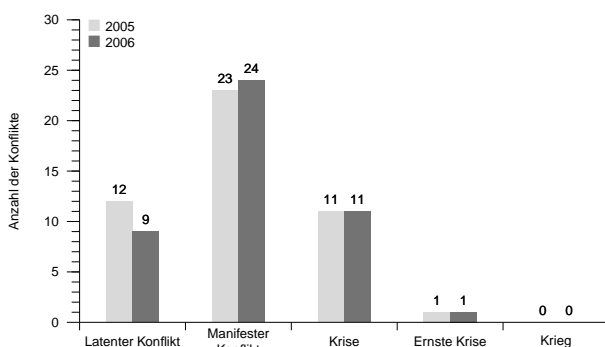
Drei neue Fälle werden 2006 an die Rechtssprechung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) übergeben und kommen zu 26 bereits anhängigen Fällen hinzu. Am 9. Januar reicht Dschibute eine Beschwerde gegen Frankreich wegen bestimmter Fragen gegenseitiger Unterstützung in Kriminalfällen ein. Dieser Fall steht mit der Ablehnung Frankreichs in Zusammenhang, ein internationales Rechtshilfeersuchen auszuführen. Am 9. August stellt sich Frankreich hinsichtlich der Beschwerde Dschibutis unter die Rechtssprechung des IGH. Am 26. April klagt Dominica wegen der Verletzung von Regeln in diplomatischen Beziehungen ein Verfahren gegen die Schweiz. Der Fall wird jedoch am 9. Juni auf Antrag von Dominica von der Liste des IGH entfernt. Am 4. Mai geht Argentinien

gerichtlich gegen Uruguay vor und beantragt eine einstweilige Verfügung. Der Fall betrifft Uruguays angeblichen Bruch der Verpflichtungen unter dem Statut über den Uruguay-Fluss, den die beiden Länder 1975 unterzeichnet haben und der 1976 in Kraft getreten ist. Argentinien behauptet, dass der Bruch durch den Bau zweier Zellstoffmühlen am Flussrand zustande gekommen ist, die angeblich Auswirkungen auf die Wasserqualität und die vom Fluss betroffenen Gebiete haben. Am 13. Juli befandet der IGH, dass die Umstände keine einstweilige Verfügung erfordern. Am 29. November beantragt Uruguay eine einstweilige Verfügung, weil organisierte Gruppen argentinischer Staatsbürger eine lebenswichtige Brücke über den Fluss blockiert haben und dadurch kommerziellen und touristischen Verkehr von Argentinien nach Uruguay absperren [→Argentinien - Uruguay].

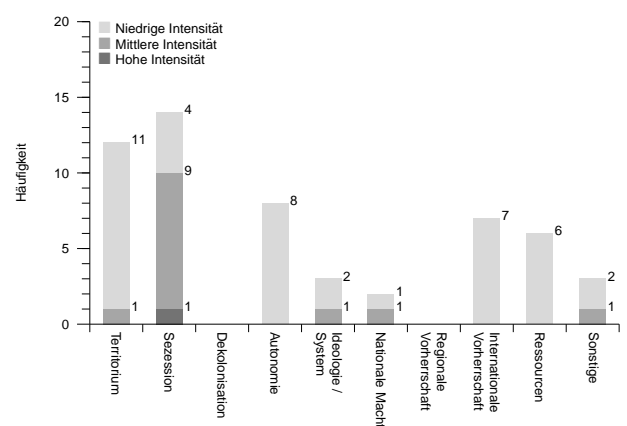
Europa

In Europa werden 45 Konflikte beobachtet. Mit den Konflikten zwischen Liechtenstein - Deutschland sowie Ukraine (Opposition) haben zwei Konflikte bereits 2005 geendet. Durch die nichtgewaltsame Sezession Montenegros von Serbien wird ein weiterer Konflikt 2006 beigelegt. Wie 2005 werden in Europa zwölf Konflikte mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen. Zwar deeskalierten zwei gewaltsame Konflikte des Vorjahres, doch überschreiten im Jahresverlauf zwei andere Konflikte die Schwelle zur Gewalt. Die einzige ernste Krise bleibt der Konflikt in Russland (Tschetschenien). Mit zehn Konflikten stellt der Balkan weiterhin das instabilste Gebiet dar. Der Kaukasus bleibt ebenfalls eine fragile Region, wie der hochgewaltsame Tscheschenienkonflikt, die drei Krisen in Berg-Karabach (Armenien - Aserbaidschan), Georgien (Abchasien) und Georgien (Südossetien) sowie drei weitere manifeste Konflikte in Aserbaidschan und Georgien zeigen. Bei der Mehrzahl der Konflikte in Europa handelt es sich um innerstaatliche Konflikte, wobei Sezession und Autonomie die häufigsten Konfliktgegenstände sind. In den zwischenstaatlichen Konflikten ist der verbreitetste Gegenstand Territorium, gefolgt von internationaler Macht.

Konfliktintensitäten in Europa 2006 im Vergleich zu 2005



Häufigkeiten von Konfliktgegenständen in Europa nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Europa 2006

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Armenien - Aserbaidschan	Armenien vs. Aserbaidschan	Sezession, Territorium	1988	•	3
Aserbaidschan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2003	↘	2
Belarus (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	1997	↗	3
Belarus - Polen*	Belarus vs. Polen	Internationale Macht	1994	•	2
Bosnien-Herzegowina (Bosniaken - Kroaten)	Bosniaken vs. Kroaten	Autonomie	1995	•	2
Bosnien-Herzegowina (RS - BKF)	Republika Srpska vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation	Sezession	1995	↗	3
Dänemark - Kanada (Insel Hans)*	Dänemark vs. Kanada	Territorium, Ressourcen	1973	↘	1
Frankreich (Korsika)	korsische Nationalisten, FLNC vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Frankreich (randalierende Jugendliche)	Randalierer vs. Regierung	Sonstige (Soziale Lage)	2005	•	3
Georgien (Abchasien)	abchasische Separatisten vs. Georgien	Sezession	1989	•	3
Georgien (Südossetien)	südossetische Separatisten vs. Georgien	Sezession	1989	•	3
Georgien (armenische Minderheit)*	armenische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	2004	•	2
Georgien (aserbaidschanische Minderheit)*	aserbaidschanische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	2004	•	2
Griechenland - Mazedonien*	Griechenland vs. Mazedonien	Territorium, Sonstige (Namensstreit)	1991	•	2

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Kaspisches Meer*	Armenien vs. Aserbaidschan vs. Georgien vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Türkei vs. Turkmenistan	Ressourcen, Territorium, Internationale Macht	1993	↘	1
Kroatien (Krajina, West- und Ost-Slawonien)	kroatische Serben, militante Serben vs. Regierung	Autonomie	1992	•	2
Lettland (russischsprachige Minderheit)	russischsprachige Minderheit vs. Lettische Regierung	Autonomie	1991	•	2
Mazedonien (albanische Minderheit)	albanische Minderheit vs. Regierung	Sezession	1991	•	3
Moldau (Transnistrien)	transnistrische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	2
Rumänien (ungarische Minderheit)	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1989	↗	2
Rumänien - Ukraine*	Rumänien vs. Ukraine	Territorium, Ressourcen	1991	•	1
Russland (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	2001	•	2
Russland (Tschetschenien)	tschetschenische Rebellen vs. Regierung	Sezession	1989	•	4
Russland - Georgien	Russland vs. Georgien	Internationale Macht	1992	•	2
Russland - Lettland*	Russland vs. Lettland	Internationale Macht	1994	•	2
Russland - Norwegen (Barentssee)*	Russland vs. Norwegen	Territorium, Ressourcen	1947	↘	1
Russland - Ukraine	Russland vs. Ukraine	Territorium, Ressourcen	2003	↗	2
Serbien (Kosovo)	albanische Mehrheit im Kosovo vs. serbische Regierung	Sezession	1989	•	3
Serbien (Presevo-Tal)*	südserbische Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja, UCPMB vs. serbische Regierung	Sezession	2000	↘	2
Serbien (ungarische Minderheit)*	ungarische Minderheit in der Vojvodina vs. serbische Regierung	Autonomie	1998	•	2
Serbien und Montenegro (Montenegro)	Serbien vs. Montenegro	Sezession	1997	ENDE	2
Slowakei (ungarische Minderheit)	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1993	↗	2
Slowenien - Kroatien*	Slowenien vs. Kroatien	Territorium	1991	•	2
Spanien (Baskenland)	ETA vs. Regierung	Sezession	1959	•	3
Spanien - Marokko (Petersilieninsel)*	Spanien vs. Marokko	Territorium	1956	•	1
Spanien - Marokko (Ceuta und Melilla)*	Spanien vs. Marokko	Territorium	1961	•	1
Spanien - Vereinigtes Königreich (Gibraltar)*	Spanien vs. Vereinigtes Königreich	Territorium	1954	•	1
Türkei - Armenien	Türkei vs. Armenien	Sonstige (Anerkennung des Völkermordes)	1915	•	2
Türkei - Griechenland	Türkei vs. Griechenland	Territorium	1973	•	2
Ungarn - Rumänien*	Ungarn vs. Rumänien	Internationale Macht	1990	•	1
Ungarn - Slowakei (Minderheit)*	Ungarn vs. Slowakei	Internationale Macht	1993	↗	2
Ungarn - Slowakei (Ressourcen)*	Ungarn vs. Slowakei	Ressourcen	1989	•	1
Vereinigtes Königreich (Nordirland)	Sinn Féin, IRA vs. Regierung, UUP, DUP, UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers, Real IRA	Sezession	1968	•	3
Zypern (Nordzypern)	Nordzypern vs. Republik Zypern	Sezession	1963	•	2
Zypern - Türkei	Zypern vs. Türkei	Internationale Macht	2005	•	2

¹ Konflikte mit einem * haben keinen eigenen Artikel

² angegeben sind nur die Konfliktparteien, die für den aktuellen Zeitraum relevant sind

³ Intensitätsänderungen im Vergleich zum letzten Jahr: ↗ bzw. ↘ Eskalation um einen, bzw mehr als einen Intensitätsgrad; ↘ bzw. ↙ Deeskalation um einen, bzw um mehr als einen Intensitätsgrad; • keine Änderung

⁴ Intensitätsgrade: 5 = Krieg; 4 = Ernste Krise; 3 = Krise; 2 = Manifester Konflikt; 1 = Latenter Konflikt

Armenien - Aserbaidshchan

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	Armenien vs. Aserbaidshchan	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Territorium	

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshchan um den territorialen Status der Enklave Berg-Karabach dauert an. Die Enklave, ein international anerkannter Teil Aserbaidshchans, aber mehrheitlich von Armeniern bewohnt, ist seit 1992 von armenischen Truppen besetzt. Im März und September 2006 verletzen beide Seiten vorübergehend das bestehende Waffenstillstandsabkommen. Mindestens zwei Soldaten werden getötet. Armenien weigert sich nach wie vor, die Besetzung von Berg-Karabach zu beenden. Aserbaidshchan verlangt den Abzug armenischer Truppen als Vorbedingung für weitere Verhandlungen über den Status des Gebiets. Mehrere von der OSZE initiierte Treffen zwischen den Außenministern sowie den Präsidenten der beiden Länder führen lediglich zu Teilabkommen. Allerdings werden Grundprinzipien festgelegt, die auf eine Langzeitlösung abzielen, darunter auch der Plan, ein Referendum über den endgültigen Status von Berg-Karabach abzuhalten.

tw

Aserbaidshchan (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ▼	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen aserischen Oppositionsgruppen und der herrschenden Partei des Neuen Aserbaidshchan (NAP) Präsident Ilham Aliyevs wird fortgesetzt. Nach gewaltsamen Protesten in Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im November 2005 räumt die Regierung Unregelmäßigkeiten ein. Die am 13. Mai von einem neuen Zentralen Wahlkomitee in zehn Wahlkreisen durchgeführten Neuwahlen ändern die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht. Von Januar an ist die aserbaidshchanische Opposition uneins und gespalten hinsichtlich der Frage ihrer Teilnahme an den Neuwahlen oder der Mitwirkung im Parlament. Trotz der Neuwahlen sieht die Opposition das Parlament weiterhin als illegitim an, nur Teile der Opposition nehmen ihre Sitze im Parlament ein. Der Europarat bezeichnet die Neuwahlen als Verbesserung. Den Wahlkampf kennzeichnen ständige Kundgebungen der Opposition und Übergriffe der Polizei auf Oppositions-Aktivisten. Präsident Aliyev und seine regierende NAP erhöhen den Druck auf unabhängige und ausländische Medien. Am 24. November stellt der größte unabhängige Radio- und Fernsehsender die Übertragung ein, nachdem die nationale Radio- und Fernsehbehörde sich geweigert hat, seine Lizenz zu verlängern. Am selben Tag verurteilt ein Gericht zwölf oppositionelle Aktivisten, die an einer gewaltfreien Demonstration für die Unabhängigkeit der Medien teilgenommen haben. Um ihren Forderungen nach ei-

ner Beendigung der Repressionen gegen die Presse Nachdruck zu verleihen, treten am 30. Oktober sechs Aktivisten der oppositionellen Zeitung Azadliq in den Hungerstreik.

ap, kw

Belarus (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Opposition und der Regierung des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko erreicht während der Präsidentschaftswahlen im März einen Höhepunkt. Im Vorfeld der Wahlen ist der Wahlkampf der Oppositionskandidaten aufgrund der staatlichen Kontrolle der Medien und der Belästigung von Oppositionsaktivisten stark eingeschränkt, es herrscht ein Klima der Einschüchterung. Lukaschenko gewinnt die Wahlen vom 18. März mit 82,6 Prozent der Stimmen. Wahlbeobachter der OSZE sowie der nationalen Oppositionsparteien erklären jedoch, dass die Wahlen nicht demokratischen Standards genügen. Der stärkste Präsidentschaftskandidat der Opposition, Alexander Milinkewitsch, verlangt Neuwahlen. Diese Forderung wird von mehreren Tausend Demonstranten unterstützt, die in Minsk mehrere Tage lang ihrem Widerstand gegen den Wahlbetrug Ausdruck verleihen. Während der Proteste ereignen sich mehrfach gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei. Mehr als tausend Personen werden verhaftet. Einige von den Verhafteten, die von der Polizei zusammengeschlagen worden sind, verschwinden. Aleksander Kozulin, Oppositionsführer und Präsidentschaftskandidat, wird wegen Rowdytum und Aufwiegelung zu Massenunruhen zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Im April wird auch Milinkevich für 15 Tage inhaftiert, nachdem er an einer nicht genehmigten Kundgebung teilgenommen hat. Zahlreiche andere Aktivisten der Opposition werden ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt.

ts

Bosnien-Herzegowina (Bosniaken - Kroaten)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	Bosniaken vs. Kroaten	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Die Bosniakisch-Kroatische Föderation (BKF) innerhalb Bosnien-Herzegowinas (BiH) bleibt zwischen römisch-katholischen Kroaten und muslimischen Bosniaken ethnisch gespalten. Am 19. Mai bezeichnet der Hohe Repräsentant Christian Schwarz-Schilling die Pattsituation im Vereinigungsprozess der ethnisch gespaltenen Stadt Mostar als unakzeptabel. Am 15. September ernennt er den deutschen Diplomaten Norbert Winterstein zu seinem Sondergesandten, um die örtlichen Autoritäten bei Aktivitäten zu unterstützen, die auf eine Vereinigung der Stadt gericht-

tet sind, und zwischen ihnen zu vermitteln. Infolge der Wahl des bosnischen Kroaten Zeljko Komsic der multiethnischen Sozialdemokratischen Partei (SDP) zum kroatischen Mitglied der dreiteiligen Präsidentschaft von BiH nehmen die Spannungen im Oktober zu. Die nationalistische Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) protestiert gegen das Wahlergebnis, da Komsic nicht berechtigt sei, die Kroaten zu vertreten, da er auch von Bosniaken gewählt worden sei. HDZ-Kandidat Ivo Miro Jovic droht, daß die Enttäuschung der Kroaten zur Sezession führen könnte. Kardinal Vinko Puljic, der katholische Erzbischof von Sarajevo, kritisiert das Wahlergebnis als eine Ungerechtigkeit gegenüber den bosnischen Kroaten. Am 11. Oktober feuern unbekannte Täter eine Antipanzerrakete auf eine Moschee in Mostar ab. Einen Tag zuvor ist ein römisch-katholischer Friedhof geschändet worden.

aog

Bosnien-Herzegowina (RS - BKF)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	Republika Srpska vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen den beiden Entitäten Bosnien-Herzegowinas (BiH) dauert an. Angeheizt wird er insbesondere durch die vom Ministerpräsidenten der Republik Srpska (RS) Milorad Dodik gestellten Forderungen nach einem Unabhängigkeitsreferendum analog demjenigen, das im Mai zur Unabhängigkeit Montenegros von Serbien führte. Am 26. September unterzeichnen die Präsidenten und Ministerpräsidenten der RS und Serbiens ein Abkommen über besondere Beziehungen und setzen sich damit über die Einwände der wichtigsten bosniakischen politischen Formationen hinweg. Im Februar beginnt vor dem IGH die Verhandlung der Klage BiHs gegen Serbien und Montenegro bezüglich Angriffs und Genozids. Während zahlreiche Prozesse in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg von 1992-95 geführt werden, befinden sich die bosnisch-serbischen Verdächtigen Ratko Mladic und Radovan Karadzic weiterhin auf freiem Fuß. Am 5. Januar fordert eine Schießerei nahe der RS-Ortschaft Rogatica mehrere Verletzte, als ein angeklagter bosnisch-serbischer Kriegsverbrecher sich der Verhaftung durch EUFOR-Truppen widersetzt. Sowohl die EU als auch der Hohe Repräsentant verleihen wiederholt ihrer Frustration über das Versagen BiHs, Verfassungsreformen mit dem Ziel einer Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen durchzuführen, Ausdruck. Die RS weigert sich weiterhin, eine Polizeireform umzusetzen, welche die Polizeikräfte beider Entitäten integrieren soll. Immerhin genehmigt die Präsidentschaft BiHs am 5. August ein Armeereformgesetz. Unbekannte Täter schänden am 4. März einen muslimischen Friedhof in Banja Luka, der Hauptstadt der RS. Am 11. August beschädigt eine Bombe das Grab des ehemaligen Präsidenten

Alija Izetbegovic, des Führers der Bosniaken während des Krieges.

aog

Frankreich (Korsika)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	korsische Nationalisten, FLNC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Kampf um die Unabhängigkeit Korsikas von Frankreich verstärkt die Nationale Befreiungsfront Korsikas (FLNC) ihre Anschläge auf Einrichtungen der französischen Regierung und Ferienhäuser von Nicht-Korsen. Bei zahlreichen Bombenanschlägen, die hauptsächlich hohe Sachschäden verursachen, kommen drei FLNC-Mitglieder ums Leben. Anhänger der FLNC nehmen mehrere Personen in Geiselhaft, um ihre Bombenanschläge durchführen zu können. Im Mai macht die FLNC mit mehreren gleichzeitigen Bombenanschlägen in verschiedenen Orten der Insel auf ihr 30-jähriges Bestehen aufmerksam. Die französische Regierung reagiert auf die Anschläge mit mehreren Festnahmen und Verurteilungen von Anhängern der FLNC.

al

Frankreich (randalierende Jugendliche)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Randalierer vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sonstige (Soziale Lage)	

Der 2005 ausgebrochene Konflikt zwischen sozial benachteiligten, meist aus Einwanderfamilien stammenden Jugendlichen und den französischen Behörden wird gewaltsam fortgesetzt. Im Januar wird der 2005 über 30 französische Städte verhängte Ausnahmezustand wieder aufgehoben. Trotz der bekundeten Normalisierung der Situation reißt die Serie der Gewalttaten nicht ab. Innenminister Nicolas Sarkozy berichtet dem Parlament im Oktober, dass zwischen Januar und September 2.890 Polizisten im Einsatz verletzt und 31.000 Autos in Brand gesetzt worden seien. Als sich die Vorstadtunruhen von 2005 im Oktober jähren, steigt die Zahl der Gewalttaten erneut an. Ministerpräsident Dominique de Villepin verspricht mehr Polizeipräsenz in den Vorstädten.

al

Georgien (Abchasien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	abchasische Separatisten vs. Georgien	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Die faktisch unabhängige Republik Abchasien strebt weiterhin nach Sezession von Georgien, dessen Regierung sich um die Wiederherstellung der territorialen Integrität bemüht. Beide Konfliktparteien erhalten bedeutende politische und wirtschaftliche Unterstützung von außen: Abchasien von Russland und

Georgien von den USA. Nach zahlreichen Beschwerden über die russische Unterstützung für Abchasiens de-facto Regierung verabschiedet das georgische Parlament eine Resolution, die den Abzug russischer friedenserhaltender Truppen aus Abchasien fordert. Die Spannungen im Abchasien-Konflikt verschlimmern sich zusätzlich durch die allgemeine Verschlechterung der georgisch-russischen Beziehungen [→ Russland - Georgien]. Am 22. Juli startet Georgien eine Militäroperation im Kodori-Tal, einem kleinen georgisch-kontrolliertem Gebiet in der abtrünnigen Republik Abchasien. Gemäß dem Moskauer Waffenstillstandsabkommen von 1994 sind jegliche Truppen aus diesem Gebiet verbannt. Obwohl diese Operation gegen die Jäger-Miliz, die ehemals Teil der georgischen Armee war, gerichtet ist, sieht Abchasien diesen Schritt als schwere Provokation an. Abchasien entscheidet daher, nicht mehr an den wöchentlichen Gesprächen mit georgischen, russischen und UN-Vertretern teilzunehmen. Am 13. Oktober verurteilt der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1716 die Entsendung georgischer Truppen. Eine Woche später beginnt die abchasische Regierung auf dem russischen Militärstützpunkt in Gudauta ein Militärmanöver mit 2.000 Soldaten. Am selben Tag ruft das abchasische Parlament Russland dazu auf, seine Unabhängigkeit anzuerkennen.

ilk

Georgien (Südostsetien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	südostsetische Separatisten vs. Georgien	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Die abtrünnige Region Südostsetien setzt ihr Streben nach Unabhängigkeit von Georgien fort. Der international nicht anerkannte de-facto Präsident Eduard Kokoiti ruft wiederholt zur Errichtung einer politischen Einheit mit Nordostsetien, das Teil der Russischen Föderation ist, auf. Trotz der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Südostsetien ist Russland bislang unverbindlich geblieben, was die Forderung nach Anerkennung von Südostsetiens Unabhängigkeit und einem Zusammenschluss mit Nordostsetien betrifft. Am 15. Februar verabschiedet das georgische Parlament eine Resolution, die eine Frist für den Abzug russischer Truppen aus Südostsetien setzt. Südostsetien reagiert mit einem Aufruf an Russland, seine Truppen dort zu belassen. Im August beginnt Südostsetien mit der Ausstellung eigener Pässe. Am 3. September beschließen südostsetische Milizen einen Hubschrauber, in dem sich der georgische Verteidigungsminister Irakli Okruaschwili befindet. Zwar wird niemand verletzt, doch ist der Hubschrauber zur Landung gezwungen. Fünf Tage später werden vier Kämpfer bei Kämpfen zwischen georgischen Soldaten und südostsetischen Milizen an der südostsetischen Grenze getötet. Am 12. November hält Südostsetien ein Referendum über seine Unabhängigkeit ab und ver-

lautbart, dass sich darin 99 Prozent der Wähler für eine Sezession von Georgien ausgesprochen hätten. Die EU, die USA und die OSZE lehnen dieses Referendum jedoch als undemokratisch und ungültig ab.

ilk

Kroatien (Krajina, West- und Ost-Slawonien)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	kroatische Serben, militante Serben vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen kroatischen Serben und der Regierung in Kroatien dauert an. Im Dezember 2005 wird der mutmaßliche kroatische Kriegsverbrecher Ante Gotovina verhaftet und an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag überstellt. Gotovina wird für den Tod von 150 Serben und die Vertreibung weiterer 150.000 während der kroatischen Offensive in der Krajina von 1995 verantwortlich gemacht. In der kroatischen Hauptstadt Zagreb und einigen Städten an der Adria protestieren Zehntausende gegen seine Verhaftung. Vereinzelt kommt es bei den Demonstrationen zu gewaltsamen Zwischenfällen. Der kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader bekundet seinen Verständnis für die Gefühle der Öffentlichkeit. Die EU bestätigt, dass Kroatien eine aktive Rolle bei der Ergreifung Gotovinas gespielt habe, und erklärt, dass damit ein Haupthindernis für Kroatiens EU-Beitritt beseitigt sei. Ebenfalls im Dezember befindet ein serbisches Sondergericht 14 Personen schuldig für die Hinrichtung von nahezu 200 kroatischen Gefangenen in der Nähe von Vukovar 1991. Im Verlauf des Jahres 2006 ereignen sich mehrere ethnisch motivierte Zwischenfälle gegen kroatische Serben, besonders in Gegenden, die vom Krieg 1991-95 stark betroffen waren. Am 24.12.05 wird der Sitz der serbisch-orthodoxen Diözese in Sibenik in Brand gesteckt. Nach Angaben von Human Rights Watch sind zurückkehrende serbische Flüchtlinge nach wie vor Gewalt und Einschüchterung ausgesetzt.

aog

Lettland (russischsprachige Minderheit)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	russischsprachige Minderheit vs. Lettische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt um die Rechte der russischsprachigen Minderheit in Lettland dauert an. Obwohl 2005 fast 20.000 Personen erfolgreich die lettische Staatsbürgerschaft beantragt haben, haben nach wie vor 19 Prozent der Einwohner den Status von Nichtbürgern. Die meisten von ihnen sind ethnische Russen. Mehrere, insbesondere russischsprachige Organisationen sowie Russland kritisieren, dass Nichtbürgern Rechte vorenthalten würden. Im April lehnt das lettische Parlament den Antrag an,

Nichtbürgern das Wahlrechts auf Gemeindeebene zuzuerkennen. Im Oktober reichen 50 Nichtbürger eine Petition bei der OSZE ein, in der sie gegen ihre Diskriminierung protestieren. Bei den Parlamentswahlen am 7. Oktober erleidet die radikale russischsprachige Minderheitenpartei Für Menschenrechte in einem Vereinigten Lettland schwere Verluste. Die weniger radikale Partei Zentrum für Harmonie, die sich ebenfalls für die Rechte der Minderheiten in Lettland einsetzt, erhält 14,4 Prozent der Stimmen. Sie setzt sich dafür ein, Russisch den Sonderstatus einer geschützten Minderheitensprache einzuräumen, fordert aber nicht, dass Russisch eine offizielle Amtssprache wird. Am 17. November verabschiedet der Europarat eine Resolution, die flexiblere Einbürgerungsrechte in Lettland fordert und erklärt, dass allen ständigen Einwohnern das Recht zur Teilnahme an Gemeindewahlen eingeräumt werden solle.

kw

Mazedonien (albanische Minderheit)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	albanische Minderheit vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der albanischen Minderheit in Mazedonien und der Regierung geht weiter. Am 31. Januar gibt die oppositionelle Demokratische Partei der Albaner (DPA) ihren Boykott auf und kehrt ins Parlament zurück. Die anderen wichtigen Parteien ethnischer Albaner – die Demokratische Union für Integration (DUI) und die Partei der Demokratischen Prosperität (PDP) – beginnen nach den Wahlen vom 5. Juli einen Boykott des Parlaments. Die Wahlkampfperiode wird durch Zusammenstöße und Schießereien zwischen Anhängern der DUI und der DPA gestört. Obwohl die DUI die meisten albanischen Stimmen erhält, entscheidet sich der neue Ministerpräsident Nikola Gruevski von der nationalistischen Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation-Demokratische Partei für die Nationale Einheit Mazedoniens (VMRO-DPMNE) für die DPA als Vertretung der albanischen Minderheit in seiner Regierungskoalition. Daraufhin droht der Führer der DUI und frühere Aufständische Ali Ahmeti mit der Nichtanerkennung der neuen Regierung. Im August organisieren die DUI und die PDP Proteste, bei denen Straßen blockiert und Fahrzeuge beschädigt werden. Im September nehmen Gruevski und die albanische Opposition Gespräche auf und signalisieren eine Rückkehr zur Normalität. Im Jahresverlauf führen Bemerkungen des kosovarischen Ministerpräsidenten Agim Ceku, in denen er die Legalität der Grenzen zwischen Mazedonien und dem Kosovo in Frage stellt, zu diplomatischen Spannungen. Diese Bemerkungen schüren Ängste vor einer Zunahme sezessionistischer Tendenzen unter Mazedoniens albanischer Bevölkerung, sollte der Kosovo unabhängig werden.

aog

Moldau (Transnistrien)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	transnistrische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Republik Moldau und der abtrünnigen transnistrischen Region hält an. Seit dem 7. März sind die Verhandlungen zwischen Moldau und Transnistrien wegen eines Streits über neue Zollvorschriften ausgesetzt. In einem von der transnistrischen de-facto Regierung organisierten Referendum am 17. September unterstützen 97,1 Prozent der Wähler die endgültige Sezession Transnistriens von Moldau und einen späteren Anschluss an die Russische Föderation. Entgegen früherer Versicherungen Russlands, sämtliche Truppen bis 2002 abzuziehen, sind nach wie vor 1.500 Soldaten in der Region stationiert. Der moldauische Präsident Wladimir Woronin fordert eine Ersetzung der russischen durch internationale friedenserhaltende Truppen. Am 6. Oktober erkennt das russische Parlament das Referendum als legitim an und fordert die internationale Gemeinschaft zur Anerkennung des Ergebnisses auf. Kein anderer Staat und keine internationale Organisation erkennt das Ergebnis des Referendums an. Der Leiter der OSZE-Mission in Moldau bezeichnet die Abstimmung als illegitim. Am 18. Oktober enden getrennte Konsultationen internationaler Vermittler mit Delegationen beider Konfliktparteien in der ukrainischen Stadt Odessa ohne Ergebnis.

ag

Rumänien (ungarische Minderheit)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	ungarische Minderheit vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Autonomiekonflikt zwischen der ungarischen Gemeinschaft in Rumänien und der Regierung nimmt an Intensität zu. Die ungarische Minderheit ist sich in dieser Frage uneinig. Die Székler, eine Gruppe von 600.000 in Transsylvanien lebenden Ungarn, fordern nicht nur kulturelle, sondern auch territoriale Autonomie. Der Nationale Rat der Székler veröffentlicht am 15. März seine Forderungen, die unter anderem einen eigenen Präsidenten und ein eigenes Schulsystem für die Székler beinhalten. Die wichtigste ungarische Partei in Rumänien, die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien, die Teil der regierenden Koalition ist, hat bereits weitere Rechte für die Ungarn erreicht, darunter die Einführung zweisprachiger Schilder. Dennoch wird der Entwurf eines neuen Minderheitengesetzes, das die ungarische Autonomie weiter gestärkt hätte, vom Parlament nicht akzeptiert. Rumänen des gesamten politischen Spektrums kritisieren die Forderung nach territorialer Autonomie. Die Großrumänische Partei, die eine nationalistische, anti-ungarische Politik vertritt, stellt sich den Autonomieforderungen entschieden entgegen.

gen und droht, die öffentliche Demonstration ungarischer Autonomieforderungen im März anzugreifen. Ein Zusammenstoß zwischen rumänischen Nationalisten und ungarischen Székleren kann nur durch die Vermittlung des rumänischen Präsidenten verhindert werden.

ötb

Russland (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

In Russia geht der Systemkonflikt zwischen oppositionellen Medien und NRO auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite weiter. Ende November 2005 wird die beliebte Fernsehsendung von Olga Romanowa aus dem Programm genommen, nachdem sie kritisch über den Freispruch des Sohnes von Verteidigungsminister Sergej Iwanow in einer Strafsache berichtet hat. Am 22. Dezember sperren russische Behörden die Radiofrequenzen der BBC und der Deutschen Welle, zweier ausländischer Radiosender. Im Beobachtungszeitraum werden zahlreiche Mordversuche an Oppositionsaktivisten und kritischen Journalisten nicht von den staatlichen Autoritäten aufgeklärt. Im April tritt ein neues Gesetz in Kraft, das strengere Registrierungsverfahren und die Offenlegung des finanziellen Hintergrunds von NRO vorsieht. Mehrere NRO beschwerten sich über das neue Gesetz, berichten von ernststen Schwierigkeiten bei der Registrierung und bezeichnen es als einen Angriff auf die Arbeit von Menschenrechtsgruppen. Proteste von Menschenrechtsaktivisten vor der Inkraftsetzung des Gesetzes sind von Sondereinsatztruppen der OMON-Sicherheitskräfte zerschlagen worden.

lo, jc, kw

Russland (Tschetschenien)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	tschetschenische Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der abtrünnigen nordkaukasischen Republik Tschetschenien und Russland dauert an. Im Frühjahr 2006 verabschiedet der Europarat eine Resolution, die das Vorgehen russischer Sicherheitskräfte in Tschetschenien verurteilt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die russische Regierung mehrfach zu Schadensersatzzahlungen in Fällen, die mit dem Tschetschenien-Krieg in Zusammenhang stehen. Im März wird der Sohn des ermordeten Präsidenten Achmed Kadirow und derzeitiger Führer der Milizen, Ramzan Kadirow, Ministerpräsident. Im Juni wird Abdul-Khalim Saydullayew Berichten zufolge von Sicherheitskräften ermordet. Saydullayew ist 2005 zum Nachfolger von Aslan Maschadow im Präsidentenamte der separatistischen Führung ernannt worden.

Am 10. Juli kommt der von Russland im Zusammenhang mit zahlreichen Anschlägen - einschließlich der Geiselnahme in einer Schule in Beslan 2004 - gesuchte Kriegsherr Schamil Basayew in Inguschetien ums Leben. Er war Ende Juni zum Vizepräsident der separatistischen Regierung ernannt worden. Russischen Kräften zufolge wurde Basayew in einer Sonderoperation getötet, während tschetschenische Rebellen von einem Unfall sprechen. Später im Juli fordern die Föderativen Sicherheitskräfte (FSB) die tschetschenischen Rebellen zur Abgabe ihrer Waffen auf und bieten im Gegenzug eine Amnestie an. Angeblich stellen sich mehrere hundert tschetschenische Kämpfer freiwillig den Behörden. Im August ordnet der russische Präsident Wladimir Putin die Vorbereitung eines Teilrückzugs russischer Truppen bis 2008 an. Im Herbst räumen die pro-russische tschetschenische Regierung und das Regionale Operationshauptquartier der Antiterror-Operation ein, dass die Sicherheitslage in Tschetschenien nach wie vor angespannt sei und der tschetschenische Widerstand weiterhin eine ernste Bedrohung darstelle. Nach wie vor ereignen sich häufig bewaffnete Zusammenstöße, Anschläge, Entführungen und andere gewaltsamen Zwischenfälle, die auch auf Nachbarrepubliken im Nordkaukasus übergreifen.

vl, jc

Russland - Georgien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Russland vs. Georgien	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Der internationale Machtkonflikt zwischen Russland und Georgien setzt sich fort. Dieser Konflikt erreicht in diesem Jahr am 3. Oktober mit dem Abzug des russischen Botschafters aus der georgischen Hauptstadt Tiflis einen neuen Höhepunkt. Zudem hebt Russland sämtliche Verkehrs- und Postverbindungen zu Georgien auf. Die Beziehungen der beiden Staaten zuvor durch Georgiens Orientierung in Richtung der USA beeinträchtigt gewesen. Im Mai verhängt Russland ein Importverbot auf georgischen Wein und Mineralwasser, zwei der wichtigsten georgischen Exportgüter. Am 8. Juli schließt Russland den einzigen Grenzübergang mit Georgien. Nach mehreren wechselseitigen diplomatischen Beschuldigungen und Verstimmungen intensiviert sich der Konflikt am 28. September weiter, als die georgischen Behörden vier russische Militäroffiziere festnehmen und sie der Spionage beschuldigen. Russland schließt in der Folge seine Botschaft in Georgien und setzt seine Truppen zur Verteidigung russischer Militärbasen in Georgien in Alarmbereitschaft. Es kündigt zudem an, seine Truppen entgegen eines im März unterzeichneten georgisch-russischen Abkommens nicht aus Georgien abzuziehen. Im Oktober erhöht Russland durch die Verfolgung und Abschiebung von mehr als 100

illegalen georgischen Arbeitskräften den Druck auf Georgien. Zudem ruft Russland in Georgien lebende Russen dazu auf, das Land zu verlassen und stellt zu diesem Zweck Flugzeuge bereit. Russland zeigt keine Bereitschaft, auf die Aufrufe der EU und der NATO zur Aufhebung seiner Sanktionen einzugehen. Stattdessen kündigt der staatlich kontrollierte russische Gas-Monopolist Gazprom eine Verdoppelung der Preise an und kündigt an, die Gaslieferungen am 1. Januar 2007 einzustellen, sollte Georgien nicht zur Zahlung der höheren Preise bereit sein.

luk

Russland - Ukraine

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Russland vs. Ukraine	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen	

Der Territorial- und Ressourcenkonflikt zwischen Russland und der Ukraine erreicht mit der Energiekrise im Januar eine neue Größenordnung. Am 1. Januar stellt der russische Gasmonopolist Gazprom seine Gaslieferungen in die Ukraine vollständig ein. Am 4. Januar willigt die Ukraine ein, den doppelten Gaspreis zu bezahlen und Gazprom nimmt seine Gaslieferungen wieder auf. Die Spannungen über die neuen Gaspreise dauern das ganze Jahr über an. Die Ukraine beschuldigt Russland, sein Gasmonopol für die Ausübung von politischem Druck auf seine Nachbarn auszunutzen. Im Oktober nehmen die beiden Länder neue Verhandlungen über die offene Territorialfrage in der Krim auf. In Bezug eine Grenzziehung hinsichtlich der Insel Tuzla, die in der Kerchstraße liegt, erzielen die beiden Parteien keine Einigung.

ts

Serbien (Kosovo)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	albanische Mehrheit im Kosovo vs. serbische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der albanischen Mehrheit im Kosovo und Serbien über den Status der Provinz dauert an. Im Dezember 2005 übergibt die UN-Verwaltung UNMIK formal die Kontrolle an die Polizei- und Justizministerien des Kosovo. Kurz vor der geplanten Aufnahme der direkten Statusgespräche erliegt der kosovarische Präsident Ibrahim Rugova am 21. Januar einem Krebsleiden. Das Parlament wählt Fatmir Sejdiu zum neuen Präsidenten. Am 20. Februar beginnt die erste Runde der von den UN geleiteten Verhandlungen in Wien. Am 1. März verkündet der Ministerpräsident des Kosovo Kosumi seinen Rücktritt und wird von Agim Ceku ersetzt, einem ehemaligen Kommandeur der Befreiungsarmee des Kosovo und derzeitiger Führer des Schutzkorps des Kosovo. Ab Mitte März werden die Statusgespräche fortgesetzt, die sich z.B. auf die Situation ethnischer Serben im Kosovo, Dezentralisierung, den Schutz

religiöser und kultureller Stätten und wirtschaftliche Fragen konzentrieren. Im Juli endet die siebte Gesprächsrunde ergebnislos, wie bereits die meisten zuvor. Am 24. Juli finden die ersten direkten Gespräche seit dem Kosovo-Krieg von 1999 zwischen den kosovo-albanischen und serbischen Präsidenten und Ministerpräsidenten statt. Da beide Seiten ihre bekannten Positionen bekräftigen, können die Gespräche keinen Durchbruch erzielen. Am 20. September drängt die internationale Kontaktgruppe erneut auf eine Klärung der Statusfrage bis Ende 2006. Sie weist den UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari an, einen Vorschlag für den Status der Provinz auszuarbeiten. Ende September verabschiedet das serbische Parlament eine neue Verfassung, in der der Kosovo als integraler Teil Serbiens bezeichnet wird. Die serbischen Wähler nehmen die neue Verfassung in einem Referendum mit knapper Mehrheit an. Die ethnischen Albaner des Kosovo sind nicht zu diesen Wahlen zugelassen gewesen. Im November verlegt Ahtisaari die Vorlage seines Berichts über den künftigen Status des Kosovo bis nach den für den 21.1.07 angesetzten serbischen Wahlen. Verschiedene Gewaltakte, von denen überwiegend die serbische Minderheit betroffen ist, werden im Kosovo verübt. Dabei werden mindestens 20 Personen verletzt. Am 28. November greifen Pro-Unabhängigkeitsdemonstranten Regierungs- und UNMIK-Gebäude an.

jc

Serbien und Montenegro (Montenegro)

Intensität: 2	Änderung: ENDE	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Serbien vs. Montenegro	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt innerhalb des Staatenbundes von Serbien und Montenegro hält Montenegro ein Referendum über die Zukunft der Union ab. Im Vorfeld der Volksabstimmung kündigt Serbien an, eine Sezession Montenegros nur dann zu akzeptieren, wenn eine signifikante Mehrheit der Montenegriner für die Unabhängigkeit stimmten. Am 21. Mai votieren 55,5 Prozent der Montenegriner - nur wenig mehr als die erforderliche Hürde - für eine Loslösung von Serbien. Am 4. Juni erklärt Montenegro seine Unabhängigkeit. Einen Tag später ratifiziert das Parlament Montenegros diese Erklärung. In Folge erklärt sich auch Serbien seine Unabhängigkeit. Erst am 15. Juni erkennt Serbien Montenegro offiziell als unabhängigen Staat an, nachdem viele andere Staaten dies bereits getan haben. Am 22. Juni nehmen die beiden Länder diplomatische Beziehungen miteinander auf.

ap

Slowakei (ungarische Minderheit)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	ungarische Minderheit vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Die Spannungen im Konflikt um kulturelle Autonomie und die Rechte der ungarischen Minderheit in der Slowakei halten an. Im Juni wird eine Regierungskoalition mit der extremistischen, anti-ungarischen Slowakischen Nationalpartei gebildet. Slowakische Extremisten verüben im August mehrere Anschläge gegen ethnische Ungarn und deren Institutionen. Angehörige der ungarischen Minderheit reagieren darauf mit anti-slowakischen Graffitis an öffentlichen Gebäuden. Nach Gesprächen zwischen Ungarn und der Slowakei kündigt die slowakische Regierung an, politische Extremisten zu bekämpfen und sichert der ungarischen Minderheit Schutz zu.

sd

Spanien (Baskenland)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1959
Konfliktparteien:	ETA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Organisation Baskisches Heimatland und Freiheit (ETA) und der Regierung über die Unabhängigkeit des Baskenlandes dauert an. Die ETA ist für eine Reihe von Bombenanschlägen verantwortlich, die Ende 2005 großen Sachschaden anrichten. Zwischen Januar und März 2006 verübt die ETA weitere Bombenanschläge. Zwei Personen werden bei einem dieser Anschläge am 25. Februar in Vitoria leicht verletzt. Am 22. März verkündet die ETA überraschend einen dauerhaften Waffenstillstand, der zwei Tage später in Kraft tritt und im weiteren Jahresverlauf nicht gebrochen wird. Nach dieser Ankündigung verlangt die Regierung von der baskischen Organisation, ihre erpresserischen Methoden aufzugeben. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero signalisiert seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen. Im Juli nimmt der baskische Flügel der regierenden spanischen Sozialistenpartei Gespräche mit der verbotenen baskischen Separatistengruppierung Batasuna auf, um eine politische Lösung zu finden. Die Verhandlungen werden von massiven Protesten hunderttausender Menschen in Madrid begleitet. Indessen wird strafrechtliche Verfolgung von ETA-Mitgliedern fortgesetzt. Im November 2005 hat ein Verfahren gegen 56 vorgebliche ETA-Aktivisten begonnen. Ende 2006 wird von kleineren Zwischenfällen berichtet. Dies betrifft z.B. einen Waffenraub durch den französischen Zweig der ETA in Frankreich sowie Drohungen der ETA, den Waffenstillstand zu brechen.

jrt

Türkei - Armenien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1915
Konfliktparteien:	Türkei vs. Armenien	
Konfliktgegenstand:	Sonstige (Anerkennung des Völkermordes)	

Der 1915 an der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches verübte Genozid stellt nach wie vor einen Hauptkonfliktgegenstand in den Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien dar. Infolge diplomatischen Drucks durch die EU läßt ein türkisches Gericht im Januar die Anklage gegen den türkischen Autor Orhan Pamuk fallen, der wegen Beleidigung des türkischen Staates angeklagt worden ist. Dies geht auf seine öffentliche Erklärung, dass eine Million Armenier während des Ersten Weltkrieges in der Türkei getötet worden seien, zurück. Die Türkei bestreitet diesen Genozid weiterhin. Im Mai führen Verhandlungen zwischen Armenien und der Türkei zu keiner Annäherung. Die beiden Länder unterhalten weiterhin keine diplomatischen Beziehungen miteinander. Am 12. Oktober verabschiedet das französische Parlament ein Gesetz, das die Negierung des armenischen Genozids zu einem Verbrechen erklärt. In Folge verabschiedet das türkische Parlament eine Erklärung, die das französische Gesetz verurteilt.

stw

Türkei - Griechenland

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1973
Konfliktparteien:	Türkei vs. Griechenland	
Konfliktgegenstand:	Territorium	

Griechenland und die Türkei halten ihren jeweiligen Anspruch auf Souveränitätsrechte in der Ägäis aufrecht. Dieser Gegensatz droht nach der Kollision eines türkischen und eines griechischen Kampfbots in einer Nahkampfübung am 23. Mai über der ägäischen See zu eskalieren. Der griechische Pilot kommt ums Leben, während der türkische Flieger überlebt. Sowohl die Türkei als auch Griechenland entschärfen rasch die durch den Zwischenfall aufkommenden Spannungen. Beide Außenminister kommen überein, dass er nicht die Bemühungen beider Länder zur Verbesserung ihrer Beziehungen beeinträchtigen solle. Als vertrauensbildende Maßnahme besucht der griechische Stabschef im Juli Ankara. Sein türkischer Amtskollege nimmt eine Einladung, im November nach Athen zu kommen, an.

aj

Vereinigtes Königreich (Nordirland)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien:	Sinn Féin, IRA vs. Regierung, UUP, DUP, UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers, Real IRA	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt um eine Sezession Nordirlands vom Vereinigten Königreich geht weiter. Nach zahlreichen Gesprächen zwischen der britischen Regierung und

Nordirlands führenden Parteien tritt am 15. Mai die Regionalversammlung zum ersten Mal seit drei Jahren wieder zusammen. Am 13. Oktober wird das St. Andrews-Abkommen erzielt, das eine graduelle Wiedereinführung der nordirischen Selbstverwaltung vorsieht. Der entscheidende Punkt des Abkommens ist die Anerkennung der nordirischen Sicherheitskräfte durch die pro-irische Partei Sinn Féin. Sinn Féin lehnt dies jedoch ab. Die Verantwortung für die Polizeikräfte und das Justizsystem soll bis Sommer 2007 an die nordirische Selbstverwaltung übertragen werden. Die führenden Parteien können sich nicht einigen. Dies geht auch auf den Umstand zurück, dass die pro-britische Demokratische Unionistenpartei (DUP) nicht zwischen Sinn Féin und Splittergruppen der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) unterscheidet. Der britische und irische Ministerpräsident setzen den 26.3.07 als Frist für die Rückkehr einer die Macht teilenden Regierung nach Stormont. Die paramilitärische Gewalt dauert an. Die langjährige Fehde zwischen den paramilitärischen Freiwilligen Ulster Kämpfern (UVF) und Loyalistischen Freiwilligen Kämpfern (LVF) geht weiter. Die IRA-Splittergruppe Wahre IRA übernimmt die Verantwortung für eine Reihe von Bombenanschlägen in der Stadt Newry am 9. August.

jb

Zypern (Nordzypern)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Nordzypern vs. Republik Zypern	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Republik Zypern und dem separatistischen Nordzypern, international nur von der Türkei anerkannt, geht weiter. Am 21. Mai hält die Republik Zypern erstmals seit dem 2004 gescheiterten Referendum über eine Wiedervereinigung Parlamentswahlen ab. Präsident Tassos Papadopoulos' Diko-Partei gewinnt 18 Prozent der Stimmen. Seine herrschende Koalition mit der kommunistischen Akei-Partei wird bestätigt. Auf die wichtigste oppositionelle Disy-Partei, die einen pro-Wiedervereinigungskurs vertritt, entfallen 30 Prozent der Stimmen. Am 3. Juli treffen sich die Führer der griechischen und türkischen Zyprioten, Papadopoulos and Mehmet Ali Talat, zum ersten Mal nach zwei Jahren, um über das Schicksal vermisster Personen zu sprechen. Fünf Tage später konferieren sie bei einem von der UN

initiierten Gespräch über die Wiederaufnahme des stagnierenden Friedensprozesses erneut. Sie einigen sich auf vertrauensbildende Massnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Entitäten und zur Bearbeitung technischer sowie politischer Fragen. Im November schlägt die UN vor, die Umsetzung dieses im Juli erreichten Abkommens zu beschleunigen. Sie erklärt in einem Brief an Papadopoulos und Talat, dass die UN die Friedensgespräche im Falle zufriedenstellender Fortschritte wieder aufnehmen werde. Beide Führer begrüßen diese neue Initiative.

jc

Zypern - Türkei

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Zypern vs. Türkei	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

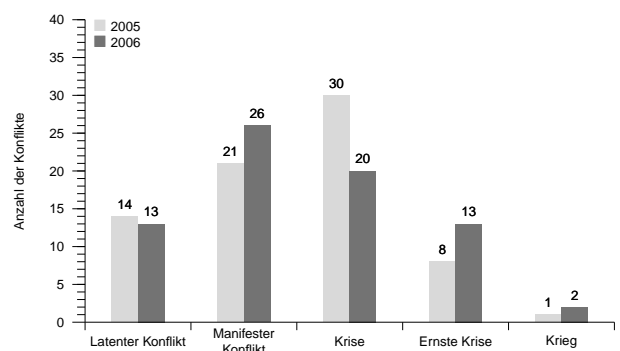
Mit der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Oktober 2005 begann ein neuer Konflikt zwischen der Republik Zypern und der Türkei. Am 12. Juni nimmt die EU formal die Verhandlungen mit der Türkei auf. Zuvor hat Zypern seine Forderung wiederholt, die Türkei müsse zunächst den zyprischen Staat anerkennen und seine Häfen und Flughäfen für den Verkehr aus Zypern öffnen, um die Zollunion der EU umzusetzen. Die EU-Außenminister beschließen, die Türkei an ihre Verpflichtungen zu erinnern, und entschärfen so die zyprische Drohung, die Gespräche zu blockieren. Am 16. Juni bekräftigt der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, dass die Türkei ihre Position nicht ändern werde, bevor die EU nicht ihr Versprechen erfüllt habe, die wirtschaftliche Isolation der türkischen Zyprioten aufzuheben. Finnland, Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft, versucht, die Türkei von einer Aufhebung der Verkehrsblockade gegen Zypern zu überzeugen und schlägt vor, einen nordzyprischen Hafen unter UN-Verwaltung zu stellen und ihn so für Handel mit der EU zu öffnen. Anfang November sagt die EU ein Treffen zwischen türkischen, zyprischen und nordzyprischen Vertretern ab, da Finnland bekundet, nicht alle Parteien an einen Verhandlungstisch zu bekommen. Am 20. November setzt die EU der Türkei eine Frist bis zur ersten Dezemberwoche, ihre Verpflichtungen Zypern gegenüber zu erfüllen.

jc, sb

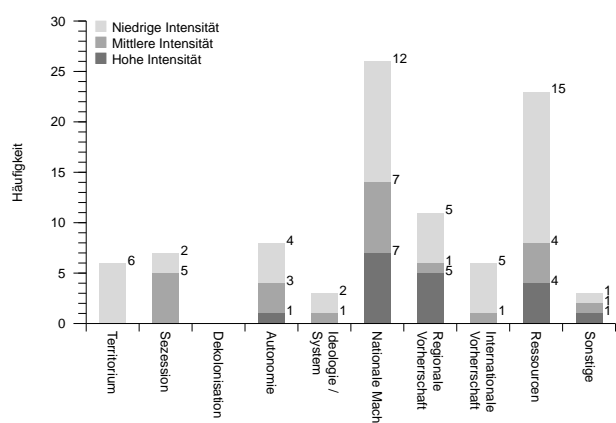
Afrika südlich der Sahara

In Afrika südlich der Sahara werden 74 politische Konflikte ausgetragen. Dies ist dieselbe Anzahl wie im Jahr 2005, da drei Konflikte im Vorjahr beendet wurden und drei neue im Jahr 2006 entstehen. Bislang kann kein Konflikt 2006 als beendet erachtet werden. Unter diesen 74 Konflikten sind zwei Kriege: Somalia (verschiedene Rebellengruppen) und Sudan (Darfur). 13 weitere sind ernste Krisen. Damit werden 15 Konflikte mit hohem Gewaltniveau ausgetragen, wogegen es im Jahr 2005 nur neun waren. Dieser Anstieg ist großteils auf das Wiederauftreten regionaler Konflikte zurückzuführen. Regionale Konflikte zeichnen sich dadurch aus, dass Gewaltkonflikte nationale Grenzen überschreiten und ein System miteinander verbundener Gewaltkonflikte bilden, was zu transnationalen Regionen der Instabilität und humanitären Krisen führt. Im afrikanischen Kontext steht dieses Phänomen häufig in Verbindung mit Destabilisierungsstrategien, mit denen Länder aufständische Gruppen in Nachbarstaaten unterstützen oder sogar schaffen. Die bekanntesten jüngsten Beispiele solcher Regionalkonflikte stellen die Bürgerkriege in Guinea, Liberia und Sierra Leone sowie in der Region der Großen Seen dar. Während allerdings diese spezifische Form regionaler Konflikte in Westafrika - zumindest bis zu einem gewissen Grad - eingedämmt worden ist, ist das Phänomen im Grenzdreieck zwischen dem Sudan, dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) von neuem aufgetreten. Es ist möglich, dass auch am Horn von Afrika unter den Staaten Äthiopien, Eritrea und Somalia ein Regionalkonflikt entsteht. Nachdem der Bürgerkrieg in der westsudanesischen Provinz Darfur drei Jahre lang gewütet hat, greift er in der jüngsten Vergangenheit auf die Nachbarstaaten des Tschad und der ZAR über, wo die Kämpfe zwischen Rebellentruppen und der Regierung sich zu voll entfaltetem und hochgewaltsamen Auseinandersetzungen entwickelt haben. Wie auch im Falle seiner Vorgänger, beschuldigen die betroffenen Länder ihre Nachbarn der massiven Unterstützung der Rebellentruppen. Ein weiterer Fall eines möglichen Übergreifens von Gewalt könnte in Somalia beobachtet werden. Im Verlauf des Vorrückens der Miliz der Vereinigten Islamischen Gerichte (UIC) in Somalia werden Äthiopien und Eritrea zunehmend in den Konflikt verwickelt. Äthiopien interveniert auf Seiten der Übergangsregierung in Baidoa militärisch, während von Eritrea angenommen wird, es unterstütze die UIC-Milizen. Interessanterweise scheinen Ressourcen in diesen beiden Fällen im Gegensatz zu den Regionalkonflikten der westafrikanischen und Region der Großen Seen keine entscheidende Rolle zu spielen. Die Situation in den von Regionalkonflikten betroffenen Regionen wird durch schwache Staatlichkeit verschlimmert: Die schwachen Staaten vermögen weder, effektiv die Rebellentruppen eindämmen, noch, Zusammenstöße zwischen Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Ein anderes Ereignis von zentraler Bedeutung stellen die im Juli und Oktober abgehaltenen Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo dar. Entgegen aller Befürchtungen, dass nach den Wahlen die Kämpfe wieder ausbrechen würden, gibt es gegen Anfang Dezember keine größeren Zusammenstöße zwischen den Kräften um Präsident Joseph Kabila, erklärter Gewinner der Präsidentschaftswahlen, und seines Rivalen Jean Pierre Bemba, welcher seine Bereitschaft andeutete, seine Wahlniederlage anzuerkennen. Wie in der DR Kongo im Jahr 2006 gelten auch die für 2007 angesetzten Wahlen in Nigeria als entscheidender Test für die politische Stabilität des betreffenden Landes. Im Jahr 2006 führen internationale, regionale und subregionale Organisationen friedenserhaltende Operationen in Afrika durch. Besonders aktiv sind die Vereinten Nationen, die sechs Missionen unterhalten. Allerdings wird die UN auch herausgefordert: Die Regierung von Burundi wünscht den Abzug der friedenserhaltenden Truppen, da diese nicht länger notwendig seien, während die Regierung der Elfenbeinküste die Friedenserhalter als Kolonialherren tituliert und pro-Regierungsmilizen gar ihre Stützpunkte angreifen. Unterdessen ist der Sudan nicht mit der Transformation von AMIS - der friedenserhaltenden Mission der Afrikanischen Union (AU) in Darfur - zu einer gemeinsamen AU- und UN-Mission einverstanden. AMIS ist in diesem Jahr die einzige laufende friedenserhaltende AU-Mission, obwohl die AU auch eine gemeinsame Mission mit der subregionalen Organisation Intergouvernementale Entwicklungsbehörde (IGAD) nach Somalia entsenden soll. Die subregionale Organisation des Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (CEMAC) unterhält Stabilisierungstruppen in der ZAR. Die EU entsendet zur Unterstützung des Wahlprozesses in der DR Kongo eine Militärmission.

Konfliktintensitäten in Afrika 2006 im Vergleich zu 2005



Häufigkeiten von Konfliktgegenständen in Afrika nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Afrika südlich der Sahara 2006

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Angola (Cabinda)	FLEC vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Angola (UNITA)	UNITA vs. Regierung	Nationale Macht	1975	•	3
Äquatorialguinea - Gabun*	Äquatorialguinea vs. Gabun	Territorium	1970	•	1
Äthiopien (Anyuak - Nuer)*	Anyuak vs. Nuer	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2003	↘	2
Äthiopien (EPPF)	EPPF vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↗	4
Äthiopien (Guji - Borena)	Guji vs. Borena	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2005	↗	4
Äthiopien (Ogaden)*	ONLF vs. Regierung	Sezession	1984	↑	3
Äthiopien (Opposition)*	CUD, UEDF vs. Regierung	Nationale Macht	2005	↘	2
Äthiopien (Oromo - Somali)*	Oromo vs. Somali	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2005	↓	1
Äthiopien (Oromo)	OLF vs. Regierung	Sezession	1974	•	3
Äthiopien - Eritrea	Äthiopien vs. Eritrea	Territorium	1998	•	2
Botsuana (Basarwa)*	Basarwa vs. Regierung	Ressourcen	1997	•	2
Burundi (Hutu - Tutsi)	Hutu vs. Tutsi	Nationale Macht	1962	↓	2
Burundi (Opposition)	FRODEBU, UPRONA vs. Regierung	Nationale Macht	2006	NEU	3
Burundi (Palipehutu-FNL Rwaswa)	Rwasa-Fraktion der Palipehutu-FNL vs. Regierung	Nationale Macht	2005	•	3
Burundi - Ruanda (Grenze)*	Burundi vs. Ruanda	Territorium	1960	↗	2
DR Kongo (Hema - Lendu)*	Hema vs. Lendu	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2000	•	2
DR Kongo (Ituri-Milizen)	Hema-Milizen, Lendu-Milizen vs. Regierung	Sonstige	2003	•	4
DR Kongo (MLC, RCD-G, UDPS)	MLC, RCD-G, UDPS vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1997	•	3
DR Kongo (Mayi-Mayi)	Mayi-Mayi vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1997	•	4
DR Kongo (ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe)	ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe vs. Regierung	Nationale Macht	1997	•	4
DR Kongo - Ruanda*	DR Kongo vs. Ruanda	Internationale Macht, Ressourcen	2002	•	2
DR Kongo - Uganda*	DR Kongo vs. Uganda	Internationale Macht, Ressourcen	1999	•	2
Elfenbeinküste (Guere - Dioula, Immigranten)*	Guere vs. Dioula, Immigranten	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2004	↘	2
Elfenbeinküste (Rebellen)	FN, Gruppe der Sieben vs. Regierung	Nationale Macht	1999	•	3
Gambia - Senegal*	Gambia vs. Senegal	Ressourcen	2005	↘	1
Guinea (Guerze - Konianke)*	Guerze vs. Konianke	Regionale Vorherrschaft	2001	↓	1
Guinea Bissau - Gambia*	Guinea Bissau vs. Gambia	Sonstige	2005	•	1

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Guinea-Bissau (MFDC-Sadio)	Guinea-Bissau vs. MFDC-Sadio	Regionale Vorherrschaft	2006	NEU	4
Guinea-Bissau (PAIGC)*	PAIGC vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↘	2
Kenia (Opposition)*	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, Nationale Macht	1990	↘	2
Kenia (ethnische Gruppen)	kenianische ethnische Gruppen vs. ugandische ethnische Gruppen	Ressourcen	1991	•	3
Komoren (Regionen)	Regionalregierungen von Anjouan und Moheli vs. Zentralregierung auf Grand Comore	Autonomie	1997	↗	2
Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)*	Ninja-Milizen, CNR vs. Regierung	Autonomie	1997	↘	2
Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Anhänger)	Charles Taylor, Taylor-Anhänger vs. LURD, MODEL	Nationale Macht, Ressourcen	1999	•	2
Madagaskar (CMMR)*	CMMR vs. Regierung	Nationale Macht	2001	•	1
Mali (Tuareg)	Tuareg vs. Regierung	Autonomie	1989	↑	3
Mauretanien - Senegal*	Mauretanien vs. Senegal	Ressourcen	2000	•	1
Namibia (Caprivi-Streifen)*	CLA, DTA, UDP vs. Regierung	Sezession	1998	↗	2
Niger (verschiedene Tuareg-Gruppen)*	Tuareg-Rebellen vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1999	↘	1
Nigeria (Biafra)	MASSOB vs. Regierung	Sezession	1967	•	3
Nigeria (Christen - Muslime)	Muslimen, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	System / Ideologie	1960	•	3
Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)	Ijaw vs. Itekiri, Regierung	Ressourcen	1997	↗	4
Nigeria (Nigerdelta - Ogoni)*	MOSOP vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1990	•	2
Nigeria - Kamerun (Bakassi)	Nigeria vs. Kamerun	Territorium	1961	↘	2
Ruanda (verschiedene Hutu-Rebellengruppen)	Interahamwe, ex-FAR, FDLR vs. Regierung	Nationale Macht	1990	•	2
Ruanda - Frankreich*	Ruanda vs. Frankreich	Internationale Macht	2004	•	2
Ruanda - Uganda*	Ruanda vs. Uganda	Internationale Macht, Ressourcen	2000	•	2
Senegal (MFDC-Sadio)	MFDC-Sadio vs. Regierung, MDFC	Autonomie	1982	↑	4
Sierra Leone (AFRC, RUF, SMG)*	AFRC, RUF, SMG vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1991	•	2
Simbabwe (Opposition)	MDC, MDC-pro Senat, NCA, WOZA, ZCTU, ZINASU vs. Regierung	Nationale Macht	2000	•	3
Somalia (Somaliland)*	Somaliland vs. Regierung	Sezession	1991	•	2
Somalia (verschiedene Rebellengruppen)	Warlords vs. Regierung	Nationale Macht	1980	↑	5
Südafrika (KwaZulu-Natal)	IFP vs. ANC	Regionale Vorherrschaft	1990	↗	3
Südafrika - Namibia*	Südafrika vs. Namibia	Territorium, Ressourcen	1991	•	1
Sudan (Darfur)	SLM/A, JEM, NMRD vs. Regierung, Janjaweed	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2003	•	5
Sudan (Eastern Front)	Eastern Front vs. Regierung	Autonomie	2005	↘	3
Sudan (Hotiya-Baggara - Newiba-Aballa)*	Hotiya-Baggara vs. Newiba-Aballa	Ressourcen	2005	•	3
Sudan (Nuer, White Army - SPLM/A)	Nuer, White Army vs. SPLM/A	Regionale Vorherrschaft	2006	NEU	4
Sudan (SPLM/A)	SPLM/A vs. Regierung	Nationale Macht	1989	↗	4
Sudan - Uganda*	Sudan vs. Uganda	Internationale Macht	1994	•	1
Swasiland (Opposition)	SFTU, PUDEMO, SWAYOCO vs. Regierung	System / Ideologie	1998	↘	2
Swasiland - Südafrika*	Swasiland vs. Südafrika	Territorium	1902	•	1
Tansania (Sansibar)	CUF vs. Regierung	Sezession	1993	↗	3
Togo (Opposition)	UFC vs. Regierung	Nationale Macht	2002	↘	2
Tschad (MDJT)*	MDJT vs. Regierung	Nationale Macht	1998	•	1
Tschad (Opposition)*	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	1990	•	2
Tschad (ethnische Gruppen)	afrikanische Volksgruppen vs. arabische Volksgruppen	Regionale Vorherrschaft	2003	↗	4

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Tschad (verschiedene Rebellengruppen)	verschiedene Rebellengruppen vs. Regierung	Nationale Macht	2005	•	4
Tschad - Sudan	Tschad - Sudan	Internationale Macht	2003	↗	3
Uganda (ADF, NALU)	ADF, NALU vs. Regierung	Nationale Macht	1987	↘	3
Uganda (LRA)	LRA vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen, Sonstige	1987	↘	3
Zentralafrikanische Republik (Patassé)*	Patassé vs. Regierung	Nationale Macht	2003	↘	1
Zentralafrikanische Republik (UDFR)	UDFR vs. Regierung	Nationale Macht	2005	↗	4

^{1 2 3 4} siehe erste Regionstabelle

Angola (Cabinda)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	FLEC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt über den zukünftigen Status der ölreichen Provinz Cabinda bleibt trotz eines Friedensabkommens zwischen einem cabindischen Verhandlungsführer und der angolanischen Regierung ungelöst. Am 10. Juli kündigt António Bento Bembe, ein früherer Führer einer Fraktion der Front für die Befreiung der Enklave Cabinda (FLEC), an, dass FLEC die Waffen niederlegen würde. Der Verhandlungsführer des Cabinda Dialogforums (FDC) schließt sich dieser Ankündigung an. Das FDC ist eine Dachorganisation verschiedener FLEC-Fraktionen sowie wichtiger zivilgesellschaftlicher Gruppen. Am 1. August unterzeichnet Bembe ein Friedensabkommen mit der Regierung. Jedoch wird dieses Abkommen von den meisten Mitgliederorganisationen der FDC sofort als unakzeptabel abgelehnt. Zudem sprechen Vertreter der FDC Bembe die Legitimität Bembes ab, in ihrem Namen ein Abkommen zu unterzeichnen. Im Oktober wird von Zusammenstößen zwischen Polizeikräften und Demonstranten, die gegen das Friedensabkommen protestieren, berichtet. Die Regierung kündigt daraufhin an, hart gegen diejenigen vorzugehen, die den Friedensschluss nicht akzeptierten.

ml

Angola (UNITA)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	UNITA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Machtkonflikt zwischen der regierenden Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und der größten Oppositionspartei, der Union für die Totale Befreiung Angolas (UNITA), wird weiterhin gewalttätig ausgetragen. Auf lokaler Ebene ereignen sich in fünf Provinzen sporadisch gewaltsame Zwischenfälle, die gegen Mitglieder der UNITA gerichtet sind. Angeblich sind Mitglieder der ehemaligen Zivilen Verteidigungsorganisation und der Staatlichen Sicherheitsdienste beteiligt. Im Januar deutet Präsident Jo-

se Eduardo dos Santos an, dass die ursprünglich für 2006 angesetzten Wahlen aufgrund der schlechten Infrastruktur des Landes nicht vor 2007 abgehalten werden würden. Der Minister für Öffentliche Verwaltung der UNITA, Alcides Sakala, beschuldigt daraufhin die regierende MPLA, Infrastrukturprojekte als politisches Werkzeug zum Stimmenfang zu benutzen. Im Oktober beginnen die UN ihr abschließendes Rückführungsprogramm für die verbleibenden 60.000 der ursprünglich 400.000 während des Bürgerkriegs vertriebenen Flüchtlinge.

ml

Äthiopien (EPPF)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	EPPF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Machtkonflikt zwischen der Patriotischen Front des Äthiopischen Volkes (EPPF) unter der Führung von Meskerem Atalay und der Regierung führt im Norden des Landes zu heftigen Kämpfen. Die EPPF, die den Sturz der Regierung von Meles Zenawi anstrebt, ist 1998 in Eritrea gegründet worden und hat ihre Militäroperationen in der nordäthiopischen Region von Amhara 2001 begonnen. Im Februar und März werden Berichten zufolge 150 Menschen bei Zusammenstößen zwischen Regierungs- und Rebellentruppen getötet. Im April und Juni kommen über 100 Soldaten bei Rebellenangriffen auf Einrichtungen der Armee in der nördlichen Gonder-Zone in der Amhara-Region ums Leben. Am 26. Juni behauptet die Regierung, 111 Rebellen im Verlauf von Militäroperationen in derselben Region getötet zu haben.

rs

Äthiopien (Guji - Borena)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Guji vs. Borena	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Nachdem der Disput zwischen den Guji und den Borena im Vorjahr bereits 20 Todesopfer sowie 45.000 Flüchtlinge verursacht hat, eskaliert er 2006 zu einer ernststen Krise. Der Konflikt wurzelt in der Grenzdemarkation durch die Regierung 2003, die Teile

des Borena-Distrikts den Guji zuteilt. Im Mai fordern dreiwöchige Kämpfe zwischen den beiden ethnischen Gruppen 150 Menschenleben. 90.000 Personen werden vertrieben. Diese Zusammenstöße in der südöstlichen Oromiya-Region, rund um die Orte Shakiso, Arero und Yabello, beginnen angeblich, als die Guji ihr Vieh ohne Erlaubnis auf Borena-Land treiben. Im Juni beruhigt sich die Lage.

mh

Äthiopien (Oromo)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1974
Konfliktparteien:	OLF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Oromo-Befreiungsfront (OLF) und der äthiopischen Regierung um den zukünftigen Status der Oromiya-Region wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Die OLF berichtet im Januar von Kämpfen zwischen ihren Kräften und Regierungstruppen in West-Oromiya. Sie beschuldigt die sudanesisch-südliche Volksbefreiungsarmee (SPLA) [→ Sudan (SPLM/A)], die äthiopische Armee während der Operation unterstützt zu haben. Weitere Zusammenstöße ereignen sich im selben Monat in den Distrikten von Ginir und Bale. Am 18. Januar stimmt Ministerpräsident Meles Zenawi einer Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen im Staat Oromiya zu.

mh

Äthiopien - Eritrea

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Äthiopien vs. Eritrea	
Konfliktgegenstand:	Territorium	

Der Grenzdisput zwischen Eritrea und Äthiopien bleibt ungelöst. Die friedenserhaltende Mission der UN, UNMEE, die nach dem Waffenstillstandsabkommen von 2000 an die umstrittene Grenze entsandt worden ist, ist zunehmenden Einschränkungen durch Eritrea ausgesetzt. Eritrea weist im Dezember 2005 180 UNMEE-Mitglieder aus, weitere fünf im September 2006. Obwohl Äthiopien Anfang 2006 Truppen von der Grenze abzieht, bleibt die militärische Lage angespannt. Ein Treffen beider Länder mit der Grenzkommission führt zu keinem Ergebnis. Im Juni verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der UNMEE um vier Monate, reduziert jedoch ihre Stärke. Im Oktober stoßen 1.500 eritreische Soldaten in die Pufferzone vor und brechen die Waffenstillstandsregelungen. Am 21. November weisen beide Konfliktparteien einen Vermittlungsversuch der Grenzkommission zurück. Die Beziehungen der Konfliktparteien verschlechtern sich auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Somalia [→ Somalia (verschiedene Rebellengruppen)]. Eritrea wirft Äthiopien vor, die provisorische Regierung in Somalia mit Truppen zu unterstützen, während Äthiopien Eritrea beschuldigt,

den Rebellen der Union Islamischer Gerichte (UIC) zu unterstützen.

mh

Burundi (Hutu - Tutsi)

Intensität: 2	Änderung: ↓	Beginn: 1962
Konfliktparteien:	Hutu vs. Tutsi	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Machtkonflikt zwischen den beiden größten ethnischen Gruppen des Landes, den Hutu und Tutsi, deeskaliert zu einem nichtgewaltsamen Konflikt. Aufgrund eines Regierungswechsels verlagert sich die Gewalt in eine andere Konfliktkonstellation [→ Burundi (Palipehutu-FNL Rwaswa)]. Im August 2005 hat eine deutlich Hutu-dominierte Regierung der ehemaligen Hutu-Rebellenbewegung des Nationalen Rates für die Verteidigung der Demokratie - Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (CNDD-FDD) die Amtsgeschäfte übernommen. Der Umstand, dass die wichtigste Tutsi-Partei, die Union für Nationalen Fortschritt (UPRONA), und die früher wichtigste Hutu-Partei, die Front für Demokratie in Burundi (FRODEBU), in ihrer Opposition gegen Präsident Pierre Nkurunziza [→ Burundi (Opposition)] kooperieren, deutet an, dass ethnische Zugehörigkeiten an Bedeutung verlieren. Diese Parteien haben bereits in der Übergangsregierung zusammengearbeitet. Darüber hinaus verlassen zahlreiche Tutsi UPRONA und andere Tutsi-Parteien, um sich dem CNDD-FDD anzuschließen. Am 21.12.05 erweitert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der friedenserhaltenden UN-Truppen ONUB, empfiehlt aber in Übereinstimmung mit dem Wunsch der neuen Regierung deren Reduktion. Die ersten Friedenserhalter verlassen am 28.12.05 das Land. Im Februar 2006 beginnt die letzte Demobilisierungsphase, die diesmal auch Armeeoffiziere betrifft. Übereinstimmend mit dem Friedensabkommen von Arusha aus dem Jahr 2000 beabsichtigen die UN, ein Komitee für Wahrheit und Versöhnung sowie ein Sondergericht für die Aufarbeitung der während des langjährigen Bürgerkriegs verübten Verbrechen einzurichten.

hlm

Burundi (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	FRODEBU, UPRONA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Ein neuer Machtkonflikt bricht 2006 in Burundi aus. Die Konfliktparteien sind die jüngst gewählte Hutu-dominierte Regierung unter Präsident Pierre Nkurunziza und mehrere Oppositionsparteien. Der Disput übergreift ethnische Konfliktlinien, da die wichtigsten Oppositionsparteien die größte Hutu-dominierte Partei der Front für die Demokratie in Burundi (FRODEBU) und die größte Tutsi-dominierte Partei der Union für Nationalen Fortschritt (UPRONA) sind. UPRO-

NA war vor der Übergangsphase in Burundi für etwa 20 Jahre an der Macht. FRODEBU war während des Transitionsprozesses die dominierende Hutu-Partei. In den Wahlen des Vorjahres ist FRODEBU der wichtigste Widersacher der jetzt regierenden Hutu-Partei des Nationalen Rates für die Verteidigung der Demokratie - Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (CNDD-FDD) gewesen. FRODEBU und UPRONA beschuldigen den CNDD-FDD und insbesondere den direkt vom Präsidenten kontrollierten Nationalen Geheimdienst (SNR) häufiger Verstöße gegen die Verfassung und andere Gesetze sowie gegen die Menschenrechte. Der SNR wird für außergerichtliche Hinrichtungen von mindestens 28 Personen verantwortlich gemacht, viele von ihnen angebliche Unterstützer von Rebellenbewegungen [→ Burundi (Palipehutu-FNL Rwasas)]. Anfang August werden zahlreiche Politiker und militärische Führer unter der Anschuldigung, einen Putsch zu planen, festgenommen. Darunter sind der frühere Vizepräsident Alphonse Marie Kadege (UPRONA), der ehemalige Präsident Domitien Ndayizeye (FRODEBU) und weitere FRODEBU-Mitglieder, der ehemalige Hutu-Rebellenführer Alain Mugabarabona zusammen mit einigen Mitglieder seiner Partei, der er jetzt vorsteht, sowie Colonel Damien Ndarisigaranye. FRODEBU, UPRONA und weitere Parteien protestieren gegen die Verhaftungen, während die UN ihrer Sorge über Folterberichte Ausdruck verleiht. Am 24. November vertagt der Oberste Gerichtshof die Verhandlung, nachdem die Beklagten die Unparteilichkeit des Richters angezweifelt haben.

hlm

Burundi (Palipehutu-FNL Rwasas)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Rwasas-Fraktion der Palipehutu-FNL vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Im August 2005 haben sich die Konfliktkonstellationen in Burundi verändert. Ein Machtkonflikt mit einer Fraktion der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes - Nationale Befreiungsfront (Palipehutu-FNL) ist nach der Wahl einer Hutu-dominierten Regierung entstanden. Die neue Regierung wird geführt von Präsident Pierre Nkurunziza, dem Führer der ehemaligen Hutu-Rebellenbewegung des Nationalen Rates für die Verteidigung der Demokratie - Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (CNDD-FDD), der neuerdings regierenden Partei. Die Palipehutu-FNL ist in zwei Fraktionen zersplittert. Während ein Teil der Palipehutu-FNL unter Jean Bosco Sindayigaya ankündigt, dass ihre Forderungen erfüllt seien und sie daher ihren Kampf einstellen würden, setzt die von Agathon Rwasas geführte Splittergruppe ihren Kampf gegen die Regierung fort. Unmittelbar nach seiner Amtseinführung verkündet Nkurunziza seine Verhandlungsbereitschaft. Rwasas jedoch weist das Angebot zurück. Während der ersten Jahreshälfte

von 2006 kommt es weiterhin zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Rwasas Kämpfern und der Regierungsarmee, insbesondere in der Rebellenhochburg Bujumbura Rurale. Armee und Polizei nehmen zahlreiche angebliche Unterstützer Rwasas fest. Einige von ihnen werden nach Angaben von Human Rights Watch während der Haft gefoltert oder getötet. Am 11. März bietet Rwasas der Regierung Verhandlungen an. Ende des Monats lädt Tansania Burundi offiziell zu Friedensgesprächen nach Dar es Salaam ein. Diese beginnen am 29. Mai mit südafrikanischer Vermittlung. Während der Verhandlungen intensiviert Rwasas Palipehutu-FNL-Fraktion ihre Angriffe für einige Tage und beschießt auch die Hauptstadt Bujumbura. Am 18. Juni schließen die beiden Parteien eine vorläufige Waffenruhe und setzen eine Frist für einen ständigen Waffenstillstand für den 1. Juli. Diese wird jedoch nicht eingehalten, da Rwasas auf der Auflösung der nationalen Armee besteht, während Nkurunziza lediglich die Integration von Rwasas Kämpfern in die Streitkräfte anbietet. Am 17. Juli werden erneut Verhandlungen aufgenommen, während derer Rwasas Kämpfer am 19. Juli Zivilisten angreifen. Dabei werden drei Personen getötet. Am 7. September unterzeichnen die Parteien schließlich einen ständigen Waffenstillstand. Danach wird von keinen weiteren Kämpfen berichtet.

hlm

DR Kongo (Ituri-Milizen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Hema-Milizen, Lendu-Milizen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sonstige	

Der Konflikt um die Entwaffnung mehrerer Milizen durch die Regierung in der Ituri-Provinz der DR Kongo wird auf der Stufe einer ernsten Krise ausgetragen. Die Regierung erhält Rückendeckung von der UN-Mission MONUC. Die Milizen konstituieren sich entlang der Ethnien der Hema und Lendu, in deren Disput um regionale Vorherrschaft und Ressourcen der Konflikt wurzelt [→ DR Kongo (Hema - Lendu)]. Nach dem Abzug Ugandas, das Ituri bis 2003 besetzt hatte, führen die MONUC und die neugeschaffene Armee des Kongo, die Bewaffneten Kräfte der DR Kongo (FARDC) ein freiwilliges und verpflichtendes Entwaffnungsprogramm in Ituri ein. 2006 werden die meisten Kämpfe zwischen der Armee und verschiedenen Milizen ausgetragen. Im März flüchten im Verlauf von drei Wochen 8.000 bis 10.000 Personen aufgrund einer Warnung vor einem bevorstehenden Angriff eines Armeekommandeurs. Der Angriff ereignet sich südlich der Provinzhauptstadt Bunia. Die UN-Truppen sind mit heftigem Widerstand durch Elemente der Patriotischen Widerstandsfront in Ituri (FRPI) und der Bewegung für Revolution im Kongo (MRC) konfrontiert. Auch in Tcheyi, Hochburg der Front der Nationalisten und Fundamentalisten (FNI), ereignen sich Kämpfe. Seit der Einführung des Entwaffnungsprogramms

haben 12.515 Kombattanten in der ersten Phase und weitere 6.000 in der zweiten Phase ihre Waffen abgegeben. Andere Milizen weigern sich, ihre Waffen auszuhändigen und bleiben der von Mathieu Ngudjolo geführten MRC und der von Peter Karim geführten FNI treu. Obwohl Karim im Oktober in die nationale Armee integriert wird, bleiben seine Männer weiterhin in Ituri aktiv. Nachdem die Frist für den Plan zur Entwaffnung und Einfügung ehemaliger Kämpfer in die Gemeinschaft am 1. April endet, entsendet die Regierung 10.000 bis 20.000 Soldaten, die von 4.700 UN-Soldaten unterstützt werden, um die Milizen zu verfolgen. Die Stärke der Milizen beträgt nach Schätzungen 4.000 Kämpfer. Am 30. Juni wird ein neues Ultimatum für die Entwaffnung festgelegt. Bis zum 27. Juni kommen etwa 1.100 Kämpfer in den Übergabe-Einrichtungen an, die Abgabefrist wird bis 15. Juli verlängert. Die Regierung unterzeichnet am 13. Juli mit der FNI sowie am 23. Juli mit der MRC Abkommen, in denen sich die Milizen verpflichten, den Wahlprozess nicht zu stören. Darüber hinaus schaffen sie einen Vorwand für die Milizen, in den DDR-Prozess einzutreten. Im Gegenzug wird den Anführern von FNI und MRC, Karim und Ngudjolo, jeweils der Rang eines Oberst in der FARDC sowie eine Ausweitung der Amnestie zugesagt. Im September meldet die Armee die Wiederbewaffnung und Wiederaufnahme der Kämpfe durch einige Milizen. Besondere Besorgnis der Armee erregt eine gut bewaffnete Gruppierung der Lendu-Miliz FNI besorgt, die sich offiziell zu einer politischen Partei wandelt. Am 7. Oktober tötet die Armee zwölf FRPI-Kämpfer. Dabei wird sie durch von Bangladesch gestellte MONUC-Truppen unterstützt. Der Milizführer Thomas Lubanga muß sich vor dem ICC für die Anwerbung von Kindersoldaten und anderer, ihm vorgeworfener Straftaten verantworten. Lubanga, Gründer und Anführer der Hema-dominierten Miliz Union der Kongolesischen Patrioten (UPC), erscheint am 20. März erstmals vor dem ICC. Er ist im August 2005 in Ituri verhaftet und dann nach Den Hague überstellt worden. Am 28. November 28 willigt der Anführer der FRPI, Cobra Matata, ein, bis zum 11. Dezember am DDR-Programm teilzunehmen.

pb

DR Kongo (MLC, RCD-G, UDPS)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	MLC, RCD-G, UDPS vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Der Konflikt um die nationale Macht und Ressourcen in der DR Kongo bleibt gewaltsam. Wichtigste Ereignisse sind die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Wahlen. In einem Referendum nimmt die kongolesische Bevölkerung am 18.12.05 einen Verfassungsentwurf an, der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für Juni vorsieht. Diese Urnengänge sind die ersten seit der Unabhängigkeit des Kongos 1960. Die wichtigsten Konfliktparteien haben sich

auf diese Wahlen geeinigt, die von den UN und der EU stark vorangetrieben wurden. Letztere trägt etwa 70 Prozent der Kosten. Während des Wahlprozesses gibt es einige bedeutende Rückschläge und die Situation bleibt auch nach dem offenkundigen Sieg des regierenden Präsidenten Joseph Kabila angespannt. Der Wahlkampf wird durch die andauernde Gewalt beeinträchtigt, auch wenn diese auf niedrigem Niveau bleibt. Die Lage in den kriegesischen Provinzen Katanga, Nord- und Süd-Kivu, Ituri und Maniema wird von den Wahlen negativ beeinflusst, da ethnische Konfliktlinien instrumentalisiert werden. Auch Stammeskonflikte werden landesweit zur Wahlmobilisierung missbraucht. Das Thema "Congolité" ist ein Hauptwahlkampfmittel der von Jean-Pierre Bemba geführten Befreiungsbewegung des Kongo (MLC). Er argumentiert, dass Kabila nicht Präsident werden könne, da er kein Kongolese sei. In der ersten Wahlphase boykottieren der kongolesische Politikveteran Etienne Tshisekedi und seine Partei, die Union für Demokratie und Sozialen Fortschritt (UDPS), den Wahlprozess. Dennoch klagt er anschliessend vor dem Verfassungsgericht auf Aufnahme in die Kandidatenliste. Das Gericht weist diese Klage mit der Begründung, die Frist sei bereits verstrichen, zurück. Somit kann die wichtigste zivile Partei nicht an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen. Alle anderen Kandidaten verfügen über militärische Unterstützung. Am 23. März willigt der Rat der EU in eine von der UN vorgeschlagene Militärmission zur Förderung friedlicher Wahlen ein. Mit der Resolution 1671 erlässt der UN-Sicherheitsrat am 25. April das Mandat, das zwei Tage später von der EU angenommen wird. Am 1. Juni beschließt der Bundestag, deutsche Truppen als Teil der Mission EUFOR RD Congo zu entsenden. Zusätzlich unterhält die EU bereits die Polizei-mission EUPOL und die Mission EUSEC RD zur Reform der kongolesischen Armee. Am 30. Juli werden die Präsidentschaftswahlen abgehalten. Kabila erhält 45 Prozent der Stimmen; sein Hauptgegner, Bemba von der MLC, etwa 20. Dieses Ergebnis macht eine Stichwahl erforderlich. Die zweite Runde wird für den 29. Oktober terminiert. In der Hauptstadt Kinshasa brechen am 21. August nach der Verkündung der Ergebnisse Kämpfe zwischen den Truppen Bembas und Kabilas aus. Dabei werden mindestens 23 Personen getötet. Bemba wird in seiner Residenz angegriffen, als er 15 ausländische Botschafter zu Gast hat, die von der EUFOR evakuiert werden müssen. Es bleibt unklar, wer die Kämpfe begonnen hat. Die Rivalen einigen sich am 23. August auf einen Waffenstillstand. Bembas Hochburgen sind Kinshasa und der westliche Kongo, während Kabilas in Katanga und dem östlichen Kongo zu finden sind. Die in der ersten Runde unterlegenen Herausforderer, wie Azaria Ruberwa von der Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie - Goma (RCD-G) und Tshisekedi, reichen eine Petition beim Obersten Gerichtshof ein, um die Wahlen zu annullieren. Diese wird

zurückgewiesen und die Stichwahlen bleiben weiterhin für den 29. Oktober vorgesehen. Am 18. September protestieren die Unterstützer Bembas gewaltsam gegen die Zerstörung von dessen Radio- und Fernsehstationen. Die zweite Wahl findet wie vorgesehen statt. In Zusammenstößen zwischen Bembas und Kabilas Kräften werden am 12. November vier Personen getötet. Die Polizei verhaftet am nächsten Tag 337 Personen. Am 16. November erklärt die Wahlkommission Kabila zum Sieger. Er hat 58 Prozent der Stimmen gewonnen, Bemba 42. Bemba fechtet das Ergebnis an, weshalb es bis zur Bestätigung durch den Obersten Gerichtshof vorläufig bleibt. Am 20. November wird ein Teil des Gerichtsgebäudes niedergebrannt, während die Richter die Wahlbetrugsklagen prüfen. Die Täter bleiben unbekannt. Am 24. November fordert Kabila den Abzug eines Teiles von Bembas Truppen aus Kinshasa, was zu neuerlichen Spannungen führt. Schließlich akzeptiert Bemba den Wahlausgang, als der Oberste Gerichtshof Kabila zum neuen Präsidenten erklärt.

pb

DR Kongo (Mayi-Mayi)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Mayi-Mayi vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Mayi-Mayi-Miliz und der Regierung der DR Kongo wird weiterhin auf der Stufe einer ernststen Krise ausgetragen. In der Jahresmitte beruhigt sich die Situation. Der Konflikt findet in der Provinz Katanga und insbesondere in der Provinz Maniema statt. Er greift auch auf den unruhigen Osten des Kongo sowie auf die nördliche und südliche Kivu-Provinz über [→ DR Kongo (ex-RCD-G, Interahamwe, FDLR)]. Die Mayi-Mayi sind während des Bürgerkrieges mit der Regierung von Joseph Kabila verbündet gewesen und haben im östlichen Kongo für sie gekämpft. 2004 hat sich der Konflikt zwischen den früheren Verbündeten um die Frage der Entwaffnung entzündet. Seine Wurzel liegt im Gefühl der Mayi-Mayi, von Kabila betrogen worden zu sein, der sie nicht an der Übergangsregierung beteiligt hat. Darüber hinaus hat er sie öffentlich als Rebellen denunziert, die bekämpft werden müssten. Die Organisation CONADER, welche die DDR-Programme durchführt, bezahlt die früheren Kämpfer nicht, da die Weltbank ihre Finanzierung gestoppt hat. Mitte November 2005 startet die Armee eine Militäroperation zur gewaltsamen Entwaffnung der Rebellen in Nord-Katanga. Etwa zum Jahreswechsel verursacht dies durch die Flucht von Zehntausenden Personen eine humanitäre Krise. Heftige Kämpfe brechen vor allem im Zentrum von Katanga aus. Die Mayi-Mayi attackieren Dörfer, im Gegenzug greift die Armee sie in den westlichen und nördlichen Teilen an. Diese Zusammenstöße führen zu schätzungsweise 150.000 Vertriebenen. Etwa 200 Mayi-Mayi-Kämpfer ergeben sich

am 8. Mai der UN-Mission MONUC. Am 12. Mai ergibt sich auch der wichtige Kriegsherr Kyungu Mutanga, alias Gédéon, den UN-Friedenserhaltern.

pb

DR Kongo (ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen den Dissidenten der Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie - Goma (ex-RCD-G) von Laurent Nkunda, den Rebellen der Demokratischen Kräfte für die Befreiung von Ruanda (FDLR) sowie Interahamwe-Milizen einerseits und der Regierung andererseits wird auf der Stufe einer ernststen Krise ausgetragen. Nkunda ist ein höherer Offizier der von Ruanda unterstützten RCD-G gewesen und weigert sich, in die neue kongolesische Armee integriert zu werden. Die Kämpfer sind schwer zu erkennen und auseinanderzuhalten. Nach Angaben der UN stellt die Regierungsarmee die größte Bedrohung für die Bevölkerung dar. Ende Januar vertreiben Kämpfe zwischen ex-RCD-G und Armee mehrere Tausend Personen in Nord-Kivu. Im Verlauf der heftigen Gefechte muss sich die Regierungsarmee aus einer Reihe von Orten zurückziehen, die von den Rebellen eingenommen werden. Etwa 7.000 Personen fliehen nach Uganda. Gegen Mitte Februar sind etwa 55.000 Personen intern vertrieben. In Süd-Kivu vertreiben Kämpfe zwischen der Armee und der FDLR in Burhyni fast 15.000 Personen. Die Teilnahme der Menschen in Nord- und Süd-Kivu an den kongolesischen Wahlen wird von 3.000 UN-Soldaten gesichert, die Wahlbeteiligung ist niedrig. Nahe der Provinzhauptstadt Goma brechen am 6. August Kämpfe aus, in denen die Armee zahlreiche Opfer zu beklagen hat. Die Lage in Kivu wird negativ von den Ereignissen während der Präsidentschaftsstichwahlen beeinflusst [→ DR Kongo (MLC, RCD-N, UPDS)].

pb

Elfenbeinküste (Rebellen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	FN, Gruppe der Sieben vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen den Rebellen der Neuen Kräfte (FN) und der Regierung von Präsident Laurent Gbagbo um die nationale Macht bleibt gewaltsam. Im Vorjahr haben sich die Konfliktparteien auf einen neuen Ministerpräsidenten, Charles Konan Banny, geeinigt, der die Übergangsregierung führen soll. Diese soll den stagnierenden Friedensprozess in Gang bringen und im Oktober 2006 Präsidentschaftswahlen organisieren. Haupthindernisse für die Durchführung der Wahlen sind die stagnierende Entwaffnung und die Ausstellung ivoirischer Ausweise, welche die Voraus-

setzung für die Gewährung des Stimmrechts darstellen. Diese Prozesse müssen abgeschlossen sein, bevor die Wahlen stattfinden können. Die Rebellen fordern, dass der Identifikationsprozess abgeschlossen sein müsse, bevor sie ihre Waffen abgäben. Die UN versuchen vergeblich, den Entwaffnungsprozess wiederaufzunehmen, in dem 42.000 Ex-Kombatanten der FN, 5.000 Mitglieder der regulären Armee und 12.000 Mitglieder von pro-Regierungsmilizen entwaffnet werden sollen. Im Juli blockieren die Gbagbo-loyalen Jungen Patrioten (YP) gewaltsam Straßen und halten Personen von der Registrierung für die Ausweiskarten ab. Eine Person wird getötet. Die friedenserhaltende UN-Mission UNOCI sowie französische Friedenstruppen werden ebenfalls von der YP ins Visier genommen. Nachdem die Internationale Arbeitsgruppe, welche die Umsetzung des Friedensabkommens überwacht, feststellt, dass das Mandat des FPI-dominierten Parlaments ausgelaufen ist, bezeichnet die FPI die UN als Kolonialmacht und organisiert vom 16. bis 19. Januar gewaltsame Demonstrationen gegen die UNOCI. Mehr als 1.000 Personen blockieren die französische Botschaft und greifen Herrlager der UNOCI an, ungehindert von den nationalen Sicherheitskräften. In einem Schusswechsel werden fünf Demonstranten durch UN-Truppen getötet. Regierungstruppen belästigen wiederholt französische Truppen in der Pufferzone, aus der erstere verbannt sind. Gbagbo selbst verlangt, dass UNOCI- und die französischen Truppen das Land verlassen sollen. Als sich herausstellt, dass die Wahlen nicht wie geplant 2006 durchgeführt werden können, schlägt die AU vor, dass Gbagbo ein weiteres Jahr im Amt bleiben solle. Die UN-Resolution 1721 nimmt diesen Vorschlag an, fordert aber auch die Übertragung von mehr Macht an Banny, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der Sicherheitskräfte. Am 2. November erklärt Gbagbo, nicht vollständig mit der Resolution übereinzustimmen. Der Machtkampf zwischen Gbagbo und Banny intensiviert sich Ende November, als Gbagbo Staatsbeamte wieder einsetzt, die von Banny im Zusammenhang mit dem Giftmüll-Skandal vom September entlassen worden sind. Anfang Dezember brechen gewaltsame, gegen Präsident Gbagbo gerichtete Demonstrationen in den Orten Toumodi, Dabou und der Hauptstadt Yamoussoukro aus. Dabei werden zwei Personen getötet.

mg, hlm

Guinea-Bissau (MFDC-Sadio)

Intensität: 4	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Guinea-Bissau vs. MFDC-Sadio	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Eine von Salif Sadio geführte Fraktion der Senegalesischen Bewegung für die Demokratischen Kräfte der Casamance (MFDC) überschreitet die Grenze nach Guinea-Bissau, wo beginnt, Regierungstruppen zu bekämpfen. Sadios Fraktion ist durch die Gefech-

te mit einer rivalisierenden MFDC-Fraktion [→ Senegal (MFDC)] von senegalesischem Territorium vertrieben worden. Am 14. März werden zwei Regierungssoldaten und eine unbekannte Zahl von Rebellen in Scharmützeln zwischen der MFDC-Sadio und der Armee getötet. Etwa 7.500 Menschen flüchten und zahlreiche Dörfer werden zerstört. Die Regierung von Guinea-Bissau kündigt an, Stützpunkte von Sadios Rebellen auf ihrem Territorium zu zerstören. Ende April verebben die Kämpfe.

kaa

Kenia (ethnische Gruppen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	kenianische ethnische Gruppen vs. ugandische ethnische Gruppen	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

In den nördlichen Grenzregionen Kenias ereignen sich weiterhin gewaltsame Zusammenstöße zwischen ethnischen Gruppen. Im März 2005 greifen etwa 150 ethnische Pokot-Kämpfer aus Kenia den Bukwa-Distrikt im nordöstlichen Uganda an, mindestens vier Zivilisten werden getötet. Die ugandische Armee treibt die Rebellen mit Helikoptern über die Grenze zurück und tötet zahlreiche von ihnen. In einer Reihe gewaltsamer Überfälle im April kommen mindestens sieben Personen ums Leben und tausende Rinder im Samburu-Distrikt werden gestohlen. Im Mai töten Kämpfer, die angeblich zu einer äthiopischen Miliz gehören, mindestens vier Zivilisten und stehlen 1.200 Rinderköpfe in Grendörfern. Auch im Marsabit-Distrikt kommt es zu Zusammenstößen zwischen den ethnischen Borana und Gabra. Im November fallen mindestens vier Menschen Zusammenstößen zwischen ethnischen Gruppen im Rift-Tal zum Opfer. Mehr als 30.000 Menschen werden durch die ethnischen Auseinandersetzungen vertrieben.

tk

Komoren (Regionen)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regionalregierungen von Anjouan und Moheli vs. Zentralregierung auf Grand Comore	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Autonomiekonflikt zwischen den Regionalregierungen von Anjouan und Moheli einerseits und der Zentralregierung auf Grande Comore andererseits wird weiterhin friedlich ausgetragen. Am 30. März wird eine 460 Mann starke AU-Mission in der Hauptstadt Moroni stationiert, um freie und faire Wahlen zu gewährleisten. Am 14. Mai wählen die drei Inseln der Komoren Ahmed Abdallah Mohamed Sambi mit 58 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten. Gemäß der föderalen, zwischen den drei Inseln rotierenden Präsidentschaft der Union ersetzt Sambi aus Anjouan am 26. Mai seinen Vorgänger Azali Assoumani, der Grande Comore vertreten hat. Es

handelt sich um die ersten friedlichen demokratischen Wahlen.

ab

Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Anhänger)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Charles Taylor, Taylor-Anhänger vs. LURD, MODEL	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Die Situation in Liberia bleibt ruhig. Der frühere Präsident Charles Taylor hat das Land 2003 verlassen und seine Milizen sind von der UNMIL entwapfnet worden. Selbiges gilt für die früheren Rebellen der Vereinigten Liberianer für Versöhnung und Demokratie (LURD) und der Bewegung für Demokratie in Liberia (MODEL), die sich zu politischen Parteien gewandelt haben. Der UN-Sicherheitsrat hebt die Embargos auf Waffen und Holz auf. Am 29. September beschließt er zudem die Verlängerung des UNMIL-Mandats bis 31.3.07. Derzeit sind in Liberia etwa 15.000 UNMIL-Soldaten stationiert. Die Regierung ruft offiziell eine Wahrheits- und Versöhnungskommission zur Untersuchung der während des Bürgerkriegs verübten Verbrechen ins Leben. Im März fordert Liberia die Auslieferung Taylors an einen UN-Sondergerichtshof in Sierra Leone, wo Taylor für seine Verbrechen im Bürgerkrieg Sierras angeklagt worden ist [→ Sierra Leone (AFRC, RUF, SMG)]. Taylor versucht, aus seinem Exil in Nigeria nach Kamerun zu fliehen, wird aber festgenommen. Während seines Exils hatte sich Taylor wiederholt in die liberianische Politik eingemischt.

stu

Mali (Tuareg)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Tuareg vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

14 Jahre nach dem Friedensabkommen flammt der Konflikt zwischen Tuareg-Rebellen und der Regierung 2006 erneut auf. Am 23. Mai greifen die vom früheren Oberstleutnant Hassane Fagaga geführten Rebellen Armee-Einrichtungen in den Orten Kidal, Menaka und Tessalit im Norden Malis an. Nachdem die Regierungstruppen am nächsten Tag die Kontrolle über die Region wiedererlangt haben, beginnen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien unter algerischer Vermittlung. Ein am 3. Juli in Algier erzieltes Friedensabkommen bekräftigt die territoriale Einheit Malis. Im Gegenzug verspricht die Regierung, abtrünnig gewordene Tuareg-Soldaten in die Armee zu reintegrieren, das Militär aus urbanen Gebieten abzuziehen, den Lokalregierungen mehr Macht einzuräumen und der Kidal-Region mehr Entwicklungshilfe zukommen zu lassen.

rs

Nigeria (Biafra)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	MASSOB vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der separatistischen Bewegung für die Verwirklichung des souveränen Staates von Biafra (MASSOB) und der Regierung eskaliert 2006. MASSOB wird überwiegend von der Igbo-Bevölkerung in Nigeria unterstützt. 1967 hat die Ausrufung eines unabhängigen Staates Biafra durch die Igbos im Südosten des Landes zu einem von Afrikas verheerendsten Bürgerkriegen geführt. Mehr als eine Million Menschen sind bis zur Niederlage der Separatisten 1970 getötet worden. Ralph Uwazurike wird im November 2005 inhaftiert und wegen Landesverrats angeklagt. Im Dezember 2005 führen Proteste und Streiks im Südosten zu Zusammenstößen zwischen MASSOB-Aktivistinnen und der Polizei, bei denen zwölf Menschen getötet werden. Die Unruhen zwischen MASSOB-Unterstützern und Sicherheitskräften setzen sich im Juni und Juli in der Stadt Onitsha in der Region Anambra fort und fordern dutzende Todesopfer. Der Gouverneur des südöstlichen Staates Anambra verhängt eine Ausgangssperre und veranlasst die Regierung zur Entsendung weiterer Truppen.

de

Nigeria (Christen - Muslime)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen Christen und Muslimen in den zentralen und nördlichen Staaten von Nigeria bleibt angespannt. Seit 2004 sind bei Zusammenstößen mehr als 1.000 Menschen getötet und etwa 200.000 vertrieben worden. Die Lage hat sich 2005 zwar entspannt, Ende Februar 2006 flammt jedoch neuerliche Gewalt auf. In Nord-Nigeria protestieren Muslime gegen Karikaturen des Propheten Mohammed [→ Panorama: Karikaturenstreit]. Mindestens 40 Christen, darunter ein katholischer Priester, werden getötet und 30 Kirchen in Brand gesetzt. Vergeltungsangriffe durch christliche Jugendgangs in Onitsha im Süden des Landes folgen. Mindestens 123 Personen werden getötet, die meisten von ihnen Muslime. 50.000 Menschen werden innerhalb von vier Tagen vertrieben. Im September kommt es zu einer Reihe weiterer sektiererischer Angriffe in Dutse, der Hauptstadt des nördlichen Staates Jigawa. Muslimische Jugendgangs plündern Läden und brennen Kirchen nieder. Die Zusammenstöße sind durch die angebliche Blasphemie gegen den Propheten Mohammed durch Christen ausgelöst worden. Mindestens 1.000 Menschen werden vertrieben.

de

Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Ijaw vs. Istekiri, Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Der Konflikt im Niger-Delta zwischen den Ijaw und der Regierung um die Verteilung der Ölerträge bleibt gewaltsam. Zahlreiche Angriffe der Bewegung für die Emanzipation des Niger-Delta (MEND) zwingen die Shell Royal Dutch Company am 17. Januar, vier Ölplattformen zu evakuieren. Mindestens 14 Soldaten und zwei Öl-Arbeiter werden getötet. Der Bombenanschlag auf eine Pipeline am 19. Februar verringert die nigerianischen Öl-Exporte vorübergehend um 20 Prozent. Am 19. April diskutiert Präsident Olesegun Obasanjo mit gemäßigten Führern des Niger-Deltas mögliche Entwicklungsprogramme für die Region. Am 12. Mai töten Rebellen mit zwei Autobomben mindestens drei Personen. In den ersten sieben Monaten nehmen MEND-Mitglieder insgesamt mehr als 50 Öl-Arbeiter gefangen, lassen sie aber alle wieder frei. Die Explosion von mehr als zehn Pipelines seit Anfang 2006 reduziert die täglichen Öl-Exporte Nigerias deutlich. Anfang August setzen MEND-Mitglieder ihre Angriffe auf Öl-Einrichtungen als Reaktion auf eine Gerichtsentscheidung, die Moujahid Dokubo-Asari eine Kautionsverweigerung, fort. Dokubo-Asari, der Kopf der Niger Delta Freiwilligen Volkskräfte, ist im September 2005 wegen Landesverrats angezeigt worden. Obasanjo reagiert mit dem Befehl zum sofortigen harten Durchgreifen, um den Angriffen und Entführungen Einhalt zu gebieten.

de

Nigeria - Kamerun (Bakassi)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	Nigeria vs. Kamerun	
Konfliktgegenstand:	Territorium	

Der Konflikt zwischen Nigeria und Kamerun um die Halbinsel Bakassi ist offiziell beigelegt. Am 13. Juni einigen sich Kameruns Präsident Paul Biya und Nigerias Obasanjo, den 12 Jahre dauernden Grenzkonflikt zu beenden und die Halbinsel an Kamerun zu übergeben. Die Gespräche sind unter der Vermittlung von UN-Generalsekretär Kofi Annan in New York geführt worden. Nigeria zieht seine Truppen vom nördlichen Teil der Halbinsel, der reich an Ölressourcen sein soll, ab. Das Abkommen legt fest, daß die Übergabe innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein muss. In diesem Zeitraum müssen sich Bewohner für die kamerunische Staatsbürgerschaft oder die Evakuierung nach Nigeria entscheiden. Das Bakassi Self Determination Movement weist die Einigung zurück, da die Bevölkerung mehrheitlich die Zugehörigkeit zu Nigeria befürwortet. Sie erklärt die Halbinsel vor der Übergabe an Kamerun für unabhängig. Am 14. August werden durch die Justizminister die offiziellen Übergabe-Dokumente unterzeichnet, während die ni-

gerianischen Truppen ihren Abzug vom nördlichen Teil Barkassis abschließen. Entsprechend des Abkommens soll es bis fünf Jahre nach dem Rückzug Nigerias auf der Halbinsel keine militärische Präsenz geben. Im September protestiert Nigeria gegen die Belästigung verbleibender nigerianischer Einwohner durch Truppen Kameruns. Eine von der UN unterstützte Gemischte Kommission setzt ein Sonderkomitee ein, das die Vorwürfe untersuchen soll. Unterdessen flüchten 7.000 der schätzungsweise 300.000 Einwohner der Halbinsel und verursachen Unruhe in Nigeria.

de

Ruanda (verschiedene Hutu-Rebellengruppen)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Interahamwe, ex-FAR, FDLR vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Seit der Entwaffnung einiger der Hutu-Rebellen im Vorjahr wird der Konflikt zwischen der Regierung von Paul Kagamé und den Hutu-Rebellen der Interahamwe, der Demokratischen Kräfte für die Befreiung von Ruanda (FDLR) und der früheren Bewaffneten Kräfte von Ruanda (ex-FAR) gewaltlos fortgesetzt. Die Entwicklungen im Land zeichnen sich vor allem durch eine Reihe von Verhaftungen ranghoher Offiziere aus, die vom Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda in Arusha, Tansania der Kriegsverbrechen beschuldigt werden. Seit seiner Einrichtung hat das Tribunal 31 Urteile gefällt. Am 14. September verhängt Generalstaatsanwalt Martin Ngoga ein Ultimatum gegen das Tribunal, gegen einige seiner Mitarbeiter tätig zu werden, die der Teilnahme am Genozid von 1994 beschuldigt werden. Eine Woche später können die Differenzen jedoch beigelegt werden. Die traditionellen Gacaca-Gerichte setzen ebenfalls ihre Verfahren gegen die breite Mehrheit der Verdächtigen und Täter des Völkermordes fort. 55.000 Strafgefangene könnten zu gemeinnütziger Arbeit anstelle von Haftstrafen verurteilt werden. Die Zahl von Asylsuchenden in Burundi steigt im Januar auf 8.000. Viele von ihnen scheinen geflohen zu sein, um den Gacaca-Gerichten zu entgehen. Am 10. April droht Burundi mit der Ausweisung aller Ruander, die keinen Flüchtlingsstatus erhalten haben. Zwischen 12. April und 13. Juni werden 5.206 Ruander zurückgeführt.

tb

Senegal (MFDC-Sadio)

Intensität: 4	Änderung: ↑	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	MFDC-Sadio vs. Regierung, MDFC	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens 2005 erleiden die Hoffnungen auf ein Ende des 24 Jahre andauernden Konflikts 2006 einen ersten Rückschlag. Spannungen innerhalb des militärischen Flügels der Bewegung der Demokratischen Kräfte der Casamance (MFDC) verursachen eine neue Welle

der Gewalt in der südlichen Region des Senegal. Während die meisten Anführer der MFDC das Friedensabkommen akzeptieren, lehnt eine Gruppe unter der Führung von Salif Sadio die Einhaltung ab. Im März brechen in der Grenzregion zwischen Guinea-Bissau und dem Senegal Gefechte zwischen verschiedenen militärischen Flügeln der MFDC aus. Mitte Mai greift Sadios militärischer Flügel die von Mague Dieme geführten MFDC-Kämpfer, die das Friedensabkommen unterstützen, in der Nord-Casamance an. Mindestens 100 Kämpfer kommen in dem internen Konflikt ums Leben, 17 Dörfer werden eingenommen. Die Gewalt intensivierte sich weiter, als die senegalesische Regierung am 17. August beschließt, eine großangelegte Offensive gegen die MFDC-Sadio zu beginnen. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes fliehen im August zwischen 5.000 und 10.000 Menschen ins angrenzende Gambia.

de

Simbabwe (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	MDC, MDC-pro Senat, NCA, WOZA, ZCTU, ZINASU vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der nationale Machtkonflikt zwischen der Opposition und der Regierung von Präsident Robert Mugabe und seiner Simbabwe Afrikanischen Nationalen Union-Patriotische Front (ZANU-PF) ist weiterhin von sporadischen Gewaltakten gekennzeichnet. Die stärkste Oppositionspartei Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) spaltet sich Ende letzten Jahres, als 26 Mitglieder entgegen dem Vetum des Parteiführers Morgan Tsvangirai an den Senatswahlen 26.11.05 teilnehmen. Anhänger der Tsvangirai-Fraktion greifen mehrfach Mitglieder der pro-Senats-Fraktion an. Am 2. Juli verletzen Anhänger der Tsvangirai-Fraktion das Parlamentsmitglied Trudy Stevenson mit einer Machete. Ende Juli bilden Oppositionsparteien, Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen eine breite Allianz gegen die Regierung, genannt Rettet Simbabwe. Die Regierung setzt die gewaltsame Unterdrückung der Opposition fort: Anfang März nehmen die Behörden einen angeblichen Putschversuch als Vorwand, um mehrere MDC-Mitglieder zu verhaften und ihre Büros zu durchsuchen. Zwischen Mai und August verhaftete die Polizei mehr als 100 Teilnehmer von Demonstrationen der Oppositionsgruppen. Während eines Gewerkschaftsprotests am 13. September werden mehr als 500 Demonstranten inhaftiert, viele Gewerkschaftsanhänger werden während des Marsches und in Haft von der Polizei verprügelt und gefoltert und erleiden dadurch schwere Verletzungen. Die Regierung verfolgt weiterhin ihre kontroverse Siedlungspolitik. Im Mai und Juni siedeln sie etwa 10.000 obdachlose Personen und Straßenhändler von Harare in ländliche Gebiete um. Diese Umsiedlungen sind vermutlich ge-

gen die urbanen MDC-Hochburgen gerichtet. Am 15. Juni zerstört die Polizei illegale Unterkünfte in einem Vorort von Harare.

sk

Somalia (verschiedene Rebellengruppen)

Intensität: 5	Änderung: ↑	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Warlords vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die nationale Macht in Somalia nimmt an Intensität zu. Die Ende 2004 eingerichtete Föderale Übergangsregierung (TFG) von Präsident Abdullahi Yussuf Ahmed bleibt international anerkannt. Allerdings erstreckt sich die Kontrolle der von Ministerpräsident Ali Muhammad Gedi geführten Regierung nur über die Stadt Baidoa und das Umland sowie über Puntland, die Heimatregion des Präsidenten. Somalias Hauptstadt Mogadishu erlebt die schwersten Kämpfe seit Jahren. Zwischen dem 18. Februar und dem 4. Juni werden etwa 400 Personen in heftigen Gefechten zwischen der Union der Islamischen Gerichte (UIC) und einer neugegründeten, säkularen Kriegsherrenallianz, der Allianz für die Wiederherstellung des Friedens und Gegenterrorismus (ARPCT), getötet. Die schwersten Kämpfe ereignen sich zwischen Mitte Mai und 3. Juni. Am 5. Juni verkündet die UIC schließlich den Sieg über die Allianz. Bis 10. Juli erlangt die UIC die Kontrolle über ganz Mogadishu. Von Mitte Juli an weitet die UIC ihre Kontrolle auf fast den gesamten Süden des Landes aus, einschließlich der Piraten-Hochburg Haradere am 16. August, dem wichtigen Hafen Kismayo am 25. September und der nur 60 km von Baidoa entfernten Stadt Bur Hakaba am 23. Oktober. Dies wird weitestgehend ohne größere gewaltsame Zusammenstöße, sondern durch die Verhandlung mit lokalen Milizen und mit Unterstützung der Öffentlichkeit erreicht. Durch die Ausweitung des von ihr kontrollierten Gebiets fordert die UIC die TFG zunehmend heraus. Am 6. November sind UIC-Kräfte erstmals in Kämpfe mit den Truppen von Puntland verwickelt. Mitte November ziehen die UIC und die TFG Berichten zufolge ihre Truppen um Baidoa zusammen. Der Ausbruch heftiger Gefechte wird nur von starken Regenfällen verhindert. Laut eines UN-Berichts über das gegen Somalia verhängte Waffenembargo wird die UIC militärisch von Eritrea, Libyen, Saudi Arabien und anderen unterstützt, während die TFG sich auf enge Bande zu Äthiopien verlassen kann, das angeblich mehrere hundert Soldaten zur Unterstützung der TFG entsendet (→ Ethiopia - Eritrea). Die Arabische Liga und die regionale Organisation Intergouvernementale Entwicklungsbehörde (IGAD) vermitteln Friedensverhandlungen zwischen der UIC und der TFG in Khartoum, Sudan, die ergebnislos bleiben. Eine der meistumstrittenen Fragen ist die Akzeptanz friedenserhaltender Truppen der AU im Land. Die TFG bitten um AU-Truppen, während die UIC sich dem stark widersetzt.

Inmitten der eskalierenden Gefechte entstehen Spannungen innerhalb der Föderalen Übergangsinstitution (TFI) über die angemessene Strategie, mit der Lage umzugehen. Am 14. November erzielt eine Delegation von Parlamentsmitgliedern unter Führung des Parlamentssprechers, Sharif Hassan Sheikh Adan, ein Abkommen mit Vertretern der UIC in Mogadishu. Dieser Vertrag wird jedoch von der Regierung abgelehnt, welche die Legitimität von Sheikh Adan zurückweist, im Namen der TFG zu verhandeln. Am 2. Dezember nimmt die UIC die Stadt Dinsoor, etwa 140 Kilometer nördlich von Baidoa gelegen, ein. Sheikh Adan fordert am 3. Dezember den Abzug der äthiopischen Truppen, was von der TFG abgelehnt wird. Der UN-Sicherheitsrat stimmt am 6. Dezember einer gemeinsamen AU-IGAD Schutztruppe zu, die mutmaßlich in Baidoa stationiert werden soll, um den Sturz der TFG zu verhindern. Die Mission erhält ein Mandat für sechs Monate und soll eine militärische Stärke von 8.000 Mann umfassen. Das Mandat lässt keine Beteiligung von Truppenkontingenten aus Nachbarstaaten an der Mission zu. Mehr als 30.000 Menschen sind durch die Kämpfe im Sommer vertrieben worden.

cb

Südafrika (KwaZulu-Natal)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	IFP vs. ANC	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Nachdem der Konflikt zwischen dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und der Inkatha Freiheitspartei (IFP) sich in den Vorjahren beruhigt hatte, nehmen die Spannungen im Verlauf der Regionalwahlen wieder zu. Der Konflikt hat in den 1990er Jahren in der Provinz KwaZulu-Natal tausende Leben gefordert. In den Wochen nach den Wahlen vom März 2006 werden elf ANC-Vertreter getötet, wobei ANC die IFP für diese Tötungen verantwortlich macht. Das Verhältnis zwischen den beiden Koalitionspartnern in der neu gegründeten ANC-IFP Provinzregierung verschlechtert sich, nachdem der ANC erklärt, dass die Verbindung mit der IFP in der Legislative und Exekutive nur auf dem Papier existierten.

br

Sudan (Darfur)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	SLM/A, JEM, NMRD vs. Regierung, Janjaweed	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft in der Region Darfur im Westen des Sudan wird weiterhin mit hoher Gewaltintensität ausgetragen. Als Folge des Krieges sind bis gegen Ende des Jahres 2,2 Millionen Menschen geflohen und weitere 200.000 Personen sind getötet worden. Konfliktparteien sind die sudanesishe Regierung und die Janjaweed-Miliz auf der einen Seite sowie die Rebellengruppen der Sudanesi-

schen Befreiungsbewegung/-armee (SLM/A) und der Islamischen Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung (JEM) auf der anderen Seite. Im Januar kündigen JEM und SLM/A die Bildung einer politisch-militärischen Allianz an, genannt Allianz der Revolutionären Kräfte des West-Sudan (ARFWS). Die Janjaweed-Milizen greifen weiterhin Dörfer und Flüchtlingslager in Darfur an, insbesondere zwischen Dezember 2005 und Februar 2006. Mindestens 20 Menschen kommen ums Leben und 70.000 fliehen. Die schweren Gefechte zwischen der Armee der Zentralregierung, den Sudanesischen Verteidigungskräften (SAF), und verschiedenen Rebellen dauern an. So greifen beispielsweise SLM/A-Rebellen die von der Regierung kontrollierten Orte Rokoro am 24.12.05 und Golo am 23.1.06 an. Diese Angriffe verletzen das Waffenstillstandsabkommen von 2005 und führen zu Gegenoffensiven des sudanesischen Militärs und verbündeter Milizen. Die folgenden Kämpfe dauern bis April an und vertreiben mindestens 30.000 Menschen. Die Regierung, die SLM/A und die JEM führen in Nigeria Friedensgespräche, die von der AU vermittelt worden sind. Allerdings unterzeichnen nur der Sudan und die von Minni Minnawi geführte SLM/A-Fraktion am 5. Mai das Darfur-Friedensabkommen (DPA). Minnawi wird daraufhin am 7. August zum Sonderassistenten des sudanesischen Präsidenten ernannt, am 7. September erhält er das Amt des Regierungschefs der neugeschaffenen Übergangsregierung von Darfur. Nach der Unterzeichnung des DPA stellen Minnawis SLM/A und SAF die Kämpfe gegeneinander ein. Abdelwahid Mohamed al-Nur, der eine andere Fraktion der SLM/A führt, und der JEM-Führer Khalil Ibrahim lehnen eine Unterzeichnung des DPA ab, da es nicht ihre politischen und sicherheitsbezogenen Forderungen erfülle. Daher bilden sich neue Konfliktparteien heraus. Eine der SLM/A-Minnawi abtrünnige Gruppe nennt sich G-19. Am 6. Juni gründen die JEM, die G-19 und eine weitere der SLM/A-Minnawi abtrünnige Fraktion die Nationale Erlösungsfront (NRF), eine Dachorganisation für Rebellengruppen, die mit dem DPA unzufrieden sind. Am 25. Juli wird der Anführer einer weiteren SLM/A-Fraktion, Abdel Wahid el-Nur, der den Beitritt zur NRF verweigert hat, durch Feldkommandeure gestürzt und durch Ahmed Abdelshaafie ersetzt. Intensive Kämpfe zwischen den SAF und den Rebellengruppen sowie abtrünnigen Fraktionen, die das DPA nicht unterzeichnet haben, dauern an. Die SAF starten Ende August in Nord-Darfur eine großangelegte Luft- und Bodenooffensive gegen die NRF, durch die mindestens 20 Zivilisten ums Leben kommen. Darüber hinaus ereignen sich zwischen Juli und Oktober schwere Zusammenstöße zwischen Rebellengruppen, die das DPA unterzeichnet haben, und solchen, die es nicht unterzeichnet haben. So werden Anfang Juli z.B. mindestens 8.000 Menschen durch Kämpfe zwischen Minnawis und nicht unterzeichnenden SLM/A-Fraktionen vertrieben. Auch zwischen Minnawis SLM/A und der

NRF kommt es Ende Juli nahe der Stadt Kukul zu Zusammenstößen. Allein im Juli werden schätzungsweise 25.000 Menschen vertrieben. Als die JEM Minnawis SLM/A angreift, werden Ende September mindestens elf Zivilisten im Ort Gereida getötet. Die 7.000 derzeit entsandten Soldaten der friedenserhaltenden AU-Mission AMIS sind nicht in der Lage, die Situation zu kontrollieren. Vielmehr werden auch die AMIS-Truppen mehrfach angegriffen und einige Friedenserhalter getötet. Das Mandat der AMIS soll Ende des Jahres enden. Am 31. August entscheidet der UN-Sicherheitsrat, 20.000 UN-Soldaten nach Darfur zu entsenden - unter Voraussetzung des Einverständnisses der sudanesischen Regierung. Trotz intensiver Verhandlungen lehnt der Sudan jede direkte Beteiligung der UN an der AU-Mission in Darfur ab. Am 1. Dezember erklärt die sudanesischen Regierung, lediglich mit technischer Unterstützung der UN für die AU-Mission einverstanden zu sein, während sie weiterhin jede UN- oder gemeinsame UN-AU-Mission in Darfur ausschließt. Ebenfalls am 1. Dezember verlängert die AU das Mandat der AMIS um ein weiteres Jahr.

lh, hlm, rs

Sudan (Eastern Front)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Eastern Front vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Nachdem die sudanesischen Regierungstruppen und die Östliche Front während der ersten Jahreshälfte in Kämpfe verwickelt gewesen sind, erzielen die Konfliktparteien ein Friedensabkommen in ihrem Konflikt um eine Autonomie der östlichen Provinzen des Sudan. Nachdem die Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (SPLM/A) gemäß des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) von 2005 ihre Truppen aus dem östlichen Sudan abgezogen hat [→ Sudan (SPLM/A)], bemühen sich sowohl die Regierung als auch die Rebellen, das dadurch entstandene Machtvakuum zu füllen. Im Januar und März stoßen die Östliche Front und die Regierungstruppen gewaltsam in den Orten Hamesh Koreb und Kassala im Staat Kassala nahe der eritreischen Grenze aufeinander. Am 13. Juni beginnen unter Vermittlung Eritreas die Friedensgespräche, die am 20. Juni zu einem Waffenstillstand führen und schließlich am 16. Oktober in ein Friedensabkommen münden. Der Friedensvertrag, der dem CPA ähnelt, sieht eine Regierungsbeteiligung der Östlichen Front auf regionaler und nationaler Ebene vor. Zusätzlich sagt die Regierung der Region 600 Millionen US-Dollar an Entwicklungshilfe zu.

rs, dc

Sudan (Nuer, White Army - SPLM/A)

Intensität: 4	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Nuer, White Army vs. SPLM/A	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Im Süden des Sudan bildet sich ein neuer Konflikt heraus, als die Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (SPLM/A), inzwischen die offizielle Armee des Südsudan, versucht, die Nuer zu entwaffnen. Die Entwaffnung von Milizen im Süden ist im Umfassenden Friedensabkommen (CPA) zwischen der SPLM/A und der sudanesischen Regierung von 2005 vorgesehen [→ Sudan (SPLM/A)]. Gemäß des CPA ist die SPLM/A rechtlich dazu ermächtigt, bewaffnete Gruppen im Südsudan zu entwaffnen. Im Januar versucht die SPLM/A, die Nuer zu entwaffnen. Ein Teil dieses Stammes bildet eine als Weiße Armee bezeichnete Miliz, welche auf der Seite der Regierung während des Bürgerkrieges die SPLM/A bekämpft hat. Viele junge Nuer widersetzen sich jedoch der Entwaffnung und werden dabei von der Weißen Armee unterstützt. Zahlreiche Versuche, auf dem Verhandlungsweg eine Lösung zu erreichen, scheitern. Die folgenden intensiven Gefechte zwischen 3.000-Mann-starken SPLA-Truppen und der Weißen Armee im März und Mai fordern die Leben von etwa 300 SPLM/A-Soldaten und mehr als 500 Nuern, darunter viele Zivilisten. Die Nuer erklären, dass sie sich nicht gegen die Entwaffnung als solche wehren, aber die Art ihrer Durchführung ablehnen. Zudem benötigten sie ihre Waffen, um sich gegen Überfälle auf ihr Vieh durch Nachbarstämme zu verteidigen.

hlm

Sudan (SPLM/A)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	SPLM/A vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Nachdem der Konflikt zwischen der sudanesischen Regierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (SPLM/A) 2005 deutlich deeskaliert war, intensiviert sich die Gewalt 2006 erneut. 2005 hatte sich der Konflikt durch die Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) im Januar 2005, die folgende Vereidigung des Legislativen Übergangsrates des Südsudan im September 2005, die Einschwörung der Regierung des Südsudan im Oktober 2005 und schließlich durch die Schaffung einer Übergangsverfassung für den Südsudan im Dezember 2005, begleitet von der Inkraftsetzung der neuen Nationalen Übergangsverfassung für den Gesamtsudan im September 2005, beruhigt. Dennoch führt eine Klausel des CPA, die besagt, dass alle operativen Milizen im Südsudan sich entweder auflösen oder der SPLM/A oder der Bewaffneten Truppen des Sudan (SAF) beitreten müssen, in diesem Jahr anscheinend zu mehreren gewaltsamen

Zwischenfällen. Am 8. Januar unterzeichnen die Verteidigungskräfte des Südsudan (SSDF), eine frühere pro-Regierungsmiliz unter Führung von Paulino Matip, die Juba-Erklärung über Einheit und Integration und verkünden ihre Fusion mit den Truppen der SPLM/A. Allerdings setzen einige Splittergruppen der SSDF ihren Kampf gegen die SPLM/A fort. Zahlreiche Zivilisten kommen bei Zusammenstößen im Februar ums Leben. Schließlich gelingt es der UN-Mission im Sudan (UNMIS), die Parteien davon zu überzeugen, die gegenwärtigen Kämpfe einzustellen. Es bleibt unklar, ob die Splittergruppen unabhängig agieren oder den SAF beigetreten sind. Die SPLM/A beschuldigt den militärischen Geheimdienst in Khartoum, die SSDF zum Kampf gegen die SPLM/A ermutigt zu haben und das Friedensabkommen zu stören. Zusätzlich fordern Zusammenstöße zwischen SPLM/A- und SAF-Truppen im Ort Rubkona im Staat Unity am 19. Juli eine unbekannte Zahl an Opfern. Am 28. November prallen SPLA und SAF erneut im Ort Malakal in der oberen Nilregion aufeinander, nachdem eine pro-Regierungsmiliz ein Militärlager der SAF versperrt hat, das anschließend von SPLM/A-Truppen gestürmt wird. Die resultierenden Zusammenstöße zwischen der Miliz, den SSDF und der SPLM/A fordern mehr als 150 Todesopfer. In den folgenden Tagen beruhigt sich die Lage, als hochrangige Offiziere der SPLA und der SAF sowie der UNMIS-Truppenkommandeur in Malakal eintreffen. Hinsichtlich der Zukunft des ölreichen Staates Abyei lehnt die Regierung im Mai den Schiedsspruch der unter dem CPA eingerichteten Abyei-Grenzkommission ab. Am 31. August verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der UNMIS, welche die Umsetzung des CPA mit einer Stärke von 11.000 Soldaten überwacht.

te, hlm, rs

Swasiland (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	SFTU, PUDEMO, SWAYOCO vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der eine Demokratisierung von Afrikas letzter absoluten Monarchie betreffende Konflikt in Swasiland eskaliert erneut. Die neue Verfassung, die König Mswati III. im Juli unterzeichnet, führt zu Spekulationen innerhalb der politischen Opposition, dass Oppositionsparteien legalisiert werden würden. Vom 16.12.05 bis zum 25.1.06 verüben unbekannte pro-demokratische Aktivisten, vermutlich der Vereinigten Demokratischen Volksbewegung (PUDEMO) zugehörig, eine Reihe von Bombenanschlägen auf Schulen und Polizeistationen. Der Kongress Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) organisiert am 12. April Grenzblockaden, um die Legalisierung politischer Parteien und ein demokratisch gewähltes Verfassungsforum zu fordern. Die südafrikanische Polizei nimmt 25 Demonstranten fest und schießt mit Gummigeschossen, um die Menge zu zerstreuen.

Dabei werden acht Personen verwundet. Eine weitere Demonstration für zugunsten einer konstitutionellen Demokratie, die der Jugendkongress Swasiland (SWAYOCO) Anfang August organisiert, wird von der Polizei Swasilands mit Tränengas und Gummigeschossen unterdrückt. Etwa zur gleichen Zeit gründet Mswati III. eine neue royalistische Partei. Im September legt die oppositionelle Dachorganisation Nationale Verfassungsversammlung (NCA) beim Oberen Gericht Einspruch gegen die neue Verfassung ein.

jk

Tansania (Sansibar)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	CUF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der Vereinigten Bürgerfront (CUF) und der Regierung in Tansania wird fortgesetzt. Bei Zusammenstößen von CUF-Anhängern mit der Polizei in Sansibar am Wahltag, dem 14.12.05, werden 20 Personen verletzt. Die Polizei beschuldigt CUF-Anhänger, die Gewalt angestiftet zu haben und nimmt mindestens 46 Personen fest. Etwa 60 Personen aus dem Ort Tumbatu im nordwestlichen Sansibar flüchten in Folge der mit der Wahl in Zusammenhang stehenden Zusammenstößen zwischen Anhängern der regierenden Revolutionären Staatspartei und der CUF ins nahegelegene Nungwi. Ab Anfang 2006 beruhigt sich die Lage. Im April reicht eine Gruppe Sansibari Klage beim Hohen Gericht von Sansibar ein, um den Unionsvertrag zwischen Tansania und Sansibar für ungültig zu erklären. Die Klage wird im Oktober vom Gericht abgewiesen.

tk

Togo (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	UFC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Machtkonflikt zwischen der Opposition und der Regierung von Faure Gnassingbé deeskaliert. 2005 hat der Konflikt hunderte Todesopfer gefordert, etwa 40.000 Menschen sind aus Togo geflohen. Nach monatelangen Verhandlungen schließen sechs von acht Oppositionsgruppen mit der Regierung am 3.7.06 ein Abkommen über Wahlreformen und die Einrichtung einer Regierung der nationalen Einheit. Die größte Oppositionspartei, die Union der Kräfte für den Wandel (UFC), die diesen Vertrag zunächst abgelehnt hat, unterzeichnet nach einer Vermittlung durch Burkina Faso am 21. August das Abkommen mit der Regierung. Am 16. September wird der Oppositionspolitiker Yawovi Agboyibo zum Ministerpräsidenten und Regierungschef der Regierung der nationalen Einheit ernannt. Eine Hauptaufgabe der neuen Regierung liegt in der Organisation der für Juni 2007 vorgesehenen

Parlamentswahlen. Trotz dieser Entwicklungen befinden sich nach wie vor etwa 20.000 Flüchtlinge außer Landes.

rs

Tschad (ethnische Gruppen)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	afrikanische Volksgruppen vs. arabische Volksgruppen	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen arabischen Janjaweed-Milizen, die beiderseits der Grenze zwischen dem Tschad und dem Sudan operieren, und schwarzafrikanischer Gemeinschaften im östlichen Teil des Tschad eskaliert. Der Konflikt hat 2003 begonnen, als sudanesishe Janjaweed grenzüberschreitende Angriffe in Tschad-Regionen südlich von Adré verübt haben. Nachdem sich die Situation 2005 aufgrund stärkerer militärischer Grenzpatrouillen des Tschad sowie der Entsendung der AU-Mission AMIS auf der sudanesischen Seite der Grenze verbessert hat, verschlechtert sie sich 2006 erneut. In Zusammenhang mit dem eskalierenden Bürgerkrieg im Tschad [→ Tschad (Rebellen)], der sich intensivierenden Kämpfe in Darfur [→ Sudan (Darfur)] und wiederholten Anschuldigen des Tschad, dass der Sudan Rebellengruppen im Tschad unterstütze [→ Chad - Sudan], überfallen Janjaweed täglich Grenzdörfer im Tschad. Am 6. Januar greifen Janjaweed die Städte Borota, Ade und Moudaina im Osttschad an. Etwa 80 Dörfer in der Präfektur Borota werden überfallen und daraufhin von ihren afrikanischen Bewohnern verlassen. Aufgrund der verminderten Armeepräsenz - überwiegend zum Kampf gegen die Rebellen von der Regierung entsandt - gründen die Einwohner von Modoya und Borota Selbstverteidigungskräfte. Gemäß Menschenrechtsorganisationen gehen nicht-arabische ethnische Gruppen im Tschad, z.B. die Quaddai, Tama und Mimi, eine Allianz mit den Janjaweed ein, um Angriffe durch sie zu vermeiden. Im November fordern die Kämpfe 200 Todesopfer im Kerfi-Gebiet sowie 123 Opfer in der Salamat-Region. Im Konfliktverlauf sind etwa 68.000 Personen vertrieben worden.

rs

Tschad (verschiedene Rebellengruppen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	verschiedene Rebellengruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der interne Machtkonflikt zwischen verschiedenen Rebellengruppen und Präsident Idriss Deby im Tschad nimmt an Intensität zu. Die wichtigste Rebellenbewegung ist die Vereinigte Front für Wandel und Demokratie (FUC), eine anti-Regierungsallianz, die mehrere Rebellengruppen umfasst. Unter diesen findet sich die von Yaya Dillo Djerou geführte Platt-

form für Nationalen Wandel, Einheit und Demokratie (SCUD) sowie die von Mahamat Nouri geführte Sammlungsbewegung für Demokratie und Freiheit (RDL). Nouri führt auch die FUC an. Die Rebellion gegen Deby geht auf eine Meuterei von Soldaten der Armee zurück, die zu den Rebellen übergelaufen sind, woraufhin die Präsidentengarde aufgelöst worden ist. Ende 2005 kommt es in der Hauptstadt Ndjamena zu ersten schweren Kämpfen zwischen Regierungs- und Rebellentruppen. Im Dezember 2005 werden etwa 370 Kämpfer in einer Schlacht in Adre an der sudanesischen Grenze getötet, wo Rebellen- und Regierungstruppen erneut im März 2006 aufeinander stoßen. Abakar Youssouf Mahamat Itno, der Generalstabschef der Armee, wird getötet. Deby verkündigt im März, dass er einen versuchten Abschuss seines Flugzeugs überlebt habe. Am 22. März kommt es zu einer Schießerei in der Nähe von Debys Residenz. Ende März greifen Regierungstruppen die SCUD im Osten des Landes an. Im April bewegt sich die FUC von der sudanesischen Grenze rasch westwärts nach Ndjamena. Schätzungsweise 200 Personen werden in der darauffolgenden Schlacht in der Stadt getötet. Unterstützt von der französischen Luftwaffe, wehren Regierungstruppen den Angriff ab. Frankreich hat Truppen im Tschad stationiert und hat Deby wiederholt mit Luftaufklärung unterstützt. Die Situation im Dreieck zwischen der ZAR, dem Tschad und dem Sudan verschlechtert sich, als Rebellen aus dem Tschad die Grenze zur ZAR überschreiten, wo sie Mitte 2006 von zentralafrikanischen und französischen Truppen angegriffen werden. Im Juni besucht eine Delegation des UN-Sicherheitsrates die Darfur-Region des Sudan sowie den östlichen Tschad. Die Mission berät sich mit Deby und französischen Vertretern über eine mögliche UN-Mission in den Tschad und Frankreichs Beitrag dazu. Nach einer Unterbrechung der Kämpfe während der Regenzeit greift die Armee die Rebellen im September in den Aram-Kolle-Bergen nördlich der Stadt Abeche an. Im Oktober halten die Rebellen kurz die Orte Goz Beida und Am-Timan etwa 600 km südlich von Abeche. Die Armee erobert beide Orte zurück. Ende November ereignen sich Gefechte in und um Abeche, das als humanitäre Hilfszentrum für mehr als 200.000 Flüchtlinge aus dem Sudan und als Stützpunkt der französischen Luftwaffe fungiert. Am 28. November beginnt das UNHCR mit der Evakuierung seines Personals in Abeche, nachdem sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert hat. Etwa 68.000 Menschen werden 2006 im Osten des Tschad vertrieben. Der Tschad wirft dem Sudan wiederholt vor, die Rebellen zu unterstützen. Dies weist der Sudan zurück und beschuldigt seinerseits den Tschad, Rebellen in der Darfur-Region zu unterstützen [→ Chad - Sudan]. Am 18. Januar verkündigt die FUC, sie unterhalte freundschaftliche Beziehungen mit dem Sudan, erhalte jedoch keinerlei militärische Unterstützung.

pb

Tschad - Sudan

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Tschad - Sudan	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen dem Sudan und Tschad über grenzüberschreitende Militäroperationen staatlicher Sicherheitskräfte sowie Unterstützung von Rebellenaktivitäten, die gegen den jeweiligen Nachbarstaat gerichtet sind, bleibt angespannt. Von Dezember 2005 an wird über die direkte Beteiligung sudanesischer Truppen in grenzüberschreitenden Übergriffen sudanesischer Janjaweed-Milizen [→ Sudan (Darfur)] auf die Grenzregion Goungor des Tschad berichtet [→ Tschad (ethnische Gruppen)]. Am 18. Januar bestätigt Abdelwahid Aboud Makaye, ein Führer der Rebellengruppe Vereinigte Front für Wandel und Demokratie [→ Tschad (verschiedene Rebellengruppen)], dass seine Vereinigung sudanesisches Territorium als Rückzugsraum nutze. Sudanesisch Regierungstellen widersprachen. Am 23.12.05 erklärt Chad, sich mit seinem Nachbarstaat im Kriegszustand zu befinden. Sudan erwidert diese Kriegserklärung nicht, sondern bittet um Vermittlung. Durch libysche Vermittlung schließen die Konfliktparteien am 8. Februar das Abkommen von Tripolis. Darin verpflichten sie sich, zu verhindern, dass ihr Territorium von Rebellenbewegungen als Rückzugsraum genutzt wird und diese Aufständischen nicht zu unterstützen. Trotz des Übereinkommens beschuldigt Tschad kontinuierlich den Sudan, verschiedene Rebellengruppen im Bürgerkrieg des Tschad zu unterstützen, der seit März an Intensität zugenommen hat. In der Folge bricht Tschad am 14. April zum zweiten Mal im Jahr 2006 die diplomatischen Beziehungen mit dem Sudan ab. Im August werden sie wiederaufgenommen. Am 28. Oktober beschuldigt Tschad den Sudan, die Grenzdörfer Bahai, Tine, Karyari und Bamina bombardiert zu haben. Sudan dementiert die Angriffe.

pb, rs

Uganda (ADF, NALU)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	ADF, NALU vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der lang andauernde Konflikt zwischen den Alliierten Demokratischen Kräften (ADF) und der Nationalen Befreiungsarmee (NALU) auf der einen Seite und Uganda auf der anderen Seite dauert an. Seit Jahren befinden sich die Rückzugsbasen der ADF und NALU im Kongo. Etwa 1.000 Kämpfer halten sich in der Nordkivu-Region auf. Ihre Präsenz ist einer der Gründe für Ugandas Beteiligung in den beiden letzten kongolesischen Bürgerkriegen. Im Herbst 2005 hat der Kongo eine Offensive zur Vertreibung fremder Rebellengruppen, auch der ADF und NALU, gestartet. Diese Offensive wird von der UN-Mission MONUC im Kongo unterstützt. Nach UN-Angaben setzen ADF

und NALU ihre Angriffe im Winter fort. Im Frühling ziehen sich die Rebellen tiefer in ihre Verstecke zurück, setzen ihre Angriffe auf Zivilisten aber fort.

pb

Uganda (LRA)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	LRA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Ressourcen, Sonstige	

Der Grad der Gewalt im Konflikt zwischen der Widerstandsarmee Gottes (LRA) und der Regierung von Yoweri Museveni nimmt ab. Im Januar tötet die LRA drei Personen. Der Friedensvertrag im Sudan vom Vorjahr nährt in Uganda Hoffnungen auf einen Sieg über LRA, die ihre militärische Basis im Sudan eingebüßt hat. Allerdings besteht weiter der Verdacht, der Sudan unterstütze die LRA. Die LRA weicht dem ugandischen Militär durch Teilverlegungen ihrer Verstecke vom Südsudan in die DR Kongo aus, woraufhin Uganda starken Druck auf die DR Kongo ausübt. Die DR Kongo beginnt mit Unterstützung der UN-Mission MONUC eine Offensive zur Vertreibung der LRA-Kämpfer aus dem Land. Der ICC stellt Haftbefehle für fünf LRA-Kommandeure aus, einschließlich des LRA-Führers Joseph Kony. Sie sind aus dem Amnestieangebot Ugandas an die Rebellen, die sich stellen, ausgeschlossen worden. Am 28. April beschuldigt die DR Kongo Uganda, bei der Verfolgung der LRA-Rebellen auf kongolesischen Gebiet einen Soldaten getötet zu haben. Am 5. Mai beginnt Uganda eine Offensive im Norden, um die Region zu sichern und Druck auf die LRA auszuüben. Museveni erklärt, dass Kony und die anderen Kommandeure verhaftet werden müssten und der militärische Sieg in greifbarer Nähe sei. Uganda entsendet Sicherheitspersonal in den Norden und intensiviert seine diplomatischen Bemühungen zur Zusammenarbeit mit dem Kongo, der MONUC, dem Sudan und der sudanesischen SPLA bei der Verfolgung Konys. Am 14. Juli werden Friedensgespräche aufgenommen. Am 26. August wird ein Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten unterzeichnet. Die Gespräche sind vom Vizepräsident des Südsudan, Riek Machar, vermittelt worden. Nach andauernden Problemen mit den Anklagen und Fragen zur Versammlung von LRA-Kämpfern wird am 1. November ein überarbeiteter Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet. Mitte November bietet die UN an, sich an der Überwachung des Waffenstillstandsabkommens zu beteiligen. Die LRA-Führung verlangt die Aufhebung der Anklagen.

pb

Zentralafrikanische Republik (UDFR)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	UDFR vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Union Demokratischer

Kräfte der Einheit (UDFR) und der Regierung von Francois Bozizé intensiviert sich und fordert etwa 100 Tote sowie 40.000 Flüchtlinge und 55.000 intern Vertriebene. Die Kämpfe konzentrieren sich auf die nördlichen Präfekturen Ouham, Ouham-Pende und Vakaga in der Nähe der Grenze zum Tschad. Heftige Zusammenstöße ereignen sich, als die Rebellen am 27. Januar eine militärische Einrichtung in Grenznähe zum Tschad angreifen. Am 29. Januar greifen Regierungstruppen in der Nähe des Ortes Paoua Rebellen an, was angeblich zahlreiche zivile Opfer fordert. Im der zweiten Jahreshälfte intensiviert sich der Konflikt. Am 30. Oktober nimmt eine Rebellengruppe unter Führung von Florian Ndjadder-Bedaya den Ort Birao ein. Quadda-Djalle gerät am 10. November ebenfalls unter die Kontrolle von Rebellen. Die Regierung bittet die Nachbarstaaten und Frankreich wiederholt um militärische Unterstützung und beschuldigt den Sudan, den Aufruhr angestachelt zu haben.

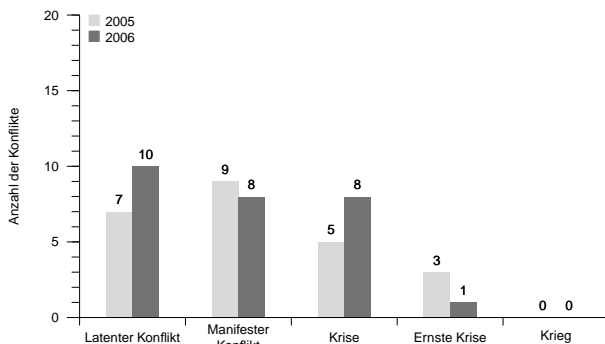
Am 18. November erklärt der Präsident von Gabun, Omar Bongo, dass die Afrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) in den Konflikt eingreifen würde. Die CEMAC hat bereits 2003 Truppen in das Land entsandt. 2006 beläuft sich die Zahl der Multinationalen Kräfte in Zentralafrika auf 300 Mann. Zusätzlich entsendet der Tschad am 21. November ein Kontingent von 150 Soldaten zur Unterstützung der Regierung, während Frankreich einwilligt, logistische Hilfe und Unterstützung bei der Aufklärung zur Verfügung zu stellen. In einer Gegenoffensive Anfang Dezember erobern Regierungstruppen die Orte Birao, Sam Ouandja, Quadda und Ndele zurück. Nur Quadda-Djalle verbleibt unter Rebellenkontrolle. Frankreich wird durch Luftangriffe seiner Streitkräfte gegen Rebellenhochburgen direkt in diese Kämpfe verwickelt.

/Z

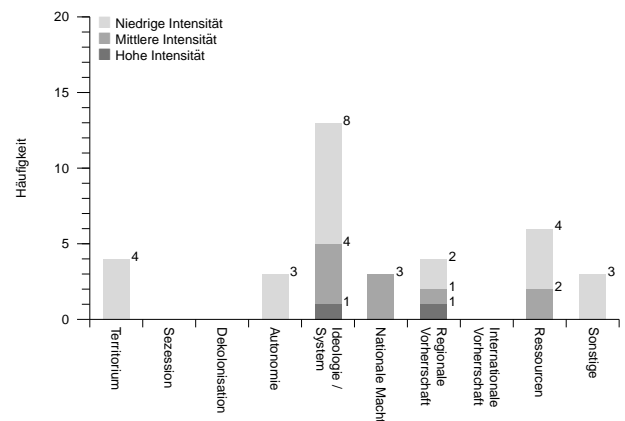
die Americas

In der Region der Americas erhöht sich die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte von 24 auf 27. Im Vergleich zu 2005 werden die Konflikte insgesamt weniger gewaltsam ausgetragen. Dieses Jahr wird nur ein hochgewaltsamer Konflikt beobachtet [→ Kolumbien (FARC)]. Während viele politische Konflikte als solche deeskaliert sind, nimmt jedoch die Gewaltkriminalität zu - beispielsweise in Brasilien, Kolumbien, Guatemala und Haiti. Die angespannte Wirtschaftslage in Mittel- und Südamerika ist nach wie vor die Hauptursache für Instabilität in mehreren Staaten des Kontinents. In diesem Zusammenhang ist es nicht überraschend, daß zwei neue Konflikte in Mexiko beobachtet werden. Die Unruhen in dem süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca und die Wahlen in Mexiko bringen zwei neue Konflikte ans Licht. Somit ist Mexiko im Jahr 2006 das Land mit den meisten gewaltsamen Konflikten der Region. Der letztjährige Trend in den Wahlen setzt sich fort: Abgesehen von Kolumbien und Mexiko werden in weiteren Ländern Mittel- und Südamerikas Präsidenten des linken Flügels gewählt oder wiedergewählt, beispielsweise in Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Venezuela. Der in gewaltsamen Konflikten vorherrschende Konfliktgegenstand bleibt System/Ideologie. In Kolumbien nehmen die Konfliktintensitäten der internen Konflikte ab oder verbleiben zumindest auf dem gleichen Niveau. Dies ist auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit allen Konfliktparteien seitens der Regierung zurückzuführen. Die bislang zu verzeichnenden Fortschritte beinhalten die fortgesetzte Demobilisierung der Paramilitärs und die Aufnahme von Friedensgesprächen mit der ELN. Zwischenstaatliche Konflikte werden weiterhin ohne den Einsatz von Gewalt ausgetragen.

Konfliktintensitäten in Amerika 2006 im Vergleich zu 2005



Häufigkeiten von Konfliktgegenständen in Amerika nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in die Americas 2006

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Argentinien (Piqueteros)	Piqueteros vs. Regierung	System / Ideologie	2001	•	1
Argentinien - Iran	Argentinien vs. Iran	Andere	1994	•	1
Argentinien - Uruguay	Argentinien vs. Uruguay	Ressourcen	2006	NEU	2
Belize (Opposition)*	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	2005	↓	1
Bolivien (Opposition)*	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, Autonomie	1983	•	2
Brasilien (MST)	MST vs. Regierung	Ressourcen	1995	↗	3
Costa Rica - Nicaragua*	Costa Rica vs. Nicaragua	Territorium	1945	↘	1
Ecuador (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	1998	•	3
Guatemala (PAC)*	PAC vs. Regierung	System / Ideologie	1960	•	2
Haiti (Opposition)	Aristide-Anhänger vs. Aristide-Gegner	Nationale Macht	1986	↘	3
Kanada (Quebec)*	Opposition vs. Regierung	Autonomie	1945	•	1
Kolumbien (AUC)	AUC vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1995	↘	2
Kolumbien (ELN)	ELN vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1964	↓	2
Kolumbien (FARC)	FARC vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1964	•	4
Kolumbien (Guambianos)*	Guambianos vs. Regierung	Ressourcen	2005	↓	1
Kolumbien - Venezuela *	Kolumbien vs. Venezuela	Territorium, Ressourcen	1945	•	1

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Mexiko (APPO)	APPO vs. Regierung	System / Ideologie	2006	NEU	3
Mexiko (EZLN)*	EZLN vs. Regierung	Autonomie, Sonstige	1994	•	1
Mexiko (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2006	NEU	3
Paraguay (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Ressourcen	1989	↗	3
Peru (Leuchtender Pfad)	Leuchtender Pfad vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1980	↗	3
Peru - Chile - Bolivien*	Peru vs. Chile vs. Bolivien	Territorium, Ressourcen	1964	•	1
USA - Kuba (Guantanamo)*	USA vs. Kuba	Territorium	1959	•	1
USA - Kuba (System)	USA vs. Kuba	System / Ideologie	1959	•	2
USA - Mexiko	USA vs. Mexiko	Andere	2001	•	2
Venezuela (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2000	•	3
Venezuela - USA*	Venezuela vs. USA	System / Ideologie	2001	•	2

^{1 2 3 4} siehe erste Regionstabelle

Argentinien (Piqueteros)

Intensität: 1	Änderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Piqueteros vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Im Konflikt um die wirtschaftliche, soziale und politische Ausrichtung des Systems wird keine Lösung zwischen den Piqueteros und der Regierung erreicht. Am 10. Januar werden die zwei ehemaligen Polizisten Alfredo Luis Fanchiotti und Alejandro Acosta wegen Mordes an zwei Piqueteros zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Die Opfer waren während einer Demonstration in der Hauptstadt Buenos Aires am 26.6.02 getötet worden. Drei weitere Polizisten werden zu je vier Jahren Haft verurteilt, weil sie ihre früheren Kollegen Fanchiotti und Acostawere während der Ermittlungen gedeckt haben. Im Jahresverlauf kommt es vereinzelt zu Protesten gegen die schleppenden Ermittlungen in mehreren Fällen von Polizeiübergriffen aus den Jahren zwischen 2000 und 2002.

eg

Argentinien - Iran

Intensität: 1	Änderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Argentinien vs. Iran	
Konfliktgegenstand:	Andere	

Der Konflikt zwischen Argentinien und dem Iran entwickelt sich in eine neue Richtung. Er betrifft die Ermittlungen um den Bombenanschlag auf die Gemeinsame Israelisch-Argentinische Stiftung (AMIA) von 1994. Am 26. Oktober reichen argentinische Ankläger formal Klage gegen den ehemaligen iranischen Präsidenten Haschemi Rafsandschani und sieben Mitglieder seines Kabinetts wegen Verwicklung in den AMIA-Anschlag ein. Zusätzlich wird das Hisbollah-Mitglied Imad Fayed Moughnieh wegen der Ausführung des Attentats angeklagt. Dies ist das erste Mal, dass argentinische Offizielle öffentlich die ehemalige iranische Führung beschuldigen, für den Bombenanschlag verantwortlich zu sein. Am 9. Novem-

ber stellt ein Richter internationale Haftbefehle gegen Rafsandschani und seine Kollegen aus. Argentinien hegt den Verdacht, dass der Bombenanschlag eine Vergeltung für die Nichteinhaltung des Abkommens über eine nukleare Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern durch den ehemaligen argentinischen Präsidenten Carlos Menem gewesen ist.

eg

Argentinien - Uruguay

Intensität: 2	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Argentinien vs. Uruguay	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Anfang des Jahres beginnt ein Konflikt zwischen Argentinien und Uruguay über den Bau zweier Zellulosefabriken am Grenzfluss Rio Uruguay. Argentinien beschuldigt Uruguay, einen Vertrag über die Nutzung des Flusses zu verletzen. Das Abkommen legt fest, dass Projekte wie Zellulosefabriken von beiden Ländern gutgeheißen werden müssen. Argentinien befürchtet eine starke Verschmutzung des Flusses und seiner Ufer durch die Anlagen. Als Uruguay Anfang des Jahres die Bauarbeiten aufnimmt, blockieren argentinische Anwohner regelmäßig eine Brücke über den Rio Uruguay. Am 15. Februar bekundet der argentinische Präsident Néstor Kirchner seine Unterstützung für die Aktivisten. Fünf Tage später kündigt Uruguay an, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) um Vermittlung zu bitten. Im März blockieren argentinische Protestierende den Transport von Baumaterialien aus Chile. Am 4. Mai reicht Argentinien formal Beschwerde beim IGH gegen die Fabriken ein, um das Projekt zu stoppen. Der IGH entscheidet jedoch am 13. Juli, dass Uruguay den Bau vorläufig fortsetzen darf, während das Gericht den Fall weiter prüft.

eg

Brasilien (MST)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	MST vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Der Konflikt zwischen Brasiliens Bewegung Landloser Landarbeiter (MST) und der Regierung um die Durchsetzung einer Landreform geht weiter. Am 6. Juni stürmen etwa 700 Aktivisten der Bewegung für die Befreiung der Landlosen (MLST) das Kongressgebäude in der Hauptstadt Brasília. Die MLST ist eine radikale Gruppierung innerhalb der MST. Die Demonstranten fordern eine Beschleunigung der Landreform. Mit Arbeitsgeräten bewaffnete Demonstranten stoßen im Kongressgebäude mit Polizisten zusammen, 25 Personen werden verletzt, einige davon schwer. Das Gebäude wird schwer beschädigt. Etwa 400 MLST-Mitglieder und deren Anführer Bruno Maranhão werden verhaftet. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva verurteilt die Störung als einen Akt von Vandalismus gegen die Demokratie.

*mmk***Ecuador (Opposition)**

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen der außerparlamentarischen Opposition und der Regierung wird gewaltsam fortgesetzt. Am 20. Januar stoßen bei Protesten gegen die angekündigten Erhöhungen der Bustarife Hunderte von Protestierenden gewaltsam mit der Polizei zusammen. Duzende werden verletzt. Die Protestierenden fordern außerdem, den Vertrag mit der privaten US-amerikanischen Öl-Gesellschaft Occidental Petroleum (OPC) zu beenden und verlangen die Ablehnung eines Beitritts zum Freihandelsabkommen (FTA) der Amerikas. Am 22. Februar wird in Reaktion auf gewaltsame Proteste, bei denen Pipelines besetzt werden, ein eintägiger Ausnahmezustand verhängt. Ölarbeiter der staatlichen Petroecuador fordern bessere Arbeitsbedingungen und ein Ende der Korruption im Unternehmen. Obwohl ein Abkommen mit der Regierung erzielt wird, dauern die Proteste im März an. Ein weiterer Streik von Tausenden Arbeitern führt in drei Regionen zur Verhängung des Ausnahmezustands. Protestierende sperren die Hauptstraßen und fordern ein Referendum gegen das FTA. 14 Personen werden verletzt. Am 22. März wird erneut der Ausnahmezustand in fünf Provinzen, einschließlich der Hauptstadt Quito, erklärt. Ein Student wird bei einem Zusammenstoß mit der Polizei am 8. April getötet. Am 15. Mai kündigt die Regierung den Vertrag mit der OPC.

*cg***Haiti (Opposition)**

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1986
Konfliktparteien:	Aristide-Anhänger vs. Aristide-Gegner	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen mehreren nichtstaatlichen Gruppierungen um die nationale Macht wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Die rivalisierenden politischen Gruppen werden zunehmend kriminell und spalten sich auf. Sie können grob in Unterstützer und Gegner des früheren Präsidenten Jean-Bertrand Aristide unterschieden werden. Aristide ist am 28.2.04 aus dem Amt entfernt worden. Seine Gegner sind unter anderem bewaffnete ehemalige Soldaten der Armee, die 1995 aufgelöst worden ist. Am 7.2.06 werden reguläre Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf faire Weise abgehalten. Im Vorfeld des Urnenganges wird über vereinzelte gewaltsame Zwischenfälle berichtet. Am 18. Januar werden zwei Soldaten der UN getötet. Nachdem der Stimmenanteil für René Préval laut der zweiten Hochrechnung von 61 auf unter 50 Prozent gesunken ist, fordern seine Unterstützer die Anerkennung seines Sieges. Im Verlauf dieser Demonstrationen wird eine Person bei Zusammenstößen mit der Polizei getötet. Die UN-Truppen sind bemüht, die Situation zu beruhigen. Aufgrund der Streichung der Leerstimmen wird Préval am 16. Februar mit 51 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt. Gleichzeitig wird die UN-Mission MINUSTAH um sechs Monate verlängert. Am 21. April wird die zweite Runde der Parlamentswahlen abgehalten, wobei sich gewaltsame Zusammenstöße ereignen. Am 10. Juni wird die neue Regierung vereidigt. Am 15. Juli demonstrieren Tausende von Aristide-Anhängern für die Rückkehr ihres Anführers aus dem Exil. Nach einer Zeit relativer Stabilität nimmt die Gewalt im Herbst wegen ungeklärter Fragen, etwa des Wiederaufbaus einer Armee und der Eingliederung von Aristides Gefolgsleuten und Mitarbeitern in die öffentliche Verwaltung, erneut zu. Am 11. November werden zwei UN-Soldaten in einer Schießerei getötet.

*mgm, jl***Kolumbien (AUC)**

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	AUC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	

Der Friedensprozess zwischen den rechten Paramilitärs der Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC) und der Regierung wird fortgesetzt. Nach einer kurzen Unterbrechung des Prozesses der Demobilisierung der AUC im Oktober 2005 entschließt sich die paramilitärische Organisation nach erfolgreichen Gesprächen mit der Regierung am 17.11.05 schließlich, ihre Entwaffnung wiederaufzunehmen. Im Gegenzug verlängert Kolumbien den Zeitrahmen, in dem die AUC-Mitglieder ihre Waffen

abgeben sollen. Im Ergebnis liefern viele ehemalige AUC-Führer ihre Waffen aufgrund der Aussicht auf verkürzte Haftstrafen gemäß dem Gesetz für Frieden und Gerechtigkeit ab. Zwischen Dezember 2005 und März 2006 legen 10.000 Kämpfer ihre Waffen nieder. Insgesamt sind seit Beginn des Friedensprozesses 2003 insgesamt etwa 30.000 AUC-Kämpfer entwaffnet worden. Die laufende Entwaffnung der AUC wird von beiden Seiten ohne Anwendung von Gewalt umgesetzt.

jjh

Kolumbien (ELN)

Intensität: 2	Änderung: ↓	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	ELN vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und der Regierung deeskaliert deutlich. Am 12.12.05 halten die beiden verfeindeten Parteien in Kuba vorläufige Gespräche über Friedensverhandlungen ab. Beide Parteien verleihen ihrer Absicht einer Konfliktlösung Ausdruck. Zwischen Februar und März 2006 treffen sich erneut Regierungsvertreter mit dem militärischen Führer der ELN, Antonio Garcia, um die Vorbedingungen für Friedensgespräche zu diskutieren. Am 24. Februar setzt Kolumbien Haftbefehle gegen zwei ELN-Führer aus. Die ELN kündigt am 2. März offiziell einen vorübergehenden Waffenstillstand an. Kurz darauf lässt die Rebellengruppe einen kolumbianischen Soldaten frei. Weitere Gespräche zwischen der ELN und der Regierung enden ergebnislos. Schließlich erklären am 26. Oktober Vertreter beider Seiten, dass formale Friedensgespräche im November und Dezember fortgesetzt würden.

jjh

Kolumbien (FARC)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	FARC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen den Revolutionären Bewaffneten Kräften von Kolumbien (FARC) und der Regierung bleibt hochgewaltsam. Präsident Álvaro Uribe Vélez setzt den Kampf gegen die linksgerichtete Rebellengruppe mit massivem Einsatz militärischer Mittel fort. Die FARC, die mutmaßlich eine Stärke von etwa 16.000 Bewaffneten haben, verüben Bombenanschläge und Überfälle. Mindestens 76 Regierungssoldaten, 52 Polizisten und sieben Politiker werden bei FARC-Angriffen im Jahresverlauf getötet. Am 27.12.05 greifen FARC-Rebellen militärische Einrichtungen der Regierung an. Dabei werden 29 Soldaten getötet. Im Februar fliegt die Regierung Luftangriffe gegen FARC-Stellungen in der Meta-Provinz. Von Zeit zu Zeit signalisieren beide Seiten Bereitschaft zu Gesprächen über den Austausch von Gefangenen,

allerdings findet kein Gefangenenaustausch statt. Präsident Uribe bricht die Verhandlungen schließlich am 20. Oktober ab, nachdem FARC-Rebellen einen Bus in der Hauptstadt Bogotá bombardiert haben, wodurch mehr als 20 Personen verletzt wurden. Daraufhin greifen die FARC am 1. November eine abgelegene Polizeistation in der nördlichen Provinz Córdoba an. 17 Polizisten und drei FARC-Kämpfer kommen bei dem Angriff ums Leben. Am 1. Dezember töten FARC-Rebellen 17 Soldaten im Nordosten Kolumbiens. Die FARC verüben auch Anschläge auf die logistische Infrastruktur des Landes. Am 19. Mai treffen sie das Elektrizitätswerk von Kolumbiens wichtigstem Hafen Buenaventura.

jjh

Mexiko (APPO)

Intensität: 3	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	APPO vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Zwischen der Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO) und der Regierung des Bundesstaats Oaxaca bricht ein Systemkonflikt aus. Am 1. Mai fordert die nationale Lehrgewerkschaft höhere Löhne und eine Verbesserung der sozialen Situation in den Schulen. Der Gouverneur von Oaxaca, Ulises Ruiz Ortiz, reagiert nicht. Daraufhin besetzen am 22. Mai Lehrer das Zentrum von Oaxaca-Stadt. Am 14. Juni ereignen sich die ersten gewaltsamen Zusammenstöße. In den folgenden Wochen finden mehrere Demonstrationen statt, die am 17. Juni in der Gründung der APPO durch 365 Basis-Organisationen resultieren. Darunter sind indigene und Bauerngruppierungen, Gewerkschaften, linksgerichtete Gruppen sowie Frauenvereinigungen. Die Intensität der Proteste nimmt daraufhin zu, es werden mehrere Protestierende getötet. Am 22. Oktober entscheidet sich die APPO zur Beendigung des Lehrerstreiks. Dennoch demonstrieren einige Mitglieder weiter. Sie beschuldigen Ruiz des Wahlbetrugs und der Korruption und fordern seinen Rücktritt. Am 28. Oktober entsendet die Zentralregierung Truppen nach Oaxaca, empfiehlt aber auch die Suche nach einer politischen Lösung des Konflikts. Truppen, Helikopter und Polizisten räumen das Stadtzentrum von Oaxaca. Daraufhin verlagern sich die Proteste in die Universität von Oaxaca, wo sich die Kämpfe fortsetzen. Am 6. November beschädigt ein Bombenanschlag zwei Gebäude in Mexico City. Eine unbekannte linksgerichtete Gruppierung übernimmt die Verantwortung und erklärt eine Verbindung zu der Situation in Oaxaca. Die APPO bestreitet jegliche Beteiligung an den Bombenanschlägen. Vielmehr erwägt sie, eine politische Partei zu werden. Die Zentralregierung erwägt einen Abzug der Truppen aus Oaxaca.

fs

Mexiko (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Zwischen der Oppositionspartei Partei der Demokratischen Revolution (PRD) und der regierenden Nationalen Aktionspartei (PAN) entsteht ein neuer Machtkonflikt. Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen organisieren oppositionelle Aktivisten gewaltsame Proteste. Am 9. Mai wird mindestens eine Person getötet, als die Polizei hart gegen die Demonstranten vorgeht. Beide Parteien einigen sich am 13. Juni auf freie und faire Wahlen. Nach den Wahlen erklären sich die beiden wichtigsten Kandidaten, Felipe Calderón (PAN) und Andrés Manuel López Obrador (PRD), jeweils zum Sieger. Beide Parteien halten am 4. Juli Demonstrationen ab. Die vorläufigen Ergebnisse der Nationalen Wahlkommission sprechen für einen Sieg Calderóns. Obrador ficht das Ergebnis an. In den folgenden Wochen organisieren Anhänger Obradors eine Welle von Protesten und besetzen den größten Platz Zócalo in Mexiko-Stadt. Das Föderale Wahltribunal erklärt Calderón Anfang September zum Sieger. Obrador wird am 21. November zum Kopf einer Parallelregierung "gewählt". Er erklärt zudem seine Absicht, Calderóns Vereidigung am 1. Dezember zu verhindern.

fs

Paraguay (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Bauernorganisationen und der Regierung um Landverteilung und -reformen führt zu Demonstrationen und Streiks. Vereinzelt wird Land besetzt und es kommt zu gewaltsamen Zwischenfällen. Im Mai demonstrieren etwa 20.000 Bauern gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, indem sie regionale Niederlassungen der Verwaltung für Agrarbau (DEAG) besetzen. Die Streiks und Straßenblockaden weiten sich auf 17 Departements des Landes aus. Die Bauernorganisationen werfen paramilitärischen Gruppen Folter und Angriffe vor. Indigene Minderheiten sind besonders von Landkonflikten betroffen. Im Mai verurteilt der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte Paraguay zum zweiten Mal wegen der Verletzung der Rechte der indigenen Enxet im zentralen Departement von Präsident Nicanor Duarte Frutos.

gb

Peru (Leuchtender Pfad)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Leuchtender Pfad vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft zwischen der Rebellenorganisation Leuchtender Pfad und der Regierung wird wieder gewaltsam ausgetragen. Die Rebellen werden des Drogenschmuggels beschuldigt. Ende 2005 töten Mitglieder des Leuchtenden Pfades acht Polizisten. In der Folge verhängt der peruanische Präsident Alejandro Toledo am 21.12.05 in sechs Provinzen den Ausnahmezustand. Am 23.12.05 prallen Polizei und Rebellen erneut aufeinander. Der Leuchtende Pfad beschießt einen Polizei-Helikopter und verletzt zwei Polizisten. Am 14. Oktober werden der Gründer des Leuchtenden Pfades, Abimael Guzmán, und seine Lebensgefährtin Elena Iparraguirre in einem erneuten Verfahren zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Zehn weitere Mitangeklagte erhalten Haftstrafen zwischen 24 und 35 Jahren. Der Anführer des Leuchtenden Pfades, Comrade Artemio, bietet der Regierung am 26. November einen Waffenstillstand an. Im Gegenzug fordert er Amnestie und eine Verhandlungslösung. Seit der Verhaftung Guzmáns 1992 sind nur wenige hundert Rebellen übrig, die im Süden und Südosten Perus operieren.

mgm

USA - Kuba (System)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1959
Konfliktparteien:	USA vs. Kuba	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen den USA und Kuba wird ohne Gewalt fortgesetzt. Am 1. August übergibt der kubanische Präsident Fidel Castro vorübergehend die Macht an seinen jüngeren Bruder Raúl Castro. Infolgedessen mobilisiert Raúl Castro Zehntausende Reservisten und Milizen. Am nächsten Tag werden die Milizen wieder demobilisiert. Er erklärt, dass alle Schritte zur Abwendung jeglicher US-Angriffe gegen Kuba unternommen würden. Die USA verkünden, nach der Machtübergabe keinen Anlass zu einer Änderung der politischen Strategie gegenüber Kuba zu haben. Sie erhalten ihr Wirtschaftsembargo und die Verweigerung von Reisegenehmigungen aufrecht. Am 3. August ermahnt US-Präsident George W. Bush die kubanische Bevölkerung, aktiv die Demokratie voranzutreiben. Im Juli empfiehlt eine Sonderkommission der US-Regierung, den demokratischen Wandel in Kuba mit 80 Millionen US-Dollar zu unterstützen.

mas

USA - Mexiko

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	USA vs. Mexiko	
Konfliktgegenstand:	Andere	

Der Konflikt zwischen den USA und Mexiko um illegale Immigration und einen Grenzzaun wird nicht-gewaltsam fortgesetzt. Schätzungsweise 160.000 illegale Immigranten überqueren pro Jahr die Grenze zu den USA. Am 17.12.05 diskutiert der US-Kongress den Bau eines Grenzzauns. Mexikos Präsident Vicente Fox protestiert gegen derartige Pläne. Die USA strebt einen Schutz gegen illegale Zuwanderung an und ist bereit, 1,2 Milliarden US-Dollar für das Projekt auszugeben. 6.000 bis 18.000 US-Soldaten sollen die Grenze mit hochtechnisierter Ausrüstung überwachen. Mexiko intensiviert seine Proteste. Am 18. Mai verkündet Fox, dass ein Zaun das Immigrationsproblem nicht lösen oder die Beziehungen zwischen beiden Nationen verbessern würde. Am 10. Oktober reicht Mexiko offiziell Beschwerde ein, nachdem der US-Senat das Gesetz zum Bau des Zauns verabschiedet hat. Fox vergleicht den Grenzzaun mit der Berliner Mauer. Beide Kandidaten der mexikanischen Präsidentschaftswahlen lehnen den Zaun ab. Die USA entsenden am 6. Juni 55 Soldaten an die Grenze. Am 9. November trifft sich der designierte mexikanische Präsident Felipe Calderón mit US-Präsident George W. Bush, um seinen Bedenken

Ausdruck zu verleihen. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen sind 2005 etwa 500 Personen bei dem Versuch, die Grenze illegal zu überqueren, ums Leben gekommen.

fs

Venezuela (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

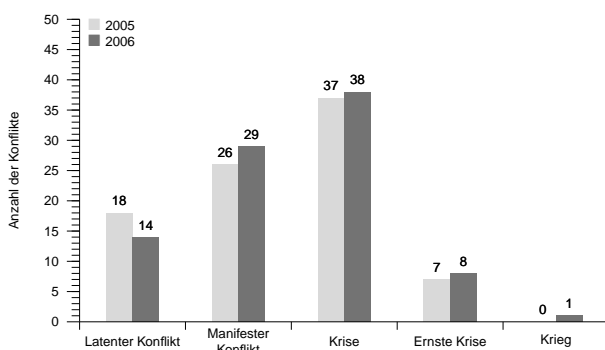
Der Konflikt um die nationale Macht und die Ausrichtung des Systems zwischen der Opposition und der Regierung von Präsident Hugo Chávez sowie die Polarisierung der Zivilgesellschaft dauert an. Der Konflikt wird üblicherweise mittels öffentlicher Demonstrationen, Märschen und gegenseitiger rhetorischer Angriffe ausgetragen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 3. Dezember stoßen Sympathisanten des Oppositionskandidaten Manuel Rosales gewaltsam mit Chávez-Anhängern zusammen. Dabei werden mehrere Personen verletzt. Im November protestieren mehr als 100.000 Oppositionsanhänger gegen die Regierung. Chávez verkündet, dass Mitglieder der Opposition weder im Militärdienst noch in der nationalen Öl-Gesellschaft Petroleos de Venezuela S.A. willkommen seien. Die Opposition beschuldigt Chávez der Gefährdung des Pluralismus sowie der Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit.

gb

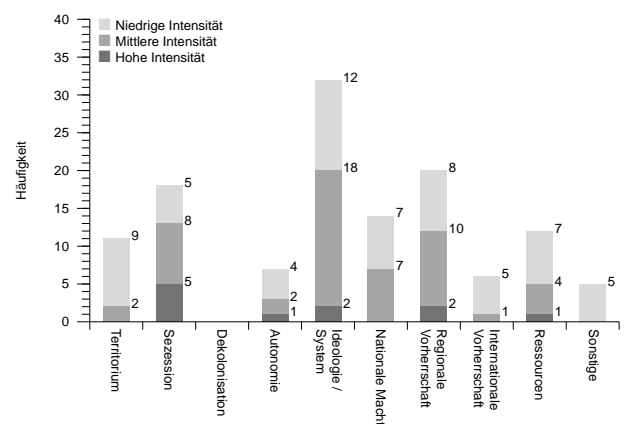
Asien and Ozeanien

Asien und Ozeanien ist 2006 die Region mit den meisten Konflikten, gemessen an den absoluten Gesamtzahlen. Unter den insgesamt 90 politischen Konflikten werden ein Krieg und acht ernste Krisen gezählt. Tatsächlich ist eine allgemeine Zunahme von Gewalt in der Region zu beobachten. Im März bricht ein neuer Konflikt in Osttimor aus: Die Regierung entläßt 600 Soldaten, die überwiegend aus dem westlichen Teil des Landes stammen. Zwei Putsche werden verübt: am 19. September in Thailand und am 5. Dezember auf den Fidschi-Inseln. In Sri Lanka eskaliert der Sezessionskonflikt zwischen den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) und der Regierung zu einem Krieg, der fast eintausend Todesopfer fordert und 200.000 Zivilisten vertriebt. Innerstaatliche Aufstände in Pakistan gegen die Regierung von Pervez Musharraf mit Beteiligung separatistischer Bewegungen in der nordwestlichen, an Afghanistan grenzenden Region Wasiristan sowie in der südwestlichen, an Afghanistan und Iran grenzenden Provinz Balochistan eskalieren zu ernstesten Krisen. In der Pazifikregion sind gewaltsame Zusammenstöße auf den Solomonen und auf Tonga zu verzeichnen. In Zentralasien werden Oppositionsparteien und Bürgerbewegungen, die die vollständige Demokratisierung ihrer Länder fordern, von autoritären Regierungen behindert, die Medien werden zensiert. In Nordostasien verschlechtert der unterirdische Atomtest Nordkoreas am 9. Oktober die Beziehungen zu den USA, Südkorea und Japan. Allerdings beruhigen sich auch einige Konflikte: Das 2005 zwischen Mitgliedern der GAM und der Regierung in Jakarta geschlossene Friedensabkommen in Banda Aceh, Indonesien, wird eingehalten. In Nepal wird das nationale Parlament im April nach einem vier Jahre währenden Moratorium wieder eingesetzt und im November ein Waffenstillstand zwischen der neuen Koalitionsregierung und den maoistischen Rebellen geschlossen.

Konfliktintensitäten in Asien und Ozeanien 2006 im Vergleich zu 2005



Häufigkeiten von Konfliktgegenständen in Asien und Ozeanien nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Asien and Ozeanien 2006

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch (Awami-Liga)	Awami-Liga vs. Regierung	Nationale Macht	1991	•	3
Bangladesch (Chittagong Hill Tracts)*	PCJSS vs. UPDF	Regionale Vorherrschaft	1997	•	3
Bangladesch (JMB)	JMB vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2005	•	3
Bangladesch (PCJSS, UPDF)*	PCJSS, UPDF vs. Regierung	Autonomie	1971	↘	2
Bangladesch - Indien	Bangladesch vs. Indien	Territorium, Ressourcen	1971	•	3
Bangladesch - Myanmar*	Bangladesch vs. Myanmar	Territorium, Ressourcen	1991	•	2
China (Falun Gong)*	Falun Gong vs. Regierung	System / Ideologie	1999	•	3
China (Hui)*	Hui vs. Regierung, Han	andere	2004	•	2
China (Taiwan)	Taiwan vs. China	Sezession, Ideologie / System	1949	•	2
China (Tibet)	tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung	System / Ideologie, Sezession	1912	↗	3
China (Xinjiang)*	ETIM vs. Regierung	Ideologie / System, Sezession	1990	↗	3
China (pro-demokratische Parteien Hongkongs)*	pro-demokratische Parteien Hongkongs vs. Regierung	Autonomie, System / Ideologie	1999	•	2

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
China - Indien*	China vs. Indien	Territorium, Internationale Macht	1949	•	1
China - Vietnam u.a.*	China vs. Vietnam u.a.	Territorium, Ressourcen	1945	•	1
Fidschi (ethnische Gruppen)	indigene Fidschis vs. Fidschis indischer Abstammung	Nationale Macht	1987	•	2
Indien (ANVC)	ANVC vs. Regierung	Sezession	1995	↘	2
Indien (Ayodhya)*	Hindus vs. Muslime	Regionale Vorherrschaft	1989	↘	2
Indien (Bodos - Santhals)*	NDFB vs. Santhals	Autonomie	1994	•	3
Indien (Dimasa - Hmar)*	DHD vs. HPC	Sezession/Autonomie	1987	•	3
Indien (Gujarat)*	Hindus vs. Muslime	regionale Vorherrschaft	1987	•	1
Indien (KNF-S - KNF-Z)*	KNF-S vs. KNF-Z	Regionale Vorherrschaft	1995	•	3
Indien (Kaschmir)	kaschmirische und pakistanische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1947	•	4
Indien (LTTE)*	LTTE vs. Regierung	Andere	1987	•	1
Indien (Manipur)*	UNLF vs. MPLF vs. PLA vs. ZRA	Sezession	1964	•	3
Indien (NSCN-K - NSCN-IM)*	NSCN-K vs. NSCN-IM	Regionale Vorherrschaft	1988	•	3
Indien (Nagaland)*	NSCN vs. Regierung	Sezession	1956	↗	3
Indien (Nagas - Kukis)*	NSCN vs. KNF	Regionale Vorherrschaft	1947	↘	2
Indien (Naxaliten)	Naxaliten vs. Regierung	System / Ideologie	1997	•	4
Indien (Sikhs)	Sikhs vs. Regierung	regionale Vorherrschaft, Autonomie	1947	↘	2
Indien (Tripura)	NLFT vs. Regierung	Sezession	1980	•	3
Indien (ULFA, ATTF - Biharis, Bengalen)	ULFA, ATTF vs. Biharis, Bengalen	regionale Vorherrschaft	1981	•	3
Indonesien (Aceh)	GAM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1953	•	3
Indonesien (Jemaah Islamiyah)*	Jemaah Islamiyah vs. Regierung	Nationale Macht	1981	↘	2
Indonesien (Kalimantan)*	Dayaks vs. Madurese	regionale Vorherrschaft	1997	•	1
Indonesien (Molukken)*	Muslime vs. Christen	Regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Indonesien (Papua)*	OPM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1949	•	2
Indonesien (Sulawesi)	Christen vs. Muslime	Regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Japan - China (Senkakus-Diaoyus-Inseln)*	China vs. Japan	Territorium, Ressourcen	1972	•	2
Japan - Russland (Kurilen)	Japan vs. Russland	Territorium, Ressourcen	1945	↑	3
Japan - Südkorea (Tokto-/Takeshima-Insel)*	Japan vs. Südkorea	Territorium	1945	•	1
Kambodscha (CFF)*	CFF vs. Regierung	Ressourcen	2000	•	1
Kambodscha (FUNCINPEC, SRP)	FUNCINPEC, SRP vs. CPP	System / Ideologie, Nationale Macht	1979	•	2
Kambodscha (Khmer Rouge)*	Khmer Rouge vs. Regierung	System / Ideologie, Sonstige	1967	ENDE	1
Kasachstan (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System / Ideologie	2004	•	3
Kirgisistan (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System / Ideologie	2005	•	3
Laos (LCMD, CIDL)*	LCMD, CIDL vs. Regierung	System / Ideologie, Nationale Macht	1975	↘	3
Malaysia (KMM)*	KMM vs. Regierung	System / Ideologie	1998	•	2
Malaysia (ethnische Chinesen)*	Chinesen vs. Malayen	Nationale Macht	1946	•	1
Malaysia - Indonesien, Philippinen (Einwanderer)	Malaysia vs. Indonesien, Philippinen	Regionale Vorherrschaft	1998	•	2
Malediven (MDP)*	MDP vs. Regierung	System / Ideologie	2003	•	2
Myanmar (Minderheiten)	ethnische Minderheiten vs. Regierung	Sezession	1948	↗	4
Myanmar (Opposition)*	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, Nationale Macht	1982	•	2
Nepal (Maoisten)	CPN-M vs. Regierung	System / Ideologie, Nationale Macht	1990	↘	3
Nepal (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System / Ideologie	2002	↗	3

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Nepal - Bhutan (Flüchtlinge)*	Nepal vs. Bhutan	Sonstige	1985	•	2
Nordkorea - Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	Internationale Macht, System / Ideologie	1945	•	3
Nordkorea - USA, Südkorea, Japan	Nordkorea vs. USA, Südkorea, Japan	internationale Macht, System / Ideologie	1990	•	2
Osttimor (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie	2006	NEU	3
Osttimor - Australien *	Osttimor vs. Australien	Ressourcen, Territorium	2002	•	1
Pakistan (Belutschen)	paschtunische Milli-Awami-Partei, BLA, belutschische Stämme vs. Regierung	Autonomie, System / Ideologie, Ressourcen	1998	↗	4
Pakistan (Sunniten - Schiiten)	militante Sunniten vs. militante Schiiten	System / Ideologie	1998	•	3
Pakistan (Waziristan)	wazirische Stämme vs. Regierung	regionale Vorherrschaft	2004	•	4
Pakistan - Indien	Pakistan vs. Indien	Territorium, Internationale Macht	1947	•	2
Philippinen (Abu Sayyaf)	Abu Sayyaf vs. Regierung	Sezession	1991	•	4
Philippinen (MILF)	MILF vs. Regierung	Sezession, System / Ideologie	1977	•	3
Philippinen (MNLF)*	MNLF vs. Regierung	Autonomie	1969	↘	2
Philippinen (NPA, CPP)	NPA, CPP vs. Regierung	System / Ideologie	1968	•	3
Salomonen (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Ressourcen, Nationale Macht	1998	↑	3
Singapur (Jemaah Islamiyah)	Jemaah Islamiyah vs. Regierung	Ideologie / System	1999	•	2
Singapur - Malaysia*	Singapur vs. Malaysia	Internationale Macht, Territorium, Ressourcen	1963	•	2
Sri Lanka (Buddhisten - Hinduisten, Muslime, Christen)*	Singhalesische Nationalisten, konservativer buddhistischer Klerus vs. Muslime, Christen, Tamilen	System / Ideologie	1948	↗	3
Sri Lanka (Hochlandtamilen)*	Hochlandtamilen vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	1948	•	1
Sri Lanka (Jamiyathul Ulama - Sufis)*	Jamiyathul Ulama vs. Sufis	regionale Vorherrschaft	1978	↑	3
Sri Lanka (LTTE - EPDP)*	LTTE vs. EPDP	Regionale Vorherrschaft	1996	•	3
Sri Lanka (LTTE - JVP)*	LTTE vs. JVP	Sezession	1976	•	2
Sri Lanka (LTTE - PLOTE)*	LTTE vs. PLOTE	Regionale Vorherrschaft	1979	↑	3
Sri Lanka (LTTE)	LTTE vs. Regierung	Sezession	1976	↑	5
Sri Lanka (LTTE, Tamilen - SLMC, Muslime)*	LTTE, Tamilen vs. SLMC, Muslime	Regionale Vorherrschaft	1976	↗	3
Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE)	LTTE-Ost vs. LTTE	Regionale Vorherrschaft	2004	↗	4
Sri Lanka (SLMC)*	SLMC vs. Regierung	andere	1981	•	2
Sri Lanka (singhalesische Nationalisten)*	singhalesische Nationalisten, JHU, konservativer buddhistischer Klerus vs. Regierung	Ideologie / System	1948	↘	2
Tadschikistan (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System / Ideologie	1997	•	3
Thailand (Putschisten)	Putschisten vs. Regierung	nationale Macht	2006	NEU	2
Thailand (nördliche Hügelstämme)*	ethnische Thais vs. nördliche Hügelstämme, Stammesversammlung von Thailand	regionale Vorherrschaft	1955	•	1
Thailand (südliche Grenzprovinzen)	muslimische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1784	•	4
Thailand - Kambodscha *	Thailand vs. Kambodscha	Territorium, Internationale Macht	1954	•	1
Tonga (Demokratisierung)	HRDM vs. Regierung	Ideologie/ System, Nationale Macht	1970	↗	3
Usbekistan (IMU)*	IMU vs. Regierung	System / Ideologie, nationale Macht	1991	•	3
Usbekistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System / Ideologie, nationale Macht	2005	↘	2
Vietnam (KKNLF)*	KKNLF vs. Regierung	Sezession, System / Ideologie	2002	•	1

¹ ² ³ ⁴ siehe erste Regionstabelle

Bangladesch (Awami-Liga)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Awami-Liga vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der größten Oppositionspartei Awami-Liga(AL) und der regierenden National-Partei Bangladesch BNP um nationale Macht dauert an. Von August 2005 an organisiert die AL zahlreiche Demonstrationen und Streiks, die zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen deren Anhängern und der Polizei führen. Am 12. Februar kehrt die AL nach einjährigen Boykott ins Parlament zurück, kritisiert jedoch weiterhin die Regierung und beschuldigt sie der Korruption. Zudem fordert sie Wahlrechtsreformen. Die fünfjährige Amtszeit von Premierminister Khaleda Zia endet am 28. Oktober. Danach sollte eine Übergangsregierung das Land für 90 Tage, bis zu den für Januar 2007 geplanten Wahlen, verwalten. Zia versucht jedoch, diesen Prozess zu verschieben. Daraufhin ereignen sich in der Hauptstadt Dhaka Zusammenstöße zwischen der Opposition und Unterstützern der Regierung, bei denen mindestens sechs Menschen getötet und über 200 verletzt werden. Am 29. Oktober wird eine Übergangsregierung unter Präsident Iajuddin Ahmend eingesetzt.

bk, cs

Bangladesch (JMB)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	JMB vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen den Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh (JMB) und Bangladesch dauert an. Mehrere Mitglieder der JMB, die für die landesweiten Bombenanschläge im Jahr 2005 verantwortlich gemacht werden, werden 2006 verhaftet. Die JMB droht damit, Richter, Rechtsanwälte, Staatsbedienstete und Journalisten umzubringen und Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude zu verüben. Die Regierung setzt eine Belohnung von 152.000 US-Dollar auf Informationen aus, die zur Ergreifung des JMB-Führers Sheikh Abdur Rahman und des Führers der Jagrata Muslim Janata Bangladesh (JMJB), Siddiquil Islam alias Bangla Bhai, führen. Im November 2005 werden Sprengsätze und Bombenbaumaterial der JMB entdeckt. Dennoch attackiert die JMB öffentliche Gebäude, [[233]] wodurch mehrere Personen getötet und verwundet werden. Am 2. März wird Abdur Rahman in Sylhet verhaftet. Vier Tage später wird Bangla Bhai nach Zusammenstößen mit Sicherheitskräften im nördlichen Distrikt Mymensingh festgenommen. Abdur Rahman gesteht, daß seine Organisation für eine Vielzahl von Angriffen verantwortlich sei. Im Mai verurteilt ein Gericht in Jhalakati sieben führende islamistische Militante zum Tode, da sie in einem Bombenabschlag in Jhalakati am 14.11.05 zwei Richter getötet haben. Das Bezirksgericht in La-

xmipur verhängt wegen ihrer Beteiligung an den Bombenanschlägen vom 17.8.05 die Todesstrafe gegen drei JMB-Mitglieder und verurteilt weitere fünf zu lebenslangen Haftstrafen. Abdur Rahman und Bangla Bhai reichen beim Obersten Gericht bedingte Anträge ein mit der Bitte, die Erlaubnis zur Anfechtung des Todesurteils zu erhalten. Der Registrar der Obersten Gerichtshofs setzt die Todesstrafen der verurteilten JMB-Führer vorläufig aus.

bk, cs

Bangladesch - Indien

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1971
Konfliktparteien:	Bangladesch vs. Indien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen Bangladesch und Indien über den Verlauf der Grenze und um Ressourcen wird fortgesetzt. Am 20. März trifft sich die Premierministerin Bangladeschs, Khaleda Zia, in der indischen Hauptstadt Delhi mit dem indischen Regierungschef Manmohan Singh, um über Handelsbeziehungen, illegale Immigration und Schmuggel über die gemeinsame Grenze hinweg zu sprechen. Dies ist Ziahs erster offizieller Besuch in Indien. Im Juni werden in einem Schußwechsel zwischen indischen Grenzsicherheitskräften und den paramilitärischen Bangladesh Rifles mindestens sechs Personen getötet. Am 7. Juli kommt eine gemeinsame Expertenkommission zusammen, um über die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen, insbesondere hinsichtlich des Energiemarktes und die Exploration und Produktion von Öl im Golf von Bengalen.

bk, cs

China (Taiwan)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1949
Konfliktparteien:	Taiwan vs. China	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ideologie / System	

Der Sezessionskonflikt zwischen Taiwan und China dauert an. China betrachtet Taiwan weiterhin als abtrünnige Provinz, während Taiwan sich selbst als die rechtmäßige Chinesische Republik betrachtet. Am 28. Februar gibt Taiwans Präsident die bevorstehende Auflösung des Nationalen Vereinigungsrats bekannt, der eine mögliche Vereinigung von Taiwan und China beaufsichtigen soll und ruft damit starken Protest seitens Chinas hervor. Die USA, Taiwans wichtigster Verbündeter, hat Taiwan von diesem Schritt abgeraten. Im März demonstrieren 45.000 Taiwaner in der Hauptstadt Taipeh gegen ein neues Gesetz, mit dem sich China bei der Wiedereingliederung Taiwans eine militärische Option vorbehält sowie gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des taiwanesischen Präsidenten. Im August nimmt China diplomatische Verbindungen zu Tschad auf, woraufhin Tschad und Taiwan ihre diplomatischen Kontakte abbrechen.

jd

China (Tibet)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1912
Konfliktparteien:	tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie, Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der tibetanischen Exilregierung und tibetanischen Separatisten einerseits und der chinesischen Regierung andererseits um den Status Tibets dauert an. Mehrfache Ersuchen des geistigen Oberhauptes der Tibeter, des Dalai Lama, um eine mögliche Selbstbestimmung des Landes bleiben erfolglos. Am 30. September eröffnen chinesische Grenzposten das Feuer auf eine Gruppe tibetischer Flüchtlinge, die sich auf dem Weg nach Nepal befinden. Nach Angaben der chinesischen Regierung handeln die Grenzsoldaten in Notwehr. Im Ausland finden Demonstrationen gegen Pekings Tibet-Politik statt.

jd

Fidschi (ethnische Gruppen)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	indigene Fidschis vs. Fidschis indischer Abstammung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht zwischen der indigenen Bevölkerung und Gruppen indischer Abstammung dauert an. Der lange währende Konflikt ist letztmals 2000 nach dem gescheiterten Versuch des Geschäftsmanns George Speight, die Regierung von Premierminister Mahendra Chaudhry zu stürzen, um die Vorherrschaft der indigenen Bevölkerung in der Landespolitik zu sichern, aufgeflammt. Am 2. November bringt die Regierung unter Premier Laisenia Qarase einen Gesetzesentwurf ein, der den Verschwörern von 2000 eine Amnestie gewähren soll. Diese Gesetze treffen auf den Widerstand des Militärs. Am 2. November droht der Chef der Streitkräfte, Kommandeur Frank Bainimarama, mit dem Sturz der Regierung. Zwei Tage darauf kündigt Qarase eine Änderung des umstrittenen Amnestiegesetzes an. Dennoch verändert Qarase den Gesetzesvorschlag nicht. Am 13. November bildet der Große Häuptlingsrat, der Fidschis indigene Bevölkerung vertritt, ein Vermittlungskomitee, das eine Übereinkunft zwischen dem Militär und Qarase erreichen soll. Am 30. November droht das Militär abermals mit der Durchführung eines Putschs innerhalb der nächsten 24 Stunden, falls seinen Forderungen nicht stattgegeben werden sollte. Am 5. Dezember übernimmt Bainimarama die Kontrolle über das Land. Es wird keine Ausgangssperre verhängt.

ct

Indien (ANVC)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	ANVC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen dem Achic National Volunteers Council (ANVC) und der indischen Regierung geht weiter. Der ANVC kämpft für einen unabhängigen Staat für den Garo-Stamm in Nordostindien. 2006 wird eine gemeinsame Gruppe zur Überwachung des Waffenstillstands von 2004 gebildet. Zudem finden zahlreiche Gespräche mit Vertretern des ANVC statt. Am 28. Mai ersucht der ANVC bei der Zentralregierung um die Aufhebung des seit 2000 bestehenden Verbots. Am 11. Juli wird der Waffenstillstand um ein Jahr verlängert. Verhandlungen der Konfliktparteien über die Bedingungen der Entwaffnung am 28. September bleiben ohne Ergebnis. Am 9. November verlängert die Regierung das ANVC-Verbot.

kp

Indien (Kaschmir)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	kaschmirische und pakistanische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen militanten Separatisten des Staates Jammu und Kaschmir und der Regierung hält an. Täglich kommt es zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Aufständischen – vor allem Laschkar-e-Toiba, Hisb-ul-Mudschaheddin, Harkatul-Mudschaheddin und Dschaisch-e-Mohammed – und Sicherheitskräften. Von April an nehmen die Infiltrierungen indischen Gebietes entlang der Kontrolllinie, die den pakistanisch verwalteten Teil Kaschmirs von dem unter indischer Verwaltung trennt, zu. Zudem ereignen sich wöchentlich zu Attentaten und Entführungen von Zivilisten durch Separatisten. Insgesamt werden 18 Granatangriffe verzeichnet, insbesondere in Srinagar, der Hauptstadt des Bundesstaats. Am 5. Februar wird der Abzug von 5.000 Soldaten angekündigt. Am 25. Februar eröffnet der indische Premierminister Manmohan Singh Gespräche über den zukünftigen Status von Jammu und Kaschmir. Die gemäßigte All-Partei-Hurriyat-Konferenz verweigert die Teilnahme. Am 10. März bekräftigt Indien seine Position, daß Jammus und Kaschmirs unveräußerlicher Bestandteil des Staates sei. Am 24. Mai schlägt Singh ein Friedensprogramm vor. Die Regierung beschuldigt am 8. September die Separatisten, insbesondere Laschkar-e-Toiba, in Verbindung zu Al-Kaida zu stehen. Am 20. September bietet Hisb-ul-Mudschaheddin einen Waffenstillstand während des Ramadans an, für den Fall, dass Indien seine Truppenpräsenz verringere und gefangene Aufständische freilasse. Dies wird zurückgewiesen. Während die Regierung einen Rückgang der Infiltrierungen von Pakistan aus um 50 Prozent verkündet,

behauptet der Chefminister von Jammu und Kaschmir, Ghulam Nabi Azad, am 5. November, die Zahl habe sich seit dem Vorjahr verdoppelt. Seit Januar haben ca. 500 Kämpfer die Kontrolllinie überschritten.

yf

Indien (Naxaliten)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Naxaliten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der ideologische Konflikt zwischen den Rebellen der Naxaliten, die in der Kommunistischen Partei Indiens – Maoisten organisiert sind, und der Regierung bleibt in hohem Maße gewalttätig. Naxalitische Aufständische greifen regelmäßig in ländlichen Gebieten Zentral- und Nordindiens Repräsentaten und Institutionen des indischen Staats an. Laufend werden Dorfbewohner entführt und getötet. Darüber hinaus dauern die Zusammenstöße zwischen Naxaliten und paramilitärischen Gruppen an. Die indische Regierung unterstützt die im Roten Korridor agierenden Paramilitärs. Am 24. März greifen die Naxaliten ein Gefängnis im Staat Orissa an und befreien 35 ihrer Unterstützer. Am 1. April bezeichnet Premierminister Manmohan Singh den maoistische Aufstand als Indiens größtes Sicherheitsproblem. Am 24. April töten die Naxaliten in Bihar den Lokalpolitiker Ashok Kumar Singh. Mitte Juli töten sie 23 weitere Menschen im Bundesstaat Chhattisgarh. Am 8. Oktober kommen mindestens 13 Paramilitärs bei einer Minenexplosion ums Leben.

cb

Indien (Sikhs)

Intensität: 2	Änderung: ▽	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Sikhs vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft, Autonomie	

Der Konflikt zwischen separatistischen Sikhs und der indischen Regierung um regionale Vorherrschaft deeskaliert. Der Kampf der indischen Behörden gegen die Organisation Babbar Khalsa International (BKI) ist teils erfolgreich. Am 20. März werden im Bundesstaat Punjab mehrere BKI-Mitglieder verhaftet sowie Waffen und Sprengstoff sichergestellt. Am selben Tag wird in der Hauptstadt Neu-Delhi Paramjeet Singh Bheora, der aktuelle Chef der BKI in Indien, nach einem Schusswechsel festgenommen.

as

Indien (Tripura)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	NLFT vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Nationalen Befreiungsfront von Tripura (NLFT) und der indischen Regierung dauert an. Im Januar 2006 unterstützt die NLFT einen

Streik, zu dem die Vereinigte Befreiungsfront von Assam (ULFA) während der Feiern zum Tag der Republik in Indien aufgerufen hat. Im Februar werden im Distrikt West Tripura drei Mitarbeiter der Gas Authority of India Ltd. von der NLFT erschossen. NLFT-Mitglieder töten im April im Distrikt Karnamuni drei Angehörige der Sicherheitskräfte und verletzen acht Zivilisten. Im Juni und Juli finden weitere Zusammenstöße zwischen der NLFT und den Sicherheitskräften statt, die mehrere Menschenleben fordern.

ds

Indien (ULFA, ATTF - Biharis, Bengalen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1981
Konfliktparteien:	ULFA, ATTF vs. Biharis, Bengalen	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen den Rebellen der Vereinten Befreiungsfront von Asom (ULFA) und der Tripura-Tigerkräfte (ATTF) einerseits und biharischen und bengalischen Zuwanderern andererseits um regionale Vorherrschaft dauert an. Am 26. Januar verkünden die ULFA und die ATTF einen Generalstreik. Im Februar kommen bei einem Aufruhr im Distrikt Tinsukia zwei Polizisten und fünf Demonstranten ums Leben. Die ULFA ruft daraufhin zu zwei weiteren Tagen Generalstreik auf. Im Mai verhaftet die Polizei in Westbengalen vier ULFA-Mitglieder. Im Juni fordern Bombenanschläge acht Todesopfer und 63 Verletzte. Im August werden bei einer von der ULFA verübten Granatenexplosion im Distrikt Dhemaji mindestens 15 Personen verletzt.

ds

Indonesien (Aceh)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	GAM vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Bewegung für ein freies Aceh (GAM) und der Regierung bezüglich des Status der Provinz Aceh deeskaliert dank eines im August 2005 unterzeichneten Friedensabkommens. Nach Beginn des Truppenabzugs und der Freilassung von GAM-Mitgliedern im Gegenzug für die Abgabe von Waffen werden im Laufe des Jahres weitere friedensfördernde Maßnahmen durchgeführt. Am 16. April kehren neun GAM-Führer nach 30 Jahren im schwedischen Exil nach Aceh zurück. Für den 11. Dezember werden Wahlen auf Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene angesetzt. Die Wahlen, die die ersten in der Provinz stattfindenden Wahlen sind, sollen vom Asian Network for Free Elections (ANFREL) und der EU-Wahlbeobachtermission (EOM) überwacht werden. Am 15. November verpflichten sich die acht Kandidaten für das Amt des Gouverneurs von Aceh auf einen friedlichen Wahlkampf. Dennoch kommt es zu sporadischen Gewaltausbrüchen. Am 23. Oktober tötet ein Polizist einen Mann, der in einem

Regierungsgebäude die indonesische Nationalflagge einholen wollte. Am 21. November wird ein Kandidat der Separatismusbewegung attackiert.

bb, yf

Indonesien (Sulawesi)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Christen vs. Muslime	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Christen und Muslimen über die regionale Vorherrschaft auf der indonesischen Insel Sulawesi dauert an. Am 29.10.05 werden drei christliche Mädchen enthauptet. Drei weitere christliche Mädchen werden am 29. November erschossen. Am 30. Dezember fordert Sprengsatz, der auf einem von Christen frequentierten Markt detoniert, mindestens sechs Todesopfer. In diesem Jahr kommen durch Bombenexplosionen am 6. und 10. September zwei Christen ums Leben. In der Folge werden vier Muslime verhaftet. Am 20. September werden drei Christen für ihre Beteiligung an der Ermordung von Muslimen zwischen 1999 und 2002 hingerichtet. Die Exekution führt zu Krawallen seitens der christlichen Gemeinschaft. Am 23. Oktober wird Berichten zufolge eine Polizeipatrouille in der Stadt Poso von einer bewaffneten Gruppe angegriffen. Ein junger Muslim kommt dabei ums Leben. Infolge des Angriffs kommt es zu gewalttätigen Unruhen. Zwei Tage darauf wird eine Kirche in Brand gesetzt und auf einem Markt sowie einem Busbahnhof detonieren Bomben.

yf

Japan - Russland (Kurilen)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	Japan vs. Russland	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen	

Der Streit zwischen Japan und Russland wegen der Inselgruppe der Kurilen eskaliert zu einem gewaltsamen Konflikt. Am 20.11.05 einigen sich der russische Präsident Wladimir Putin und der japanische Ministerpräsident Junichiro Koizumi darauf, Spannungen zwischen beiden Ländern abzubauen. Russland bietet Japan seine Unterstützung beim Bau einer Pipeline in Nordostasien an. Im August veröffentlicht Putin jedoch Pläne zum Ausbau der Infrastruktur der Hauptinsel der Kurilen bis 2012. Am 16. August tötet die russische Küstenwacht einen japanischen Fischer und nimmt drei weitere fest, die sich in das umstrittene Gebiet begeben haben. Den japanischen Fischern wird illegale Grenzüberquerung und Schmuggel vorgeworfen. Das japanische Außenministerium verurteilt den Vorfall scharf und verlangt die Freilassung der drei Besatzungsmitglieder sowie die Übergabe der Leiche. Zwei der Festgenommenen werden am 30. August freigelassen.

je

Kambodscha (FUNCINPEC, SRP)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	FUNCINPEC, SRP vs. CPP	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie, Nationale Macht	

Der Macht- und Systemkonflikt zwischen der Sam Rainsy-Partei (SRP) und der Nationalen Einheitsfront für ein neutrales, unabhängiges, pazifistisches und kooperatives Kambodscha (FUNCINPEC) einerseits und der Kambodschanischen Volkspartei (CPP) andererseits dauert an. Die CPP ist eine der Regierungsparteien. Der Konflikt intensiviert sich, als Sam Rainsy wegen Kritik an der Regierung in Abwesenheit zu 18 Monaten Haft verurteilt wird. Am 10. Februar kehrt Rainsy aufgrund seiner Begnadigung durch König Norodom Sihamon aus seinem selbst gewählten Pariser Exil zurück.

sg

Kasachstan (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Oppositionsparteien vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen den Oppositionsparteien, die für demokratische Reformen in Kasachstan eintreten, und der Regierung von Präsident Nursultan Nasarbajew wird fortgesetzt. Der Oppositionsführer Samanbek Nurkadilow wird am 12.11.05 getötet. Am 13. Februar werden außerhalb der Stadt Almaty Altynbek Sarsenbaiuly, ein weiterer Oppositionspolitiker, sein Leibwächter und sein Fahrer erschossen. Am 7. April bilden die beiden wichtigsten politischen Parteien Asar und Otan auf Initiative von Nasarbajew und seiner Tochter Dariva eine Regierungskoalition. Am selben Tag ändert Nasarbajew die Mediengesetze, um jegliche Kritik seitens der Opposition behindern zu können. In der Hauptstadt Astana findet am 11. Oktober eine Massendemonstration für das Recht auf freie Meinungsäußerung statt.

ac

Kirgisistan (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Oppositionsparteien vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Ein Jahr nachdem die Tulpenrevolution den ehemaligen Präsidenten Askar Akajew aus dem Amt gefegt hat, dauern die Spannungen zwischen den Oppositionsparteien, die demokratische Reformen verlangen, und dem neuen Präsidenten Kurmanbek Bakijew an. Im Januar tritt Parlamentspräsident Ormunbek Tekebajew zurück und schließt sich der Opposition an. Im April tritt auch Industrieminister Almasbek Atambajew zurück. In der Hauptstadt Bischkek verlangen Demonstranten von Präsident Bakijew, entweder gegen Verbrechen und Korruption vorzugehen oder sein Amt niederzulegen. Am 21. September be-

schuldigt das Parlament Bakijew, für die Festnahme des Oppositionsführers Tekebajew in Warschau, Polen, verantwortlich zu sein. Tekebajew ist dort wegen Drogenbesitzes festgenommen worden. Im November kommt es zu Massendemonstrationen, nachdem Bakijew politische Reformen abgelehnt hat. Am 6. November entlässt Bakijew Innenminister Osmo-nali Guronow, um dadurch die Lage zu beruhigen. In Bischkek ereignen sich am 7. November gewalttätige Zusammenstöße, bei denen die Polizei Demonstran-ten mit Tränengas beschießt. Am 8. November kündigen die Parlamentarier politische Reformen an, die die Machtfülle des Präsidenten einschränken sollen.

ac

Malaysia - Indonesien, Philippinen (Einwanderer)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Malaysia vs. Indonesien, Philippinen	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Malaysia und seinen Nachbarstaaten Indonesien und den Philippinen über Einwanderer, die auf der Suche nach Arbeit aus diesen Ländern nach Malaysia kommen, dauert an. Am 14. Juli kündigt der Innenminister die Einberufung von 100.000 Reservisten an, um geschätzte 500.000 illegale Migranten auszuweisen, welche etwa ein Viertel von Malaysias berufstätiger Bevölkerung darstellen. Menschenrechtsgruppen kritisieren, daß die mit der Ausweisung betrauten Kräfte mit einer Reihe von Zwischenfällen in Verbindung gebracht werden, bei denen Migranten verletzt oder getötet wurden.

tw

Myanmar (Minderheiten)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	ethnische Minderheiten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen sezessionistischen Rebellen-gruppen und der Militärjunta in Myanmar verschärft sich. Immer wieder kommt es seit November 2005 zu Kampfhandlungen. Das Militär führt weiterhin Zwangsumsiedlungen durch, um die Kontrolle über die Operationsgebiete der Rebellengruppen zu gewinnen und letztere zu isolieren. Im nördlichen Karen werden bis zu 20.000 Menschen vertrieben. Im September 2006 setzt der UN-Sicherheitsrat Myanmar auf seine Tagesordnung.

dar

Nepal (Maoisten)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	CPN-M vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei Nepals – Maoisten (CPN-M) und der Regierung um nationale Macht sowie Ideologie deeskaliert. Anfang des Jahres dauern die sporadischen gewalttätigen

Zwischenfälle zwischen der CPN-M und den Sicherheitskräften an. Die im April gebildete neue Regie-rungscoalition macht jedoch den Weg frei für einen Waffenstillstand. Am 24. April kommen die Maoisten der Aufforderung des neuen Premierministers Giri-ja Prasad Koirala nach, Blockaden von Städten auf-zuheben. Am 3. Mai tritt eine von der Regierung angebotene Waffenruhe in Kraft. Die Regierung be-ginnt am 13. Juni mit der Freilassung von Rebel-len, die nach dem Antiterrorgesetz von 1998 fest-gehalten werden. Am 16. Juni kommt es zu ersten Gesprächen zwischen Koirala und dem Führer der Maoisten Prachanda. Im Juli weist Prachanda die Mitglieder der CPN-M an, Gelderpressungen zu un-terlassen. Zusätzlich wird das parallele Gerichtssys-tem der Maoisten eingestellt. Am 8. August stimmen beide Konfliktparteien einer Überwachung ihrer Ent-waffnung seitens der UN zu. Die beiden Seiten eini-gen sich am 10. Oktober auf Wahlen zu einer ver-fassungsgebenden Versammlung bis Juni 2007 [→ Nepal (Opposition)]. Am 22. November wird das Frie-densabkommen unterzeichnet.

yf

Nepal (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Oppositionsparteien vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen den parlamentarischen Oppo-sitionsparteien, die für eine vollständige Demokrati-sierung des Landes eintreten, und der nepalesischen Regierung König Gyanendras eskaliert. Am 16. Janu-ar wird über die Hauptstadt Kathmandu eine nächtli-che Ausgangssperre verhängt, um gegen den König gerichtete Kundgebungen und Streiks zu vermeiden. Die Polizei schießt auf Demonstranten und nimmt et-liche fest, darunter auch Führer der Opposition. Am 8. Februar finden Kommunalwahlen statt, die ersten Wahlen im Land seit 1999. Nach den Wahlen wer-den die während der Proteste inhaftierten Oppo-sitionsführer freigelassen bzw. unter Hausarrest ge-stellt. Diese Maßnahme führt jedoch nicht zur Beru-higung der Demonstranten, die Anfang April vier Ta-ge während Proteste inszenieren. Vier Wochen lang ereignen sich in Kathmandu täglich Zusammenstöße zwischen den Sicherheitskräften und Tausenden von Anti-Monarchisten. Mindestens 16 Menschen werden erschossen, Dutzende verletzt und Hunderte verhaf-tet. Alle Gesprächsangebote seitens des Königs wer-den zurückgewiesen. Am 24. April setzt König Gya-nendra das vier Jahre zuvor aufgelöste Parlament wieder ein und ernennt den ehemaligen Premiermi-nister Girija Prasad Koirala von der Nepalesischen Kongresspartei erneut zum Regierungschef. Koira-la bildet eine als Volksregierung bezeichnete Koali-tion und annulliert alle von König Gyanendra seit Ok-tober 2002 vorgenommenen Ernennungen. Am 18. Mai verabschiedet das Parlament eine Magna Char-

ta, die ihm volle Gesetzgebungsgewalt und die Kontrolle über die Armee einräumt. Der König verliert sein Vetorecht und erfüllt fortan nur noch eine repräsentative Funktion. Am 10. Juni wird ein Komitee zur Untersuchung von Übergriffen, die von der vorigen Regierung an Demonstranten verübt worden sind, gebildet. Im Oktober einigt sich die Regierungskoalition mit Nepals maoistischen Rebellen auf Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung bis Mitte Juni 2007 [→ Nepal (Maoisten)].

yf

Nordkorea - Südkorea

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. Südkorea	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, System / Ideologie	

Der ideologische Konflikt zwischen Nordkorea und Südkorea besteht weiterhin. Am 17.11.05 regt Südkorea an, den Waffenstillstand von 1953 durch einen Friedensvertrag zu ersetzen. Am 2. März nehmen beide Parteien wieder Gespräche auf, um Handelsverbindungen zu verstärken. Der ehemalige südkoreanische Präsident Dae-Jung kündigt eine Reise nach Nordkorea für Juni an. Im März fliehen fünf Nordkoreaner auf der Suche nach Asyl in die südkoreanische Hauptstadt Seoul. Im April wird in Nordkorea ein Südkoreaner entführt. Nordkorea stellt am 24. Mai die Pläne für Tests einer grenzüberschreitenden Zugverbindung ein. Nach dem Bekanntwerden von nordkoreanischen Raketentests im Japanischen Meer am 4. Juli [→ Nordkorea – USA, Südkorea, Japan] stoppt Südkorea seine Nahrungs- und Düngermittellieferungen nach Nordkorea. Daraufhin bricht Nordkorea Familienzusammenführungen und bilaterale Gespräche ab. Am 1. August kommt es zu einem Schusswechsel zwischen Grenzsoldaten, vermutlich nachdem zwei nordkoreanische Soldaten die entmilitarisierte Zone betreten haben. Am 20. August beschließt das Parlament in Seoul aufgrund von schweren Regenfällen, die zu einer humanitären Katastrophe führen könnten, die Wiederaufnahme von Nahrungsmittellieferungen. Am 7. Oktober feuern südkoreanische Soldaten 40 Warnschüsse ab, als nordkoreanische Soldaten versuchen, die entmilitarisierte Zone zu betreten.

je

Nordkorea - USA, Südkorea, Japan

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. USA, Südkorea, Japan	
Konfliktgegenstand:	internationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen Nordkorea auf der einen und den USA, Südkorea sowie Japan auf der anderen Seite um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm dauert an. Am 24.12.05 beginnen die USA und Japan ein gemeinsames Raketenprogramm. Am 9. März feuert Nordkorea zwei Kurzstreckentestraketen ins Japanische Meer. Die IAEA beklagt am 13. Juni Nord-

koreas Weigerung, Informationen über sein Atomprogramm preiszugeben. Am 6. Juni verlegen die USA einen Flugzeugträger ins Japanische Meer und kündigen die Stationierung von Abfangraketen in Japan. Nordkorea testet am 4. Juli sechs Langstreckenraketen. In der Folge erlässt der UN-Sicherheitsrat am 15. Juli eine Resolution zum Verbot des Imports und Exports raketentauglichen Materials nach Nordkorea. Am 19. September gibt der südkoreanische Außenminister zu bedenken, dass die jüngsten Sanktionen von Nordkoreas als Provokationen interpretiert werden könnten. Nordkorea gibt am 3. Oktober seine Pläne zur Durchführung von Atomwaffentests bekannt. Ein unterirdischer Atomtest wird am 9. Oktober ausgeführt. Am 16. Oktober verabschiedet der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1718 über finanzielle und waffentechnische Sanktionen gegenüber Nordkorea. Zugleich entfacht der Atomtest in Japan die Debatte über die Schaffung eines eigenen Atomprogramms. Am 22. Oktober kündigt Nordkorea an, für den Fall der Aufhebung wirtschaftlicher Sanktionen weitere Atomwaffentests zu unterlassen.

je

Osttimor (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Zwischen der Regierung und der Opposition, die hauptsächlich aus entlassenen Militärangehörigen besteht, bricht ein Systemkonflikt aus. Im März entlässt Ministerpräsident Mari Alkatiri mit 600 Soldaten nahezu die halbe Armee Osttimors, nachdem sie gegen die Diskriminierung von Soldaten aus dem Westen des Landes protestiert haben. Am 24. April tötet die Polizei während eines Protestmarschs entlassener Soldaten in der Hauptstadt Dili zwei Demonstranten. In der Folge weiten sich die Demonstrationen gegen Alkatiri über das ganze Land aus, begleitet von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den Sicherheitskräften. Der Außen- und Verteidigungsminister Ramos Horta bittet um Unterstützung durch ausländische Truppen. Am 25. Mai entsenden Australien, Neuseeland, Malaysia und Portugal 2.400 Soldaten. Am 7. Juni trifft Horta sich mit einer Delegation der aufständischen Soldaten. Zehn Tage später übergeben jene den ausländischen Friedenstruppen eine geringe Menge an Waffen. Alkatiri tritt am 26. Juni zurück. Am 8. August wird Horta übergangsweise zum Regierungschef ernannt und es werden Wahlen für Mai 2007 angesetzt. Mitte August legt ein Teil der kürzlich entlassenen Soldaten die Waffen nieder. Am 26. August ruft der UN-Sicherheitsrat die UN-Mission UNMIT mit einem Mandat von zunächst sechs Monaten ins Leben. Die Anwesenheit ausländischer Truppen und der UN führt jedoch nicht zum Ende der gewalttätigen Unruhen im

Land. Mindestens 25 Menschen kommen in den Krawallen ums Leben.

yf, di

Pakistan (Belutschen)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	paschtunische Milli-Awami-Partei, BLA, belutschische Stämme vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, System / Ideologie, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der pakistanischen Zentralregierung einerseits und den Stammeskämpfern der Belutschen (Bugti, Marri und Mengal) sowie den Aufständischen der Befreiungsarmee Belutschistans (BLA) andererseits verschärft sich. Dieser Konflikt in der südwestlichen Provinz Belutschistan wird bereits seit 1998 geführt. Die Stämme der Belutschen verlangen eine größere Autonomie, einen Wechsel im politischen System sowie Zugang zu Bodenschätzen, insbesondere Erdgas. Im Dezember 2005 führt die pakistanische Armee eine Großoffensive gegen Lager mutmaßlicher aufständischer Belutschen durch. Die Belutschen reagieren darauf mit vermehrten Angriffen auf Armeeeinrichtungen, Sabotageakten gegen Pipelines, Bombenanschlägen sowie Anschlägen auf Armeeingehörige. Am 9. April erklärt die Regierung die BLA zur terroristischen Organisation und verbietet sie. Zudem erhöht sie ihre Truppenpräsenz von 80.000 auf 123.000. Am 13. Juli wird die BLA auch von der britischen Regierung als terroristische Organisation eingestuft. Die gewaltsame Auseinandersetzung erreicht am 26. August einen vorläufigen Höhepunkt, als Nawab Akbar Khan Bugti, der Anführer des Bugti-Stammes und einer der einflussreichsten politischen Akteure der Provinz, bei einer Militäroperation getötet wird. Sein Tod ruft überall in Belutschistan Boykotte, Demonstrationen, Krawalle und Streiks hervor. Die Sicherheitskräfte verhaften Hunderte Protestierer. Aufgrund der fortgesetzten Militäroperation kapitulieren zahlreiche Marri-Kommandeure samt Truppen. Berichten zufolge kommen mindestens 400 Menschen ums Leben.

tow

Pakistan (Sunniten - Schiiten)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	militante Sunniten vs. militante Schiiten	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der ideologische Konflikt zwischen militanten sunnitischen und schiitischen Gruppen in Pakistan wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Mindestens 140 Menschen fallen der Gewalt zwischen den Religionsgruppen auf beiden Seiten zum Opfer. Am 11. April kommen bei einem Selbstmordanschlag auf eine religiöse Feierlichkeit in Karachi 57 Sunniten ums Leben. Bei Kämpfen zwischen militanten Sunniten und Schiiten

sterben im Stammesgebiet Orakzai Anfang Oktober 23 Menschen.

sdi

Pakistan (Waziristan)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	wazirische Stämme vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Stämmen und der pakistanischen Regierung in der Region Waziristan besteht weiterhin. In Nord- und Süd-Waziristan, die zur halbautonomen Provinz der Stammesgebiete unter Bundesverwaltung (FATA) im Nordwesten des Landes gehören, kommt es wöchentlich zu schweren Zusammenstößen zwischen lokalen Stammesmilizen und der pakistanischen Armee. Die Mehrzahl der Stämme paschtunischer Herkunft lehnt die Präsenz der von den USA unterstützten Truppen der Zentralregierung ab. Pakistan beschuldigt die Stämme Waziristans, Kämpfer der al-Qaida und der Taliban aus dem benachbarten Afghanistan zu unterstützen. Im Laufe des Jahres verüben die Aufständischen andauernd Raketenangriffe auf Armeekasernen und Kontrollpunkte. Ferner werden Bombenanschläge auf Straßen verübt und mutmaßliche Regierungsspione ermordet. Im März 2006 erreicht die Intensität der Kämpfe mit dem Angriff auf den Flugplatz Nord-Waziristans und Telefoneinrichtungen ihren Höhepunkt. Am 12. April explodiert in der Stadt Bannu eine Bombe auf einem Marktplatz. Zwei Tage später erfolgt eine weitere Bombenexplosion in Ghulam Khan und am 25. April eine in der Stadt Mirali. Am 5. September wird ein Waffenstillstand vereinbart, demzufolge ein Teil der pakistanischen Truppen aus der Region abgezogen werden soll. Die Vereinbarung führt jedoch zu keiner Deeskalation des Konflikts und die Kampfhandlungen dauern weiter an. Im Beobachtungszeitraum kommen mindestens 500 Menschen ums Leben, sowohl Aufständische wie Sicherheitskräfte und Zivilisten.

sd

Pakistan - Indien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Pakistan vs. Indien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir und internationale Macht dauert an. Der gemeinsame Dialog, der 2004 initiiert und nach dem Erbeben in Pakistan im Oktober 2005 verstärkt worden ist, wird weitergeführt. Am 18. Januar verständigen sich beide Länder darauf, keine weiteren Verteidigungsposten entlang der Kontrolllinie einzurichten. Außerhalb Kaschmirs werden Verkehrsverbindungen entlang der indisch-pakistanischen Grenze geöffnet. Am 20. Januar wird die erste Buslinie durch den geteilten Punjab in Betrieb genommen. Nach über 40 Jahren werden zwei Bahnlinien zwischen dem indi-

schen Rajasthan und der südpakistanischen Provinz Sindh im Februar wiedereröffnet. Am 3. März protestiert die indische Regierung gegen den Basha-Damm, den Pakistan in Kaschmir bauen möchte. Der sozio-ökonomische Ansatz wird von Machtdemonstrationen begleitet, so testet Pakistan etwa zwischen März und April eine Cruise Missile und eine Boden-Boden-Rakete. Am 5. Mai werden Gütertransporte über die Kontrolllinie erlaubt. Am 23. Mai endet die zehnte Verhandlungsrunde zwischen Indien und Pakistan über Truppenabzüge vom Siachen-Gletscher ergebnislos. Andererseits beginnen zwei Tage darauf Gespräche über ein weiteres umstrittenes Gebiet außerhalb Kaschmirs, den Sir Creek, einen schmalen Streifen Sumpfland. Am 6. Juni wird eine weitere die Kontrolllinie überquerende Buslinie in Betrieb genommen. Am 7. Juli testet Indien erfolglos eine Boden-Boden-Rakete. Die Explosionen von Mumbai am 11. Juli wirken sich auf die bilateralen Beziehungen nachteilig aus, da die pakistanischen Geheimdienste bezichtigt werden, die aufständische Gruppe Laschkar-e-Toiba, die mutmaßlichen Urheber des Attentats, zu unterstützen [→ Indien (Kaschmir)]. Indien setzt daraufhin weitere Friedensgespräche aus. Pakistans Präsident Pervez Musharraf und der indische Premierminister Manmohan Singh treffen sich erst im September. Am 11. November schließt Indien jeglichen Kompromiss bezüglich des Siachen-Gletschers aus. Am 15. November beleben neue Gespräche die bilateralen Beziehungen von Neuem. Indien und Pakistan einigen sich darauf, im Kampf gegen den Terrorismus miteinander Geheimdienstinformationen zu teilen. Eine neue Hotline zwischen der pakistanischen Schifffahrtsbehörde und der indischen Küstenwache wird eingeführt. Zusätzlich läuft ein Abkommen zur Verringerung des Risikos von durch Atomwaffen verursachten Unfälle an und beide Seiten loben die Umsetzung eines Abkommens über die Vorankündigung von Flugtests von Raketengeschossen. Mitte November führen beide Seiten erneut Raketentests durch.

yf

Philippinen (Abu Sayyaf)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Abu Sayyaf vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der der al-Kaida nahestehenden islamistischen Gruppierung Abu Sayyaf und der Regierung dauert auf dem Niveau einer schweren Krise an. Abu Sayyaf kämpft für einen unabhängigen islamischen Staat im Westen Mindanaos und den südlichen Sulu-Inseln. Am 11. April kommen bei einem Gefecht in Zamboanga City zwei Mitglieder von Abu Sayyaf ums Leben; vier weitere werden verhaftet. Am 21./22. Mai führt Abu Sayyaf in Sulu mehrere Angriffe durch, in denen vier Marinesoldaten getötet werden. Ende Mai beginnt die Armeedivision des südlichen Befehlsbereichs mit der Aufteilung

in zwei neue Befehlsbereiche, einem für den Osten und einem für den Westen Mindanaos. In der Aufteilung mit inbegriffen ist eine höhere Truppenstärke insbesondere für den westlichen Befehlsbereich, der sich auf Abu Sayyaf und andere bewaffnete Gruppen konzentrieren soll. Anfang September kommen während mehrere Tage andauernder Kämpfe auf Jolo über 80 Mitglieder von Abu Sayyaf ums Leben. In Patikul sterben bei Zusammenstößen mit den Rebellen sechs Soldaten. Am 8. Oktober gewinnen die Kämpfe in den Bergen der Insel Jolo an Intensität. Sechs Soldaten werden verwundet und eine unbekannte Zahl von Abu Sayyaf-Kämpfern kommt ums Leben. Bei einem Hinterhalt durch Abu Sayyaf in der Inselprovinz Sulu werden am 4. November drei Personen getötet, darunter ein Soldat und ein Aufständischer. Mitte November sterben bei Kämpfen auf Jolo mindestens vier Soldaten und 19 Abu Sayyaf-Mitglieder sowie Dutzende andere werden verletzt.

sus

Philippinen (MILF)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1977
Konfliktparteien:	MILF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Islamischen Befreiungsfront der Moro (MILF) und der Regierung um Sezession sowie System und Ideologie wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Am 25. Januar brechen in Maguindanao Schießereien zwischen Teilen der MILF-Basiskommandos und der paramilitärischen Zivilen Freiwilligenorganisation (CVO) sowie der örtlichen Einheiten der bewaffneten Bürgerkräfte (CAF-GU) aus. In der Folge werden Soldaten der philippinischen Streitkräfte in die Region verlegt, die selbst in die Kämpfe verstrickt werden. Die bewaffneten Auseinandersetzungen führen zur Evakuierung von fast 32.000 Zivilisten. Im Laufe der drei Vorjahre hat sich die Mehrzahl der Waffenstillstandsverletzungen zwischen den MILF-Basiskommandos einerseits und der CAFGU und CVO andererseits auf Clanfehden zurückführen lassen bzw. ist mit diesen verknüpft gewesen. Am 18. Mai erklärt die Regierung einseitig für Jolo einen siebentägigen Waffenstillstand, um einen Besuch seitens der Organisation Islamische Konferenz (OIC) zu ermöglichen [→ Philippinen (MNLF)]. Am 28. Juni und den darauffolgenden Tagen töten MILF-Kämpfer bei Zusammenstößen in Maguindanao mindestens 20 Mitglieder von der Armee gestützter Milizen und verletzen ca. zwei Dutzend Menschen. Dabei kommt ein MILF-Kämpfer ums Leben und zehn werden verwundet. Über 3.000 Einwohner flüchten sich in Evakuierungszentren. Die im Februar aufgenommenen Friedensverhandlungen zwischen der MILF und der Regierung bezüglich angestammter Gebiete kommen zum Stillstand, als die MILF die Unabhängigkeitsfrage aufwirft, was von der Regierung abgelehnt wird. Im Februar und Juli sprechen sich

Vertreter der Indigenen Völker von Mindanao gegen die Aufnahme ihres angestammten Gebiets in das von der MILF proklamierte Bangsamoro-Heimatland aus.

SUS

Philippinen (NPA, CPP)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien:	NPA, CPP vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Konflikt um System und Ideologie zwischen der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und ihres militärischen Flügels, der Neuen Volksarmee (NPA), und der Regierung wird weiterhin gewalt-sam ausgetragen. Am 21.12.05 erschießt die NPA während eines Angriffs vier Soldaten und verletzt eine Frau. Ende Mai beginnt die Armeedivision des südlichen Befehlsbereichs mit der Aufteilung in zwei neue Befehlsbereiche, einem für den Osten und einem für den Westen Mindanaos. In der Aufteilung mit inbegriffen ist eine höhere Truppenstärke insbesondere für den östlichen Befehlsbereich, der sich auf den Krieg gegen die NPA konzentrieren soll. Am 25. Juli nehmen knapp 100 NPA-Rebellen rund 50 Zivilisten als Geiseln, die sie an einem Kontrollpunkt in Agusan del Sur in ihre Gewalt gebracht haben. Zeitgleich werden fünf Menschen bei der Explosion zweier Landminen, die ein öffentliches Fahrzeug treffen, verletzt. Die Landminen werden von NPA-Rebellen, die mutmaßlich die Besitzer öffentlicher Fahrzeuge zur Zahlung von Revolutionssteuern erpressen wollten, angeblich als Vergeltung für die Nichterfüllung ihrer Forderungen, gezündet.

SUS

Salomonen (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen, Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht zwischen verschiedenen politischen Fraktionen, die einander bei der Kontrolle über die Regierungsmacht abwechseln, eskaliert. Nach den Parlamentswahlen auf den Salomonen am 5. April wird Snyder Rini zum neuen Premierminister gewählt. Die Anhänger seines Rivalen Job Dudley Tausinga beginnen daraufhin mit gewalttätigen Protesten, die sich vom 19. bis 21. April zu Ausschreitungen ausweiten, von denen insbesondere das chinesische Viertel der salomonischen Hauptstadt Honiara betroffen ist. Im Gefolge der Ausschreitungen werden auch einige Parlamentsmitglieder verhaftet. Australien erhöht seine Militärpräsenz auf den Salomonen auf ca. 560 Soldaten. Nachdem der geschäftsführende Premierminister zurücktritt, wird am 4. Mai Manasseh Sogovare sein Nachfolger im Amt. Der neue Premierminister verweist

am 12. September den australischen Hochkommissar des Landes, wogegen Australien scharf protestiert.

ct

Singapur (Jemaah Islamiyah)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Jemaah Islamiyah vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie / System	

Singapur kann einen wichtigen Erfolg im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbuchen. Ein mutmaßlicher militanter Führer wird von Indonesien nach Singapur ausgeliefert. Singapur wartet bereits seit einiger Zeit auf die Gelegenheit, Mas Selamat Kastari zu verschiedenen Anklagen wegen Terrorismus zu verhören. Kastari wird vorgeworfen, der Anführer des Arms der militanten Gruppe Jemaah Islamiyah (JI) in Singapur zu sein.

sg

Sri Lanka (LTTE)

Intensität: 5	Änderung: ↑	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	LTTE vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) und der Regierung hat seit der Wahl von Mahinda Rajapakse zum neuen Präsidenten im November 2005 an Intensität zugenommen. Trotz mehrerer Friedensgespräche in Genf kommt es zu keiner Deeskalation. Im Gegenteil verschlechtert sich die Situation und es kommt zum erneuten Ausbruch des Bürgerkriegs. Systematische Angriffe und Anschläge ereignen sich in den nördlichen und östlichen Teilen der Insel sowie in der Hauptstadt Colombo; zudem breiten sich die Angriffe zum ersten Mal seit der Waffenruhe von 2002 wieder auf andere Landesteile aus. Dies führt Mitte Juni ein Angriff der LTTE auf einen Bus in Anuradhapura vor Augen, ebenso wie Mitte Oktober ein Angriff auf einen Marinestützpunkt im Fremdenverkehrs-ort Galle. Dabei kommen 64 Zivilisten ums Leben. Die Regierung fliegt wiederholt schwere Luftangriffe auf LTTE-Gebiet. Im Juli und August startet sie zudem eine Bodenoffensive, um den von den Rebellen versperrten Weg zu einem lebenswichtigen Wasserreservoir nahe der östlichen Hafenstadt Trincomalee freizumachen. Die nahegelegene strategisch wichtige Stadt Sampur wird von Regierungstruppen eingenommen. Dies stellt den ersten Gebietsverlust für die LTTE seit der Waffenruhe von 2002 dar. Auch in Jaffna kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. An einem einzigen Tag Mitte Oktober verlieren über 130 Soldaten und bis zu 200 LTTE-Kader ihr Leben. Die Zivilbevölkerung wird von den schweren Kämpfen um Trincomalee und Jaffna stark in Mitleidenschaft gezogen. Über 200.000 Zivilisten fliehen und 200 kommen ums Leben. Mitte Oktober fordert ein Selbstmordattentat auf einen Marine-Buskonvoi

ungefähr 100 Todesopfer, weitere 100 Soldaten werden verletzt. Sowohl die EU als auch Kanada setzen die LTTE auf ihre Liste terroristischer Vereinigungen. Dies hat beispielsweise für die Arbeit der internationalen Sri Lankan Monitoring Mission (SLMM) weitreichende Konsequenzen. Die SLMM, die die Waffenruhe von 2002 überwacht, muss vorübergehend ihre Mitarbeiter aus den nördlichen und östlichen Teilen der Insel abziehen. Seit Jahresbeginn sind dem Konflikt mindestens 1.100 Zivilisten zum Opfer gefallen und weit über 2.000 Kämpfer ums Leben gekommen. Zudem sind Hunderttausende vertrieben worden.

ps

Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	LTTE-Ost vs. LTTE	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft zwischen den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) und der Splittergruppe LTTE-Ost, auch als Karuna-Fraktion bekannt, eskaliert. Anfang 2006 ereignen sich nur ein paar vereinzelte gezielte Anschläge und Angriffe. Der schwerste Angriff, bei dem 17 Kämpfer sterben, findet Ende April statt. Im Laufe des Jahres nimmt die Gewalt beständig zu. Zwischenzeitlich kooperieren die LTTE-Ost und die Regierung Sri Lankas und unterstützen einander gegen die LTTE. Dies wird in der dritten Juliwoche beim Ausbruch offener Kämpfe im „Wasserkrieg“ in der Region Trincomalee im Osten Sri Lankas besonders deutlich [→ Sri Lanka (LTTE)]. Hier kämpfen paramilitärische und militärische Einheiten der Regierung und der LTTE-Ost Seite an Seite gegen die LTTE. Auf beiden Seiten kommt es zu schweren Verlusten. Aus der östlichen Inselhälfte wird mehrmals von Entführungen und Ermordungen junger Leute berichtet. Die UN beschuldigt beide Konfliktparteien, Kinder zu rekrutieren.

ps

Tadschikistan (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Oppositionsparteien vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Systemkonflikt um demokratische Reformen zwischen den Oppositionsparteien und der Regierung von Präsident Emomali Rachmonow dauert an. Es ereignen sich mehrere Angriffe auf Regierungsbeamte und Grenzeinrichtungen. Daraufhin ergreift die Polizei Maßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder vermeintlicher terroristischer Vereinigungen. Im Vorfeld der am 6. November stattfindenden Präsidentschaftswahlen, bei denen der Amtsinhaber Rachmonow siegt, findet eine verstärkte Zensur von Medien statt. Im Juni werden neue Mediengesetze geplant, die es zum Ziel haben, die Bedingungen für die Zulassung von nichtstaatlichen und ausländischen Medien

zu verschärfen. Vor der Wahl gibt es verstärkte Repressionsmaßnahmen gegen kritische Medien. Oppositionsmitglieder werden vor Gericht als angebliche Terroristen zu langen Haftstrafen verurteilt. Laut dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Rachmatullo Soirov sind an die 1.000 Menschen aufgrund ihrer politischen Ausrichtung verhaftet worden.

df

Thailand (Putschisten)

Intensität: 2	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Putschisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die thailändische Regierung unter Premierminister Thaksin Shinawatra wird durch einen Putsch gestürzt. Am 19. September nutzt General Sonthi Boonyaratglin die Abwesenheit des Premierministers, der sich gerade bei der UN in New York aufhält, um die Macht in Thailand an sich zu reißen. Der Staatsstreich folgt auf mehrere Monate von Massendemonstrationen, bei denen Premierminister Thaksin der Korruption bezichtigt und sein Rücktritt gefordert wird. Im Februar löst Thaksin das Parlament auf und kündigt für April Wahlen an. Thaksins politische Partei Thai Sek erringt 57 Prozent der Stimmen. Allerdings geben Millionen von Thailändern Proteststimmen ab, und die wichtigsten Oppositionsparteien verweigern die Teilnahme. Das Oberste Gericht erklärt das Ergebnis für ungültig; für Oktober werden Neuwahlen angekündigt. König Bhumibol Adulyadej unterstützt den Staatsstreich. Es wird das Kriegsrecht verhängt und das Militär übernimmt die gesetzgebende Gewalt. Trotz Kriegsrecht kommt es in der Hauptstadt Bangkok zu Demonstrationen gegen den Putsch. Am 1. Oktober wird General a.D. Surayud Chulanont zum Übergangspräsident ernannt. Im selben Monat wird eine provisorische Verfassung ausgearbeitet, die es den Anführern des Staatsstreichs, die sich Rat für Nationale Sicherheit (CNS) nennen, erlaubt, den Premierminister zu entlassen und auf die die neue Verfassung ausarbeitende Kommission Einfluss auszuüben. Für 2007 werden Wahlen angekündigt. Am 28. November mildert die Übergangsregierung das Kriegsrecht ab.

yf

Thailand (südliche Grenzprovinzen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1784
Konfliktparteien:	muslimische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen muslimischen Separatisten und der Regierung bezüglich der Sezession der südlichen Grenzprovinzen Songkhla, Yala, Pattani and Narathiwat eskaliert. Moslemseparatisten greifen mehrere Male mit Bomben und Feuerwaffen Personen und Organisationen an, die den überwiegend buddhistischen thailändischen Staat repräsentieren. Dabei

kommen mindestens 700 Menschen ums Leben. Am 17. Januar wird das 2005 eingeführte Notstandsgesetz verlängert, was jedoch nicht zu einer Deeskalation führt. Nach dem von Bhumibol Adulyadej gebilligten Militärputsch General Sonthi Boonyaratgins am 19. September wird eine neue Vorgehensweise in dem gewalttätigen Konflikt umgesetzt [→ Thailand (Putschisten)]. Am 1. Oktober wird Sarayud Chulanont zum neuen Premierminister ernannt. Er versucht, mit den Separatisten zu verhandeln, während er zugleich die Unterstützung des Nachbarstaats Malaysia sucht. Am 5. Oktober kündigen die militärischen Machthaber Gespräche mit den Separatisten an, die dennoch ihre Anschläge fortsetzen. Am 17. Oktober werden zwei Regierungsbeamte erschossen. Am 22. Oktober werden bei einer per Mobiltelefon ausgelösten Bombenexplosion ein Soldat getötet und mehrere andere Menschen verletzt. Am 4. November werden drei Schulen niedergebrannt. Premierminister Sarayud besucht am 16. November die Region und ruft zum Frieden auf. Am darauffolgenden Tag kommt es zu drei Bombenanschlägen, bei denen ein Mensch ums Leben kommt und über 60 verletzt werden.

ml

Tonga (Demokratisierung)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1970
Konfliktparteien:	HRDM vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/ System, Nationale Macht	

Die Bewegung für Menschenrechte und Demokratie (HRDM) fordert seit 2001 eine Demokratisierung des Königreichs Tonga, das vor allem vom Königshaus und der Aristokratie beherrscht wird. Die Sicherheitslage hat sich durch den Antagonismus zwischen der HRDM und den Eliten stetig weiter angespannt. Als Konsequenz von Protesten 2005 wird am 13.02.06 erstmals ein Bürgerlicher zum Premierminister Tongas gewählt. Das Land ist in den Wochen vor und nach dem Tod König Taufa'ahau Tupou IV. am 11. September politisch paralytisch. Die Spannungen ent-

laden sich am 16. November in Krawallen, bei denen mindestens acht Personen ums Leben kommen und Teile der Hauptstadt Nuku'alofa zerstört werden. Die Regierung kündigt daraufhin demokratische Parlamentswahlen für 2008 an. Australien und Neuseeland entsenden zur Stabilisierung der Lage insgesamt 150 Soldaten nach Tonga.

ct

Usbekistan (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie, nationale Macht	

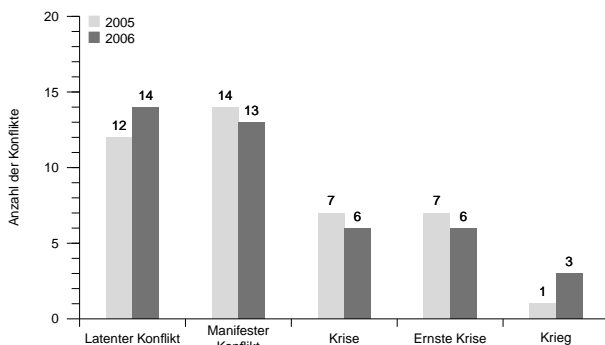
Der Systemkonflikt zwischen Oppositionsparteien und der Regierung des Präsidenten Islam Abduganiewitsch Karimow um demokratische Reformen verliert an Brisanz. Nachdem im Vorjahr in Andijan im Ferganatal bei einem Massaker an die 500 Staatsbürger ums Leben gekommen und über 1.000 nach Osch in Kirgisistan geflohen sind, dauern der Druck auf die Oppositionsbewegung und Menschenrechtsverletzungen weiter an. Viele der Geflohenen ersuchen 2006 um den Status als Flüchtling. Am 23. Januar verlangt die oppositionelle Sonnenscheinkoalition einen öffentlichen Prozess für ihren verhafteten Anführer Sandschar Umarow. Zwei Monate darauf werden Umarow, die Koordinatorin der Koalition Nodira Chidodatowa und die Menschenrechtsaktivistin Muchtabar Todschiabajewa zu 10 Jahren Haft verurteilt. Im Februar schließt sich die Schweiz den von der EU eingesetzten Sanktionen an. Am 03.10.05 hat die EU beschlossen, Hilfsmaßnahmen zu reduzieren, ein Kooperationsabkommen auszusetzen und über Usbekistan ein Waffenembargo zu verhängen. Die Sanktionen werden am 13. November mit der Verlängerung des Waffenembargos und dem Reiseverbot für usbekische Spitzenbeamte erneuert. Dennoch setzen sich einige EU-Länder, darunter Deutschland, für eine Lockerung der Sanktionen und mehr Dialog ein.

df

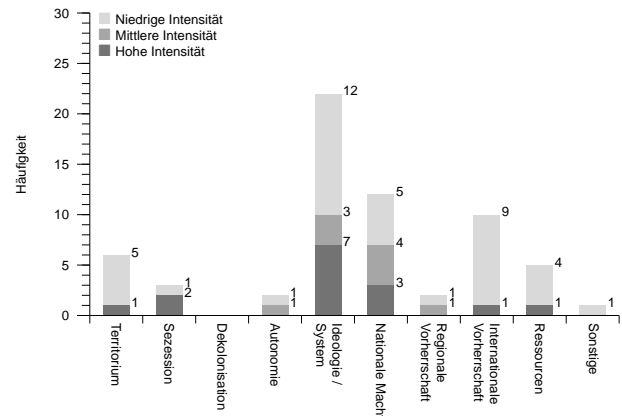
Vorderer und Mittlerer Orient

Die Region mit den meisten Kriegen ist im Jahr 2006 der Vordere und Mittlere Orient (VMO). Drei der sechs Konflikte höchster Intensität werden in dieser Region ausgefochten. Ein Konflikt im Irak (Aufständische vs. Regierung) ist bereits 2005 als Krieg erachtet worden. Die Gewalt und Kampfoperationen nahmen 2006 weiter zu. Hinzu kommt die Eskalation des Konflikts in Afghanistan (Taliban vs. Regierung) zu einem Krieg, was auf ein Aufflammen der Gewalt und eine Ausweitung von Militäraktionen hauptsächlich im Süden des Landes zurückzuführen ist. Der zweite neue Krieg wird von Israel gegen die Hisbollah im Südlibanon (Hisbollah vs. israelische Regierung) ausgetragen. Obwohl die Anzahl der Auseinandersetzungen auf der hochgewaltsamen Intensitätsstufe einer ernstesten Krise um eine auf insgesamt sechs zurückgegangen ist, eskaliert der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon um zwei Intensitätsstufen zu einer ernstesten Krise. Dies ist das Ergebnis des israelischen Kriegs gegen die Hisbollah. Zudem eskaliert auch der Konflikt zwischen der Gruppierung des radikalen schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr und der Regierung im Irak zu einer ernstesten Krise. Vier weitere Konflikte verbleiben auf dieser hohen Intensitätsstufe: Algerien (islamistische Gruppen), Israel (Palästinenser), Jemen (Bewegung Gläubige Jugend) und Türkei (Kurden). Der Konflikt zwischen der mit al-Qaida verbundenen al-Sarkawi-Gruppe und der Regierung im Irak, der 2005 als ernste Krise ausgetragen worden ist, deeskaliert zu einer Krise. Die Gesamtzahl an Krisen, die sich durch den vereinzelt Einsatz von Gewalt durch zumindest eine der Konfliktparteien auszeichnen, ist von acht auf sechs zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der insgesamt 42 Konflikte im VMO werden nichtgewaltsam ausgetragen, davon sind 13 manifeste und 14 latente Konflikte. Der Großteil der Konflikte auf der untersten Intensitätsstufe sind zwischenstaatliche Dispute dar. Interessanterweise sind die Hälfte der Konflikte in der Region zwischenstaatlich, da der dritthäufigste Gegenstand internationale Macht ist. In keiner anderen Region werden so viele Konflikte um internationale Macht ausgetragen. Wie 2005 haben die meisten Konflikte die Ausrichtung des politischen Systems bzw. Ideologie zum Gegenstand, gefolgt von nationaler Macht als dem zweithäufigsten Streitgegenstand. Die Gesamtzahl der Konflikte im VMO ist leicht von 41 auf 42 angestiegen. Obwohl die Region nicht diejenige mit der höchsten Anzahl an Konflikten ist, hat sie die höchste Quote hochgewaltsamer Konflikte pro Land. Mehr als die Hälfte der Konflikte, nämlich 22, sind innerstaatlich. Insgesamt verbleiben 30 von 42 Konflikte auf derselben Intensitätsstufe. Obwohl sechs Konflikte deeskaliert und sechs weitere eskaliert sind, ist die Region des VMO gewaltsamer als 2005. Mit zwei neuen Kriegen neben dem bereits existierenden Krieg und drei Eskalationen zu gewaltsamen und hochgewaltsamen Konflikten ist die Situation sehr fragil.

Konfliktintensitäten im Vorderen und Mittleren Orient 2006 im Vergleich zu 2005



Häufigkeiten von Konfliktgegenständen im Vorderen und Mittleren Orient nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Vorderer und Mittlerer Orient 2006

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Afghanistan (Taliban)	Taliban vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	1994	↗	5
Ägypten (islamistische Gruppen)	islamistische Gruppen vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	1992	•	3
Ägypten - Sudan*	Ägypten vs. Sudan	Territorium, Ressourcen, System / Ideologie	1958	•	1
Algerien (Berber)*	Berber vs. Regierung	Autonomie, System / Ideologie	1963	↘	1
Algerien (Islamistische Gruppen)	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	1919	•	4

Name des Konflikts ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bahrain (schiitische Opposition)	verschiedene schiitische Gruppen vs. Regierung	Nationale Macht	1919	•	2
Irak (Aufständische)	Aufständische vs. Regierung	Nationale Macht, Sytem / Ideologie	2004	•	5
Irak (PUK - DPK)*	PUK vs. DPK	Regionale Vorherrschaft, System / Ideologie	1979	•	1
Irak (al-Sadr-Gruppe)	al-Sadr-Gruppe vs. Regierung	System / Ideologie	2004	↗	4
Irak (al-Sarkawi-Gruppe)	al-Sarkawi-Gruppe vs. Regierung	Nationale Macht, System / Ideologie	2003	↘	3
Irak - Iran	Irak vs. Iran	Internationale Macht	1969	•	2
Irak - Israel*	Irak vs. Israel	System / Ideologie, Internationale Macht	1948	•	1
Irak - Kuwait*	Irak vs. Kuwait	Territorium, Ressourcen	1961	•	1
Irak - Syrien*	Irak vs. Syrien	System / Ideologie	2003	↘	1
Iran (Kurden)	DPK, PJAK vs. Regierung	Autonomie	1979	↑	3
Iran (Reformer - Konservative)*	iranische Konservative vs. iranische Reformer	Nationale Macht, Ideologie / System	1993	•	2
Iran (Volksmudschahedin)*	Volksmudschahedin vs. Regierung	nationale Macht, System / Ideologie	1965	•	1
Iran - USA	Iran vs. USA	Internationale Macht, System / Ideologie	1979	•	2
Iran - VAE*	Iran vs. VAE	Territorium	1970	•	1
Israel (Fatah - Hamas)	Fatah vs. Hamas	Regionale Vorherrschaft	1994	•	3
Israel (Hisbollah)	Hisbollah vs. Regierung	System / Ideologie	1982	↗	5
Israel (Palästinenser)	Islamischer Dschihad, Hamas, al-Aksa-Brigaden, al-Fatah, PNA vs. Regierung	Sezession, System / Ideologie, Ressourcen	1920	•	4
Israel - Jordanien (Westbank)*	Israel vs. Jordanien	Territorium	1967	•	1
Israel - Libanon (Internationale Macht)	Israel vs. Libanon	Territorium, Internationale Macht	1967	↑	4
Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher)	Bewegung Gläubiger Jugendlicher vs. Regierung	System / Ideologie	2004	•	4
Jemen (Islamischer Jihad)*	Islamischer Jihad, Armee von Aden-Abyan vs. Regierung	Nationale Macht	1994	•	1
Jordanien (militante Gruppe)	militante Gruppe vs. Regierung	System / Ideologie	2006	NEU	2
Jordanien - Israel (Wasser)*	Jordanien vs. Israel	Ressourcen	1945	•	1
Libanon (religiöse Gruppen)	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	Nationale Macht	1975	•	3
Libanon - Israel (Wasser)*	Libanon vs. Israel	Ressourcen	2001	•	1
Libyen - USA*	Libyen vs. USA	Internationale Macht, System / Ideologie	1964	•	2
Marokko (Westsahara)	POLISARIO-Front vs. Regierung	Sezession	1975	↘	2
Mauretanien (Putschisten)	Taya, Taya-Loyalisten vs. Regierung	Nationale Macht	2003	↘	2
Saudi Arabien (Islamisten)	Islamisten vs. Regierung	Nationale Macht, Ideologie / System	1990	•	3
Saudi Arabien (Reformer)*	Reformer, Bewegung für Islamische Reform in Saudi Arabien vs. Regierung	System / Ideologie	2001	↘	1
Syrien - Israel*	Syrien vs. Israel	Territorium, Sonstige	1967	•	2
Syrien - Libanon	Syrien vs. Libanon	Internationale Macht	1976	•	2
Syrien - USA	Syrien vs. USA	Internationale Macht, System / Ideologie	2003	•	2
Türkei (Kurden)	PKK/KONGRA-GEL, TAK vs. Regierung	Sezession	1920	•	4
Türkei - Irak	Türkei vs. Irak	Internationale Macht	1979	•	2
Türkei - Iran*	Türkei vs. Iran	Internationale Macht	1979	•	2
Türkei - Syrien*	Türkei vs. Syrien	Internationale Macht	1983	•	1

^{1 2 3 4} siehe erste Regionstabelle

Afghanistan (Taliban)

Intensität: 5	Änderung: ↗	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Taliban vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Der nationale Machtkonflikt zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung von Präsident Hamid Karzai bleibt gewaltsam. Das Land erlebt die blutigste Phase seit dem Fall der Taliban im Jahr 2002. Mehr als 3.700 Menschen werden seit Dezember 2005 getötet. Schwere Kämpfe wüten vor allem in den südlichen Provinzen. Die Militanten steigern aber auch ihre Aktivitäten im Osten. Die terroristischen Angriffe nehmen jedoch zunehmend Ballungsräume ins Visier. Am 7. Februar werden 13 Personen durch ein Selbstmordattentat in Kandahar getötet, die meisten davon Polizisten. Bei einem Raketenangriff auf eine Schule in der östlichen Provinz Kunar am 11. April kommen mindestens sieben Kinder ums Leben und 34 weitere werden verletzt. Im Mai sterben mindestens zwölf Zivilisten bei einem Auto-unfall, der von einem US-Militärfahrzeug verursacht wird. Dies löst gewaltsame Aufstände in der Hauptstadt Kabul aus: 2.000 Protestierende machen sich ins Stadtzentrum auf und setzen Polizeifahrzeuge und Kontrollposten in Brand. Die NATO beginnt wiederholt Großoffensiven gegen die aufständischen Taliban im Süden. Bei der jüngsten dieser Operationen, "Medusa", werden Mitte September 1.100 Taliban getötet. Am 5. Oktober übernimmt die NATO-geführte Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) die Verantwortung für Militäroperationen in den östlichen Provinzen, die bislang unter US-Kontrolle gestanden haben. Bei einer anti-terroristischen Offensive in der Provinz Kandahar werden am 24. Oktober bis zu 80 Zivilisten aus Versehen getötet. Die sich verschlechternde Sicherheitslage untergräbt grundlegende Entwicklungsbemühungen des Afghanistan-Paktes, einem im Januar in London verabschiedeten fünf-Jahres-Entwicklungsplans.

th

Ägypten (islamistische Gruppen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	islamistische Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Nach den turbulenten Wahlen des Vorjahres geht der nationale Machtkonflikt zwischen islamistischen Gruppen und der Regierung weiter. Bei drei Selbstmordattentaten in der Bucht von Dahab werden am 24. April 24 Personen getötet. Die Muslimbruderschaft verurteilt die Bombenanschläge. Die Polizei übt Druck auf die mutmaßlichen terroristischen Gruppen aus, indem sie am 19. Juni 31 Mitglieder der Muslimbruderschaft verhaftet.

cha

Algerien (Islamistische Gruppen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1919
Konfliktparteien:	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) und der Regierung um nationale Macht und die Ausrichtung des politischen Systems geht unvermindert weiter. Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika hat 2005 eine sechsmonatige Teilamnestie für diejenigen angeboten, die bereit sind, ihre Waffen niederzulegen. Die Amnestie sieht eine Immunität für alle Rebellen vor, die keine Massaker, Vergewaltigungen oder Bombenanschläge auf öffentliche Orte verübt haben. Das Amnestieangebot tritt am 28.2.06 in Kraft und läuft am 31. August aus. Trotz dieser Entwicklungen bleibt das Gewaltniveau hoch. Sicherheitskräfte töten am 17. Januar Ahmed Zarabib alias Ahmed Abou El Baraa, einen höheren Kommandeur der GSPC, in Touja. Am 7. April werden 13 Zollbeamte in einem Hinterhalt umgebracht. Zehn Gemeindegardisten kommen am 24. April bei einem Angriff in der Nähe von el-Kassa in der Skikda-Region ums Leben. Im September erklärt die GSPC, dass sie al-Qaida beigetreten sei. Seit Oktober nimmt die Zahl der Rebellenangriffe wieder zu. Bei zeitgleichen Bombenanschlägen auf zwei Polizeistationen nahe der Hauptstadt Algier sterben am 29. Oktober drei Polizisten und 24 weitere werden verletzt. Dies sind die ersten Anschläge auf Polizeistationen seit fünf Jahren. Die Zusammenstöße mit Guerrillas finden normaler Weise in abgelegenen ländlichen Gebieten statt. Am 11. November werden sieben Soldaten in einem Hinterhalt getötet, 13 werden verwundet.

SZ

Bahrain (schiitische Opposition)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1919
Konfliktparteien:	verschiedene schiitische Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der manifeste Konflikt zwischen der schiitischen Opposition und der sunnitisch dominierten Regierung um nationale Macht dauert an. Ende Dezember 2005 wird der schiitische Geistliche Ayatollah Shaykh Muhammad Sanad verhaftet. Protestierende Schiiten, die erfolgreich seine Freilassung fordern, werden inhaftiert, doch König Hamad ibn Issa al-Khalifa gibt Mitte September ihre Freilassung bekannt. Die Verurteilung der Prostituierten kennzeichnet Ende 2005 den Anfang vereinzelter Zusammenstöße zwischen protestierenden Schiiten und der Polizei. Im September 2006 stoßen Polizei und protestierende Schiiten, die gegen das Vorhaben, das demographische Profil des überwiegend schiitischen Landes durch Einbürgerungen zu ändern, demonstrieren, zusammen. An-

fang Mai kündigt die Nationale Islamische al-Wefaq Gemeinschaft, die von dem schiitischen Geistlichen Shaykh Ali Salman geführte größte Oppositionspartei, ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen an. Dieser Schritt beendet einen vier Jahre andauernden Boycott.

ts

Irak (Aufständische)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Aufständische vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Sytem / Ideologie	

Der Krieg zwischen Aufständischen und der Regierung um nationale Macht geht weiter. Die Aufständischen stoßen bei zahlreichen Gelegenheiten mit irakischen und US-geführten Koalitionstruppen zusammen. Häufige kleinere und großangelegte Militäroperationen gegen die Aufständischen stehen ständigen Hinterhalten und Anschlägen der Aufständischen auf Militärkonvoys und Truppen gegenüber. Darüber hinaus verüben die Aufständischen beinahe täglich zahlreiche Bombenanschläge auf irakische Armee- und Polizeitrainingseinrichtungen sowie auf Moscheen, Märkte und Regierungsgebäude. Die Gefechte und Bombenanschläge finden überwiegend im so genannten sunnitischen Dreieck im Zentralirak statt, im kurdisch dominierten Norden bleibt es verhältnismäßig ruhig. Dennoch zeichnet sich das gesamte Jahr durch das höchste Gewaltniveau seit der Invasion durch US-geführte Koalitionstruppen 2003 aus. Am 10. Januar werden bei einem Bombenanschlag auf das irakische Innenministerium, in dem sich gerade Minister mit dem US-Botschafter treffen, mindestens 28 Polizisten getötet. Am 13. März tötet ein Selbstmordattentäter mit einer Lastwagenbombe mindestens elf Personen an einem Militärposten in der westlichen Stadt Falludscha, darunter ein US-Soldaten und fünf irakische Polizisten. Mindestens 40 Menschen sterben, als Ende März ein Selbstmordattentäter eine Rekrutierungsstelle der Armee im Nordwesten des Landes angreift. Am 4. Mai kommen mindestens 13 Personen bei einem Lufangriff der US-Streitkräfte auf die irakische Stadt Ramadi ums Leben, nur eine Stunde nachdem neun Menschen bei einem Bombenanschlag auf ein Gericht in der Hauptstadt Bagdad getötet worden sind. Mitte Juni sterben bei über den Irak verteilten Angriffen, überwiegend jedoch in Bagdad, etwa 40 Personen. Ende des Monats greifen US-Truppen mit Luftunterstützung ein Versteck ausländischer Aufständischer an. Zwölf Militante werden getötet. Bei Autobombenanschlägen am 18. Juli werden 78 Menschen in Kufa und Bagdad getötet. Fünf Tage später werden 20 Personen im nördlichen Kurdengebiet und mindestens 62 weitere im Rest des Landes getötet. Anfang August kommen 20 irakische Soldaten, ein US-Soldat und ein britischer Soldat bei Zusammenstößen mit Aufständischen ums Leben. Am 28. August sprengt sich ein Selbstmordattentäter

vor dem irakischen Innenministerium in die Luft und tötet 16 Personen in einem blutigen Widerspruch gegen den Ministerpräsidenten, der zuvor erklärt hatte, dass die Gewalt zurückgehe. Am 10. Oktober wird berichtet, dass innerhalb von weniger als einer Woche etwa 300 Menschen bei Schießereien und Autobombenanschlägen im Großraum Bagdad getötet worden sind. Ende Oktober werden innerhalb von vier Tagen etwa 400 Menschen im Irak getötet. Darüber hinaus kommen allein im Oktober mehr als 100 US-Soldaten bei Zusammenstößen und in Hinterhalten ums Leben. Mitte November sterben 135 Menschen durch Bombenanschläge und in Schießereien. Am 25. November erklären die US-Truppen, zehn Aufständische bei einem Angriff auf eine Bombenwerkstatt nördlich von Bagdad getötet zu haben. Zusätzlich zu der Gewalt zwischen den Aufständischen und der Regierung destabilisieren auch die zunehmenden Feindseligkeiten zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppierungen die Sicherheitslage im Irak. Bei Bombenanschläge auf schiitische Pilger im Südirak und Polizeirekruten im Zentralirak anfang Januar werden mindestens 120 Menschen getötet. Am 28. Februar kommen in einer Serie von Anschlägen gegen Schiiten 58 Personen ums Leben. Am 7. Juli sterben 61 Personen, die meisten von ihnen Iraner, die einen heiligen Schrein in Kufa besuchen. In der südirakischen Stadt Nadschaf kommen am 10. August 35 Menschen bei einem Selbstmordattentat auf einen schiitischen Schrein ums Leben. Mit 3.700 Toten erreicht die Zahl der monatlichen irakischen Todesopfer im Oktober eine Rekordhöhe. Der Großteil ist bei sektiererischen Anschlägen getötet worden. Am 7. November werden 22 Personen bei einem Schlagabtausch mit Mörsergranaten zwischen Schiiten und Sunniten in Bagdad getötet. Am 13. November findet die Polizei 46 Leichen, die um Bagdad herum innerhalb eines Tages abgelegt worden sind. Mindestens 200 Menschen werden am 23. November bei mehreren Autobombenanschlägen im schiitischen Viertel Sadr City getötet, 250 weitere werden verletzt. Es folgen Mörserangriffe auf sunnitische Gebiete. Einen Tag später greifen Bewaffnete ein sunnitische Viertel von Bagdad an, setzen Moscheen und Häuser in Brand und töten mindestens 30 Menschen. Die UN schätzt, dass in einer Welle sektiererischer Gewalt jeden Tag 100 Iraker getötet werden. Am 5. November wird der frühere irakische Präsident Saddam Hussein im Ort Dujail wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt. Es werden jedoch weitere Verfahren gegen ihn folgen.

ho, sus

Irak (al-Sadr-Gruppe)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	al-Sadr-Gruppe vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen der Gruppierung des

schiitischen Klerikers Moqtada al-Sadr und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Die meisten Zusammenstöße ereigneten sich in Sadr City, einem Vorort der Hauptstadt Bagdad, sowie im schiitisch-dominierten Süden des Irak. Obwohl al-Sadr an den letzten Wahlen teilgenommen hat, legt seine Miliz, die Mehdi-Armee, ihre Waffen nicht nieder, sondern übernimmt Schlüsselpositionen in den genannten Gebieten. Der Gruppierung ist der Aufbau einer Infrastruktur dort bereits gelungen. Al-Sadr strebt die Einrichtung eines islamischen Staates an. Am 7. Juli versuchen gemeinsame Truppen des Irak und der USA, einen Anführer der Mehdi-Armee festzunehmen. Kämpfe brechen aus, bei denen neun Rebellen getötet werden. Etwa zehn weitere Anhänger der Mehdi-Armee werden am 23. Juli getötet, als irakische und US-Soldaten ein Milizenquartier in Bagdad angreifen. Während eines Angriffs zur Verhaftung mutmaßlicher Mitglieder eines Todesschwadrons brechen am 8. August Kämpfe zwischen den Rebellen und gemeinsamer irakischer und US-Truppen in Bagdad aus. Am selben Tag kommen in heftigen Zusammenstößen in Sadr City drei Personen ums Leben, 12 weitere werden verletzt. Am 28. August werden 25 Iraker bei einer Operation gegen schiitische Milizen in Diwaniya getötet. Am 21. Oktober liefern sich bewaffnete Schiiten und Koalitionstruppen in der Stadt Amara im Süden des Irak Gefechte. Nach zwei Tagen der bewaffneten Auseinandersetzung nehmen die Koalitionstruppen die Stadt ein. Die al-Sadr-Gruppierung schließt politische Bündnisse mit Nachbarländern. Am 22. Januar besucht al-Sadr den iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad und verspricht, dass seine Mehdi-Armee den Iran im Falle eines US-Angriffs unterstützen würde [→ Iran - USA]. Im Februar reist er zweimal nach Syrien und trifft sich mit dem syrischen Präsidenten. Im Libanon bespricht sich al-Sadr mit hochrangigen libanesischen Vertretern. Die Mehdi-Armee organisiert Veranstaltungen zur Unterstützung der Hisbollah in ihrem Krieg gegen Israel [→ Israel (Hisbollah)]. Des weiteren ruft al-Sadr die irakischen Schiiten und Sunniten nach der Zerstörung eines schiitischen Schreins im Februar dazu auf, sich nicht weiter zu bekämpfen. Um Einheit zu zeigen, halten der schiitische Klerus und die sunnitische Führung eine Woche nach dem Bombenanschlag auf den Schrein gemeinsame sunnitisch-schiitische Gebete in der süd-irakischen Stadt Basra ab. Zuvor, am 11. Januar, hat sich der saudi-arabische König Abdullah I. mit al-Sadr getroffen. Ziel der Begegnung ist die Beruhigung der Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten im Irak gewesen.

Irak (al-Sarkawi-Gruppe)

Intensität: 3	Änderung: ▼	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	al-Sarkawi-Gruppe vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Gruppierung um Abu Mussab al-Sarkawi, die al-Kaida-Beziehungen unterhält, und der irakischen Regierung um die Errichtung eines islamistischen Staates dauert an. Die Gruppierung wird durch Angriffe und Verhaftungen durch irakische und US-geführte Koalitionstruppen geschwächt. Irakische Sicherheitskräfte spüren am 18. Februar Abu al-Faruq, eine höhere al-Kaida-Figur im Irak, in der süd-irakischen Stadt Basra auf. Er wird am 25. September in einem Schusswechsel mit 200 britischen Soldaten getötet. Am 7. März ergreifen irakische und Koalitionstruppen Muhammad al-Ubaydi alias Abu Ayman im Süden Bagdads, der irakischen Hauptstadt. Am 8. Juni spüren irakische und US-Truppen den Führer der irakischen al-Kaida, al-Sarkawi, auf und töten ihn. Sein Nachfolger Abu Hamza al-Muhajir ruft Ende September zu Entführungen von Personen aus westlichen Ländern auf.

OS

Irak - Iran

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1969
Konfliktparteien:	Irak vs. Iran	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Der Konflikt um internationale Macht zwischen dem Irak und dem Iran besteht weiterhin. Zwischen 21. und 30. April bombardieren iranische Truppen das Grenzgebiet nahe des Ortes Hajj Umran und überschreiten die Grenze zu nord-irakischem Territorium. Die iranischen Truppen zielen auf Camps und Verstecke der Kurdischen Arbeiterpartei/Kurdischer Volkskongress (PKK/KONGRA-GEL) in den irakischen Kurdengebieten [→ Turkey (Kurds), Iran (Kurds)]. Die PKK/KONGRA-GEL unterhält angeblich Kontakte zu anti-iranischen kurdischen Kämpfern. Am 6. Mai verleiht der Irak seiner Sorge über einen iranischen Truppenaufmarsch entlang der gemeinsamen Grenze Ausdruck. Am 12. September bietet der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad dem Irak nach Gesprächen mit dem irakischen Ministerpräsidenten Nouri Maliki seine volle Unterstützung bei der Stabilisierung der Sicherheitslage im Irak an [→ Irak (Aufständische), Irak (al-Sadr-Gruppe)]. Der irakische Präsident Dschalal Talabani nimmt am 21. November eine Einladung Ahmadinejads an, Wege zur Lösung der Gewaltproblematik im Irak zu diskutieren.

OS

sus, ho

Iran (Kurden)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	DPK, PJAK vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Autonomiekonflikt zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) und der Partei für Freies Leben von Kurdistan (PJAK) einerseits sowie der Regierung andererseits wird nun gewaltsam ausgetragen. Am 10. April verhaftet die Polizei sieben PJAK-Mitglieder und beschuldigt sie der Anstiftung zu ethnischen Aufständen im Vorjahr, als 17 Personen in der iranischen Provinz West-Aserbaidshān getötet worden sind. Iranische Truppen bombardieren im April Grenzgebiete nahe des Ortes Hajj Umrān, bevor sie die Grenze zum Irak überschreiten, um Rebellenpositionen unter Beschuss zu nehmen [→ Irak - Iran]. Im Mai wird von zahlreichen grenzüberschreitenden Bombardierungen durch das iranische Militär entlang der nordöstlichen Grenze des Irak berichtet, die gegen iranische kurdische Oppositionsgruppen, die Zuflucht im Kurdengebiet des Irak suchen, gerichtet sind. Am 29. September wird eine iranisch-türkische Gas-Pipeline nahe des iranischen Ortes Bazargān in die Luft gesprengt. Die iranische Polizei macht kurdische Separatisten für den Bombenanschlag verantwortlich [→ Türkei - Iran].

ho, sus

Iran - USA

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Iran vs. USA	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, System / Ideologie	

Der Konflikt um nukleare Rüstung und das politische System des Iran zwischen dem Iran und der USA bleibt manifest. Am 2. Januar weist der Iran einen Kompromissvorschlag, sein Uran für zivile Zwecke in Russland anzureichern, zurück. Am 10. Januar entfernt der Iran ungeachtet des Drucks aus dem Ausland internationale Siegel von einer nuklearen Einrichtung. Die IAEA beschließt am 4. Februar, den Iran wegen seines Nuklearprogramms dem UN-Sicherheitsrat zu melden. Laut Diplomaten der UN nimmt der Iran am 13. Februar die Anreicherung von Uran wieder auf. Am 2. Juni einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich, China, Russland und Deutschland auf ein Paket von Anreizen und Sanktionen. Zwei Tage später erklärt der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad, dass sein Land nicht bereit sei, über sein legitimes und legales Recht zur Erzeugung von Nuklearenergie zu verhandeln. Am 31. Juli verabschiedet der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1696, die dem Iran einen Monat Zeit einräumt, die Urananreicherung einzustellen und sonst mit möglichen Sanktionen droht. Der Iran erfüllt die Forderungen nicht und erklärt vielmehr am 25.

Oktober, dass weitere Schritte zur Entwicklung des Nuklearprogramms unternommen worden seien.

rd

Israel (Fatah - Hamas)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Fatah vs. Hamas	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Machtkampf innerhalb der Palästinensischen Nationalbehörde (PA) zwischen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (Fatah) und der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas) beginnt, als Hamas am 25. Januar die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat gewinnt [→ Israel (Palästinenser)]. Der Sieg der Hamas führt zu einer Zunahme der Spannungen mit der Fatah von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas. Am 28. Januar protestieren die Fatah und ihre Anhänger gegen Abbas und führen den Sieg der Hamas auf die Korruption innerhalb der PA zurück. Am 19. Februar wird Ismail Haniya, ein Hamas-Führer, zum palästinensischen Ministerpräsidenten gewählt. Im Kabinett der Hamas sind keine Mitglieder der Fatah, da diese sich weigert, der Regierung beizuwohnen. Am 1. April und 8. Mai werden sechs Personen bei Kämpfen zwischen den beiden Parteien getötet. Am 25. Mai droht Abbas der Hamas mit einem Referendum über die palästinensische Staatlichkeit, falls die rivalisierenden Parteien sich nicht einig würden. Die Kämpfe setzen sich im Jahresverlauf fort und eskalieren Anfang Oktober. Bei Protesten gegen die Hamas-Regierung in der Frage unbezahlter Löhne kommen zehn Menschen ums Leben. Die EU droht an, ihre finanzielle Unterstützung der PA einzustellen, sollte die Hamas-Regierung das Existenzrecht Israels nicht anerkennen, der Gewalt abschwören und der klaren Unterstützung für den Nahost-Friedensprozess Nachdruck verleihen. Die USA fordert 50 Millionen US-Dollar von der PA zurück, da sie nicht bereit sei, Terroristen zu unterstützen. Am 11. November einigen sich beide Parteien auf einen neuen Ministerpräsidenten, Muhammad Shbeir. Zuvor hat Haniya seine Bereitschaft signalisiert, zurückzutreten, wenn dies den lähmenden Hilfeboykott des Westens beenden würde. Am 25. Mai bekundet Israel seine Bereitschaft, Fatah-Mitglieder mit Waffen und Ausrüstung zu unterstützen. Israel lehnt jegliche Verhandlungen mit der Hamas-geführten Regierung ab, solange diese nicht Israels Existenzrecht anerkenne und sich vom bewaffneten Kampf distanzieren.

hl

Israel (Hisbollah)

Intensität: 5	Änderung: ↗	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Hisbollah vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen der Hisbollah, die von

libanesischem Territorium aus operiert, und Israel eskaliert zu einem Krieg. Der Auslöser ist die Entführung zweier israelischer Soldaten bei einem grenzüberschreitenden Überfall der Hisbollah am 12. Juli. Israel beginnt in der Folge mit einer kombinierten Luft-, Wasser- und Bodenoffensive gegen Hisbollah-Stellungen im gesamten Libanon [→ Israel - Libanon]. Israel leitet die Operation mit massiven Luftangriffen gegen Ziele im Südlibanon und der libanesischen Hauptstadt Beirut ein. Am 19. Juli überschreiten israelische Bodentruppen die Grenze zum Libanon, um Raketenstellungen der Hisbollah zu zerstören. Im Verlauf der Offensive werden z.B. am 27. und 28. Juli acht israelische Soldaten und bis zu 80 Hisbollah-Kämpfer bei heftigen Gefechten nahe des Ortes Bint Jbeil getötet. Während israelische Truppen mutmaßliche Hisbollah-Infrastruktur angreifen, feuern die Militanten Tausende überwiegend ungenauere Raketen auf israelische Städte. Kurz nach den ersten Angriffen versucht die UN, einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Hierfür soll die Hisbollah die israelischen Soldaten freilassen und Israel seine Militäroperationen einstellen, wie UN-Generalsekretär Kofi Annan am 19. Juli fordert. Die USA, Frankreich, Deutschland und weitere Nationen betonen Israels Recht auf Selbstverteidigung. Die USA beschuldigt Syrien, die Hisbollah zu unterstützen und den Libanon zu destabilisieren. Am 11. August verabschiedet der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1701. Danach sollen 15.000 libanesischen Soldaten zusammen mit weiteren 15.000 UNIFIL-Soldaten in den Süden entsandt werden. Die israelischen Truppen sollen abziehen und die Hisbollah entwaffnet werden. Zudem wird ein Embargo über die Hisbollah verhängt, das alle ausländischen Waffenlieferungen untersagt. Die Resolution wird sowohl von Israel als auch der Hisbollah angenommen. Am 1. Oktober erklärt die israelische Armee verkündet ihren vollständigen Abzug aus dem Libanon für abgeschlossen. Die Angaben über getötete Hisbollah-Kämpfer reichen von 74 bis über 500. Auf israelischer Seite sind 44 Zivilisten und 119 Soldaten ums Leben kommen. 900.000 Libanesen und 300.000 Israelis sind vor den Kämpfen geflohen.

hl

Israel (Palästinenser)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1920
Konfliktparteien:	Islamischer Dschihad, Hamas, al-Aksa-Brigaden, al-Fatah, PNA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, System / Ideologie, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Palästinensischen Nationalbehörde (PA) und der israelischen Regierung um die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates dauert an. Nach der Auflösung der israelischen Koalition des Likud und der Labor im November 2005, löst sich der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon vom Likud und gründet eine neue Partei der

Mitte, Kadima. Durch die Auflösung werden Neuwahlen innerhalb von 90 Tagen erforderlich. Am 4. Januar erleidet Scharon einen schweren Schlaganfall und fällt ins Koma. Kadima gewinnt am 28. März die israelischen Parlamentswahlen und Ehud Olmert wird zum Ministerpräsidenten gewählt. Am 25. Januar geht die Hamas aus den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat (PA) als Sieger hervor. Am 19. Februar wird Ismail Haniya, ein Hamas-Führer, zum Ministerpräsidenten der PA gewählt. Das Kabinett der Hamas enthält keine Mitglieder der Fatah, der Partei von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas. Die Fatah lehnt ab, sich an der Regierung zu beteiligen [→ Israel (Fatah - Hamas)]. Die israelische Regierung reagiert auf den Sieg der Hamas mit finanziellen Sanktionen. Ein Steueraufkommen von 55 Millionen US-Dollar für die PA wird zurückgehalten, wodurch diese in ernste finanzielle Nöte gerät. Die EU droht mit der Einstellung der finanziellen Unterstützung für die PA, sollte die Hamas-Regierung nicht das Existenzrecht Israels anerkennen, der Gewalt abschwören und ihrer Unterstützung für den Nahost-Friedensprozess Ausdruck verleihen. Die USA fordert 50 Millionen US-Dollar von der PA zurück, da sie keine Terroristen unterstützen wolle. Am 17. April werden neun Israelis bei einem Selbstmordattentat durch ein Mitglied des Islamischen Dschihad in Tel Aviv getötet. Nachdem acht Palästinenser bei einem israelischen Luftangriff in Gaza ums Leben gekommen sind, hebt die Hamas ihre seit 2005 bestehende informelle Waffenruhe auf. Der Konflikt intensiviert sich am 25. Juni, als israelische Soldaten von Militanten entführt werden. Die Entführer fordern die Freilassung inhaftierter Palästinenser. Infolgedessen startet Israel seine größte Offensive im Gazastreifen seit dem Abzug von 2005. Bis zu 300 Palästinenser werden bei der Operation getötet. Darüber hinaus nehmen israelische Truppen bei Angriffen im Westjordanland acht palästinensische Minister und 64 Mitglieder des Parlaments und Hamas-Vertreter fest. Die EU beschuldigt Israel, unverhältnismäßige Mittel einzusetzen, während die UN von beiden Seiten ein Ende der Kämpfe fordert. 18 Palästinenser, Milizionäre und Zivilisten, werden bei Zusammenstößen am 8. November getötet. Die USA legt gegen eine von der Arabischen Liga eingebrachte UN-Resolution, die das israelische Vorgehen verurteilt, ihr Veto ein. Am 26. November feuern militante Palästinenser mindestens drei Raketen auf israelisches Gebiet ab, wenige Stunden nach der unerwarteten Erklärung eines Waffenstillstands durch beide Seiten.

hl

Israel - Libanon (Internationale Macht)

Intensität: 4	Änderung: ↑	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	Israel vs. Libanon	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon eska-

liert in Folge der Entführung zweier israelischer Soldaten durch die von libanesischem Territorium aus operierende Hisbollah am 12. Juli [→ Israel (Hisbollah)]. Israel greift den Libanon aus der Luft, vom Boden und von der See aus an. Offizielle Vertreter Israels erklären, dass die Angriffe ausschließlich gegen die Hisbollah und nicht gegen den Libanon gerichtet seien. Israel beschuldigt den Libanon, sein südliches Territorium nicht zu kontrollieren und so der Hisbollah zu ermöglichen, gegen Israel vorzugehen. Am 17. Juli werden mindestens 23 Menschen durch israelische Luftangriffe im Südlibanon getötet. Einen Tag später weitet Israel seine Luftschläge in den Norden aus und tötet mindestens 15 Personen in Tripoli. Etwa 60 Zivilisten kommen am 20. Juli durch israelische Angriffe ums Leben. In den folgenden Wochen nehmen die Angriffe an Intensität zu und israelische Bodentruppen dringen am 22. Juli zum ersten Mal seit dem Abzug im Jahr 2000 auf südlibanesisches Territorium vor. Am 26. Juli zerstören israelische Truppen einen Beobachtungsposten der UN. Dabei verlieren vier UN-Soldaten ihr Leben. Die USA blockiert eine Erklärung des UN-Sicherheitsrates, die das israelische Vorgehen verurteilt hätte. Zudem weisen die USA, GB und Israel zunächst die Aufrufe zu einem Waffenstillstand zurück. Am 28. Juli treffen sich die Außenminister der USA sowie europäischer und VMO-Länder in Rom, um eine Waffenruhe zu diskutieren. Schließlich tritt am 14. August ein von der UN vermittelter Waffenstillstand als Teil der UN-Resolution 1701 in Kraft. Eine multinationale Einsatzgruppe überwacht die Einhaltung der UN-Resolution. Diese sieht die Entsendung von 15.000 libanesischen Truppen in Begleitung einer verstärkten UNIFIL-Truppe von weiteren 15.000 Mann in den Südlibanon sowie den Abzug Israels vor. Die israelischen Truppen verbleiben jedoch bis zum 1. Oktober im Süden des Landes. Abgesehen von kleineren Zwischenfällen bleibt der Waffenstillstand stabil. Am 7. und 8. September hebt Israel seine Luft- und Seeblockade auf. Der Konflikt hat die Infrastruktur des Libanon stark beschädigt. Nach Angaben des UNDP sind 35.000 Häuser und Geschäfte zerstört und etwa 25 Prozent aller Brücken beschädigt worden. Mehr als 1.000 libanesischen Zivilisten sind ums Leben gekommen, 900.000 haben die Flucht ergriffen.

tz, ho, sus

Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Bewegung Gläubiger Jugendlicher vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen der Bewegung Gläubiger Jugendlicher und der Regierung wird gewaltsam fortgesetzt. Am 26.11.05 brechen erneut blutige Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und der Bewegung Gläubiger Jugendlicher aus. Elf Solda-

ten und vier Mitglieder der Bewegung werden getötet. Am 24.12.05 greift eine 50-Mann-starke Gruppe der Bewegung eine Polizeistation an. Dabei werden auf beiden Seiten mehrere Personen getötet und zahlreiche verletzt. Bis Anfang Februar 2006 kommt es zu weiteren Zusammenstößen zwischen der Armee und den von dem Geistlichen Badr al-Din al-Houthi geführten Gläubigen Jugendlichen in der Saada-Provinz. Die Opferzahlen belaufen sich angeblich auf bis zu 60 Tote. Am 3. März lässt Präsident Ali Abdallah Saleh im Rahmen einer Amnestie 627 Rebellen frei. Am 3. Juni werden drei Soldaten bei Zusammenstößen mit Anhängern al-Houthis getötet. Die Armee greift am 18. August mit Panzern und schwerer Artillerie al-Houthi-Anhänger im al-Masnaa-Gebiet der Saada-Provinz an. Am 11. November führen Sicherheitskräfte eine Welle von Verhaftungen gegen al-Houthi-Anhänger im Maran-Distrikt der Saada-Provinz durch.

rd

Jordanien (militante Gruppe)

Intensität: 2	Änderung: NEU	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	militante Gruppe vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Zwischen einer militanten Splittergruppe, die erklärt, zur Hamas zu gehören, und der Regierung Jordaniens entsteht ein neuer Konflikt über die Verhaftung von etwa 20 mutmaßlichen Mitgliedern der militanten Gruppierung. Diese haben am 18. April mit dem Vorsatz, einen terroristischen Anschlag zu verüben, Waffen nach Jordanien geschmuggelt. Der mutmaßliche Anführer der Gruppe, Ayman Naji Daraghmeh, erklärt, Verbindungen zur Hamas zu haben und in Syrien ausgebildet worden zu sein, wo sich die Führung der Bewegung befände. Bereits 1999 hat Jordanien zahlreiche Hamas-Führer wegen ihrer Aktivitäten des Landes verwiesen. Amman hat die Hamas seither mehrfach beschuldigt, Anschläge gegen Jordanien zu planen. Am 19. April sagt die Regierung einen Besuch des palästinensischen Außenministers ab und tritt dem Finanzboykott der USA gegen die Hamas bei [→ Israel (Palästinenser), Israel (Fatah - Hamas)]. Am 12. Mai strahlt die jordanische Regierung Geständnisse der inhaftierten Militanten, die die Planung eines Terroranschlags im Land zugeben, aus. Die Hamas weist jegliche Beteiligung zurück und erklärt die Beschuldigungen und Geständnisse für unzutreffend. Am 3. November klagt der jordanische Staatsanwalt drei der mutmaßlichen Aktivisten der Planung eines Terroranschlags auf das Königreich an.

ts

Libanon (religiöse Gruppen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen verschiedenen religiösen Gruppen und der Regierung um nationale Macht wird fortgesetzt. Der Konflikt wird durch die fragile politische Lage in der gesamten Region beeinflusst. Durch die Konflikte zwischen Israel und der Hisbollah [→ Israel (Hisbollah)] sowie Israel und dem Libanon [→ Israel - Libanon] wird das Land destabilisiert. Am 6. Februar protestiert eine große Menge im christlichen Viertel nahe der dänischen Botschaft gegen die Karikaturen des Propheten Mohammed [→ Panorama: Karikaturenstreit]. Die Demonstration beginnt zunächst friedlich, wird dann jedoch gewaltsam. Unter anderem wird eine nahegelegene christliche Kirche angegriffen. Drei Tage später verwandeln Hunderttausende schiitischer Muslime, einem Aufruf von Hisbollah-Führern folgend, eine religiöse Zeremonie in eine Protestveranstaltung gegen die Karikaturen. Am 14. Februar versammeln sich Tausende in der Hauptstadt Beirut, um auf den ersten Jahrestag der Tötung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri aufmerksam zu machen [→ Syrien - Libanon; USA - Syrien]. Am 5. September wird nahe Sidon Samir Shehadeh, ein Ermittler im Fall des Hariri-Mordes, bei einem Bombenanschlag verletzt, vier seiner Leibwächter und Mitarbeiter kommen ums Leben. Am 21. November wird Pierre Gemayel, ein führender anti-syrischer Minister des Libanon und Führer der maronitischen Christen, in Beirut getötet. Die USA, GB und die UN verurteilen den Mord. Syrien verneint jegliche Beteiligung daran. Mehr als 800.000 Menschen empfangen den Sarg Gemayels bei seiner Ankunft in seinem Heimatdorf am 22. November.

ho

Marokko (Westsahara)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	POLISARIO-Front vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der POLISARIO-Front und Marokko um die Sezession der Westsahara bleibt ungelöst. Am 21. April drängt UN-Generalsekretär Kofi Annan Marokko, Gespräche über eine Lösung des Konflikts mit der POLISARIO-Front zu führen. Einen Tag später lässt König Mohammed VI. 48 Personen frei, die wegen der Forderung nach Unabhängigkeit der Westsahara im Vorjahr inhaftiert worden sind. Dennoch scheitern alle Versuche einer durch die UN vermittelten Lösung. Am 3. November nimmt der UN-HCR die Flüge zum Zweck von Familienbesuchen zwischen den Sahrawi-Flüchtlingslagern in Algerien und westsaharischem Territorium wieder auf. Am 18.

November verlängert der UN-Sicherheitsrat die UN-Mission MINURSO um weitere sechs Monate.

gs

Mauretanien (Putschisten)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Taya, Taya-Loyalisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Im August 2005 hat der Militärrat für Gerechtigkeit und Demokratie das alte Regime von Präsident Maaouiya Ould Taya gestürzt. Die neuen Militärführer unter Oberst Ely Ould Mohamed Vall beginnen mit dem Umbau des politischen Systems. Die Afrikanische Union akzeptiert schließlich die neue Regierung und fordert nicht Tayas Wiedereinsetzung. Am 25. Juni gelingt der Militärregierung die Durchführung eines Referendum über die Änderung des politischen Systems, bei dem sie die weitgehende Zustimmung der Bevölkerung erhält. Zuvor sind zwei Offiziere der Armee und einige dem Taya-Regime nahestehende Zivilisten verhaftet worden.

sl

Saudi Arabien (Islamisten)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Islamisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ideologie / System	

Der Konflikt um nationale Macht zwischen militanten Islamisten, die mutmaßlich der al-Kaida angehören, und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgeübt. Am 12.12.05 wird Muhammad Suwail, eine der meistgesuchten Personen des Landes, nach einem Schusswechsel, bei dem fünf Polizisten getötet werden, verhaftet. Am 24. Februar vereiteln Sicherheitskräfte ein Selbstmordattentat mit einer Autobombe auf eine saudische Öleinrichtung. Al-Kaida hat zu Angriffen auf Öleinrichtungen aufgerufen, um den Westen einige Monate lang zu treffen. Drei Monate später töten Polizisten fünf mutmaßliche militante Islamisten bei einem Schusswechsel in der Hauptstadt Riad. Unter ihnen sind drei der meistgesuchten Personen des Landes. Am 30. März verhaftet die Polizei 40 mutmaßliche al-Kaida-Mitglieder. Am 23. Juni töten Polizisten sechs mit al-Kaidia in Verbindung stehende Männer bei einer Schießerei in Riad. Bei einer weiteren Schießerei am 21. August werden zwei mutmaßliche Islamisten von Sicherheitskräften getötet.

hl

Syrien - Libanon

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	Syrien vs. Libanon	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Syrien und dem Libanon um internationale Macht geht weiter. Während die UN-Ermittlungen im Mordfall des früheren libanesischen

Ministerpräsidenten Rafik Hariri fortgesetzt werden, beginnen sich die Beziehungen der beiden Länder zu normalisieren [→ Libanon (religiöse Gruppen)]. Am 12.12.05 wird der libanesischer anti-syrischer Politiker und Journalist Gibran Tuani bei einem Autobombenattentat in der libanesischen Hauptstadt Beirut getötet. Der Anschlag ereignet sich Stunden vor der Veröffentlichung eines Berichtes des UN-Sicherheitsrates über den Tod Hariris, in dem Syrien mit dem Mord in Verbindung gebracht wird. Syrien erklärt, der Anschlag zeitlich so geplant worden, um Syriens Ruf kurz vor einer UN-Versammlung zu beschädigen. Trotz der Spannungen treffen sich der syrische Ministerpräsident Bashar al-Assad und sein libanesischer Amtskollege Fuad Siniora am 28.3.06 erstmals seit Juli 2005. Im April einigen sich beide Seiten auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die fortgesetzten Bemühungen des Libanon bei den Ermittlungen führen am 3. Mai zu einer Unterbrechung der Annäherung. Am 5. September wird Oberst Samir Shehadeh, ein Ermittler im Hariri-Mordfall, bei einem Autobombenanschlag verletzt. Vier seiner Leibwächter und Mitarbeiter werden getötet. Während Israels Krieg gegen die Hisbollah [→ Israel (Hisbollah), Israel - Libanon] unterstützt Syrien den Libanon politisch. Im November treten die pro-syrischen Minister der libanesischen Regierung zurück, um ihrer Forderung nach stärkere Einfluss Nachdruck zu verleihen. Am 21. November wird Pierre Gemayel, ein führender anti-syrischer Minister des Libanon, in Beirut getötet. Syrien verneint jegliche Beteiligung. Zwei Tage später nehmen Zehntausende an Gemayels Beerdigung teil. Menschenmassen versammeln sich in der Stadtmitte Beiruts und verwandeln die Beerdigung durch das Tragen von Flaggen und das Skandieren antisyrischer Parolen in eine leidenschaftliche politische Kundgebung. Am 25. November gibt die libanesischer Regierung ihr endgültiges Einverständnis zur Einrichtung eines internationalen Tribunals zur Anklage der Verdächtigen im Hariri-Fall.

kv, ho

Syrien - USA

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Syrien vs. USA	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht, System / Ideologie	

Der manifeste Konflikt zwischen der USA und Syrien um Rüstungskontrolle und den US-Einfluss im Libanon dauert an. Die USA verlangt die Zusammenarbeit Syriens mit der UN in ihren Ermittlungen im Mordfall des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri. Syrien verneint jedoch jegliche Beteiligung [→ Syrien - Libanon; Syrien - Israel; Libanon (religiöse Gruppen)]. Um Druck auf Syrien auszuüben, ordnet US-Präsident George W. Bush an, die Konten aller Personen einzufrieren, die mit der Ermordung in Verbindung stehen. Am 18. Februar

kündigt die USA an, fünf Millionen US-Dollar für die Unterstützung pro-demokratischer Kräfte in Syrien bereitzustellen. Während des Libanon-Krieges zwischen Israel und der Hisbollah [→ Israel (Hisbollah)] beschuldigt die USA Syrien, die Nahostkrise zur Wiedererlangung seines Einflusses im Libanon zu nutzen. Am 12. September töten syrische Sicherheitskräfte drei Attentäter während eines versuchten Autobombenanschlags auf die US-Botschaft in der Hauptstadt Damaskus. Am 1. November beschuldigt die USA Syrien, den Iran und die Hisbollah, den Sturz der libanesischen Regierung zu planen.

hl

Türkei (Kurden)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1920
Konfliktparteien:	PKK/KONGRA-GEL, TAK vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei/Kurdischer Volkskongress (PKK/KONGRA-GEL) und den Freiheitsfalken Kurdistan (TAK) einerseits und der Regierung andererseits geht unvermindert weiter. Mindestens zwölf Menschen kommen Ende März bei Starßenkämpfen in Diyarbakir ums Leben. Am 31. März werden bei einer Bombenexplosion in Istanbul eine Person getötet und 13 weitere verletzt. Der Anschlag ist von der TAK, einer militante Splittergruppen der PKK/KONGRA-GEL, verübt worden. Am 1. April entsendet das türkische Militär 40.000 zusätzliche Truppen an die irakische Grenze. Am 27. August explodieren vier Bomben in Istanbul und Mamaris, mindestens 27 Menschen werden verletzt. Die TAK, die sich zu den Anschlügen bekennen, drohen mit weiterer Gewalt. Am nächsten Tag werden bei einem Bombenanschlag nahe des Gemeinderatsgebäudes in Antalya drei Personen getötet und 18 verletzt. Mitte September tötet eine Bombe in Diyarbakir elf Menschen. Am 27. September ruft der inhaftierte Chef der PKK/KONGRA-GEL, Abdullah Öcalan, zu einem Waffenstillstand auf. Die PKK/KONGRA-GEL erklärt daraufhin eine einseitige Waffenruhe, die am 1. Oktober beginnt. Nichtsdestotrotz explodiert am gleichen Tag eine Bombe vor einem Krankenhaus in Mersin. Am 12. November töten türkische Sicherheitskräfte drei kurdische Kämpfer im Südosten des Landes.

dl

Türkei - Irak

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Türkei vs. Irak	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Türkei und dem Irak um internationale Macht bleibt manifest. Am 5. Mai äußert der Irak Besorgnis über den Aufmarsch türkischer Truppen nahe seiner Grenze [→ Türkei (Kurden)]. Am 1. Juli verkündet die Türkei, das Recht zur Überschreitung der irakischen Grenze zu haben, um mi-

litante Kurden zu bekämpfen. Obwohl der Irak die Türkei davor warnt, militärisch im Irak einzufallen, beharrt die Türkei am 17. Juli auf ihrer völkerrechtliche Rechtfertigung. Vier Tage später verurteilt die USA einseitige Schritte seitens der Türkei. Mitte September ruft der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan den Irak dazu auf, alle grenzüberschreiten-

den Überfälle militanter Kurden zu unterbinden, politische Parteien, die mit der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK/KONGRA-GEL) in Verbindung stehen, zu verbieten und sie als terroristische Organisationen einzustufen. Daraufhin kündigt der Irak am 19. September an, Büros kurdischer Parteien zu schließen.

dl

KOSIMO 2.0

Das HIIK erfasst in seiner Datenbank Kosimo Informationen zu politischen Konflikten ab 1945. Seit 2003 führt es ein relationales Datenbanksystem, das den Datensatz von Kosimo 1 vollständig überarbeitet, aktualisiert und erweitert hat. Derzeit enthält Kosimo 2 Informationen zu weit mehr als 500 Konflikten in über 2.500 Teilphasen. Die neue Konzeption ermöglicht die detaillierte Darstellung des Konfliktverlaufs in gewaltsamen und nichtgewaltsamen Phasen anhand der systematischen Erfassung der Einzelmaßnahmen des Konfliktaustrags. Die Datenbank enthält zudem umfangreiche Angaben zur Struktur staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die in Jahreszeitreihen erfasst sind.

finanziert von:

EUROPEAN COMMISSION



Humanitarian Aid

unterstützt von:

DYMATRIX
CONSULTING GROUP

gesponsert durch:



Impressum

Herausgeber: HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG
am Institut für Politische Wissenschaften, Universität Heidelberg, Marstallstrasse 6, D-69117 Heidelberg

Autoren (Gruppenleiter sind kursiv abgedruckt):

Europa: *Janine Conrad (jc)*, *Katja Wezel (kw)*, Jana Banis (jb), Özge Tahiroglu Belloum (ötöb), Sebastian Buciak (sb), Stefan Dobler (sd), Anja Geyer (ag), Alan Götz (aog), Alexander Jossifidis (aj), Ilija Kalinin (ilk), Lukasz Adrian Kowalczyk (luk), Anne Lübbers (al), Larisa Okhotina (lo), Alexander Pinz (ap), Julia Rückert (jrt), Velina Rudarska (vl), Tobias Schäfer (ts), Steffen Würtz (stw), Tobias Würtz (tw)

Sub-Sahara Afrika: *Heidrun Lotta Mayer (hlm)*, *Rüdiger Schwarz (rs)*, Christian Baukhage (cb), Peer Böhrnsen (pb), Adrian Boos (ab), Thimna Bunte (tb), Daniel Cubelic (dc), David Epp (de), Tobias Etkorn (te), Moritz Gentsch (mg), Laura Hauke (lh), Melina Heinrich (mh), Annette Kappler (kaa), Steffen Kassner (sk), Judith Kindinger (jk), Thierry Kühn (tk), Martin Lentzen (ml), Benjamin Rebenich (br), Sonja Schwalb (ssw), Stephanie Uther (stu), Rosemarie Zenker (rz)

Amerika: *Friedemann J. Schirrmeyer (fs)*, Gregor Barié (gb), Claudia Günther (cg), Eva Gutjahr (eg), Jens Hofmann (jjh), Johannes Heckmann (jh), Michael Kirchmayer (mmk), Julia Leininger (jl), Michael Männel (mgm), Marianne Schlestein (mas), Miguel Zamorano (mz)

Asien und Ozeanien: *Yolanda Fernández (yf)*, *Christoph Trinn (ct)*, Christoph Bertolo (cb), Bernhard Bildstein (bb), Andreea Cristea (ac), Jan Deuter (jd), Stefan Diederich (sdi), Julienne Ernst (je), Dominik Frommherz (df), Stephan Giersdorf (sg), Dominik Imhof (di), Benjamin Krug (bk), Martin Lentzen (ml), Kerstin Pröbstel (kp), David Rösch (dar), Pascal Sadaune (ps), David Schenke (ds), Caja Schleich (cs), Arlo Schweizer (as), Suat Selcuk (sus), Carsten R. Vonnoh (cv), Thomas Wencker (tw), Tobias Würtz (tow)

Vorderer und Mittlerer Orient: *Holger Oswald (ho)*, *Suat Selcuk (sus)*, Christian Arnold (cha), Ruben Dieckhoff (rd), Tina Hennecken (th), Hendrick Lehmann (hl), Daniela Leitner (dl), Sebastian Lingsch (sl), Gerrit Schlomach (gs), Tobias Selge (ts), Omar Sharaf (os), Klaus Frederik Vettel (kv), Thomas Zaelke (tz), Silke Zaulig (sz)

zusätzliche Autoren: Susanne Fischer

Redaktion: Peer Böhrnsen, Janine Conrad, Yolanda Fernandez, Alan Götz, Jens Hofmann, Pamela Jawad, Heidrun Lotta Mayer, Holger Oswald, Suat Selcuk, Friedemann J. Schirrmeyer, Rüdiger Schwarz, Katja Wezel

Datenbank und Statistische Analyse: Julian-G. Albert, Lars Scheithauer, Nicolas Schwank

Layout: Julian-G. Albert, Lars Scheithauer

Konzeptionalisierung: Pamela Jawad, Nicolas Schwank

Gesamtleitung: Pamela Jawad, Heidrun Lotta Mayer

**Heidelberger Institut für
Internationale Konfliktforschung**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstrasse 6
69117 Heidelberg
Deutschland
eMail: info@hiik.de
Telefon: +49 (6221) 54 31 98
Fax: +49 (6221) 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

10 €